HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Jahresbericht **2022**

Wer wir sind

Wofür wir einstehen

Wie wir arbeiten

Inhalt

S. 4

S. 14

S. 24

Vorwort ... 1
Interview mit dem neuen Vorstand ... 2
Radikaler Realismus – jetzt! ... 4
Für eine alternative Landwirtschaft und Ernährungssicherheit ... 10
#StandWithUkraine ... 14
Für ein geeintes und demokratisches Europa ... 18
Demokratie und Menschenrechte verteidigen ... 24
Für eine inklusive Gesellschaft und sozialen Zusammenhalt ... 32
Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung ... 38
Kunst und Kultur ... 40
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich ... 42
Studienwerk – Rückenwind für junge Talente ... 43
GreenCampus – Vom Wissen zum Handeln ... 46
Archiv Grünes Gedächtnis ... 47
Petra Kelly – Politik mit Leidenschaft ... 48
Preisverleihungen ... 49
Verabschiedung des alten Vorstands ... 50
Stiftungsmanagement ... 51
Beschäftigte ... 58
Gremien ... 59
Vertrauensdozent*innen ... 60
Adressen ... 61
Fördern und spenden ... 63

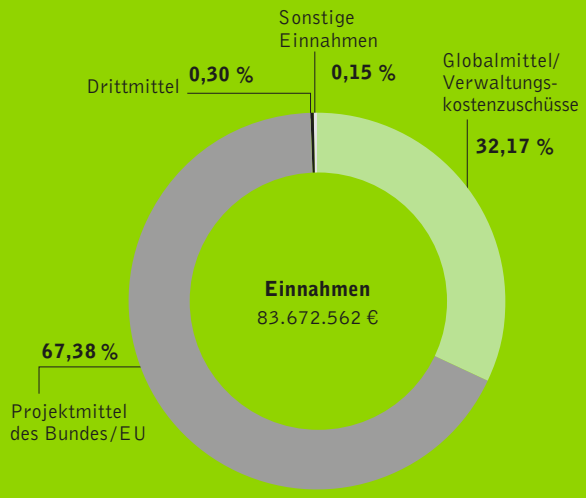
Impressum Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e. V. Redaktion und Konzeption: Susanne Dittrich Cover: Yevheniia Polosina Texte: Mitarbeiter*innen der Heinrich-Böll-Stiftung Gestaltung: Grafikladen, Berlin (nach einem Entwurf von state, Berlin) Papier: umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht Druckerei: Kern GmbH, Bexbach Stand: Juli 2023 Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin **T** 030-285 34-0 **F** 030-285 34-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

Was wir wollen

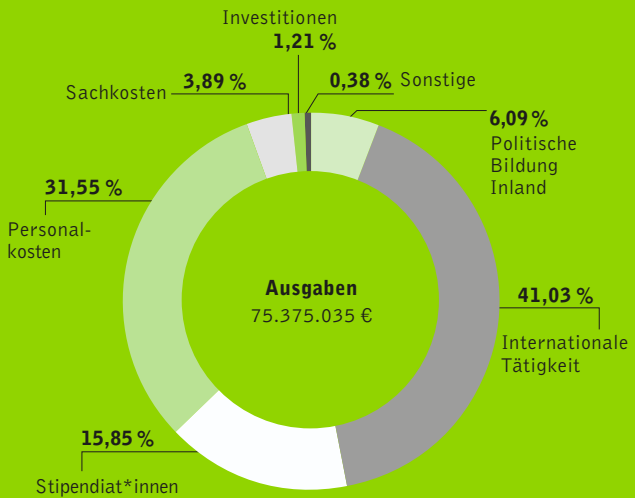
Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.
Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern.
Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 38 Auslandsbüros an 35 Standorten sind wir weltweit gut vernetzt.
Wir kooperieren mit unseren Landesstiftungen in den deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2022



Ausgaben 2022



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit

Afrika
1. Kapstadt (Südafrika)
2. Abuja (Nigeria)
3. Nairobi (Kenia)
4. Nairobi (Horn von Afrika)
5. Dakar (Senegal)

Asien
6. Bangkok (Thailand)
7. Neu-Delhi (Indien)
8. Peking (China)
9. Phnom Penh (Kambodscha)
10. Yangon (Myanmar)
11. Hongkong
12. Seoul (Südkorea)**

Europa
13. Belgrad (Serbien)
14. Berlin (Deutschland)
15. Brüssel (Belgien)*
16. Istanbul (Türkei)
17. Kiew (Ukraine)
18. Paris (Frankreich)
19. Prag (Tschechische Republik)
20. Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)*
21. Tbilisi (Georgien)
22. Thessaloniki (Griechenland)
23. Tirana (Albanien)
24. Warschau (Polen)

Lateinamerika
25. Bogotá (Kolumbien)
26. Mexiko-Stadt (Mexiko)
27. Rio de Janeiro (Brasilien)
28. San Salvador (El Salvador)
29. Santiago de Chile (Chile)
30. Buenos Aires (Argentinien)**

Nordafrika und Nahost
31. Beirut (Libanon)
32. Ramallah (Palästina)
33. Rabat (Marokko)
34. Tel Aviv (Israel)
35. Tunis (Tunesien)

Nordamerika
36. Washington (USA)

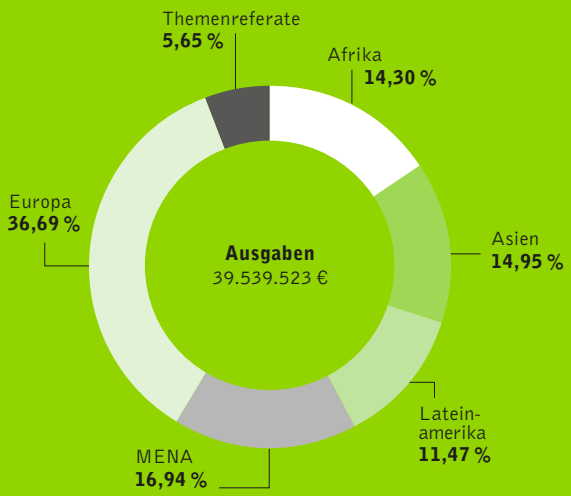
Russische Föderation
37. Moskau (Russland)***

* An diesen Standorten sind wir mit einem weiteren Büro vertreten:
Global Unit for the Support of Democracy (Brüssel)
Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie (Sarajevo)

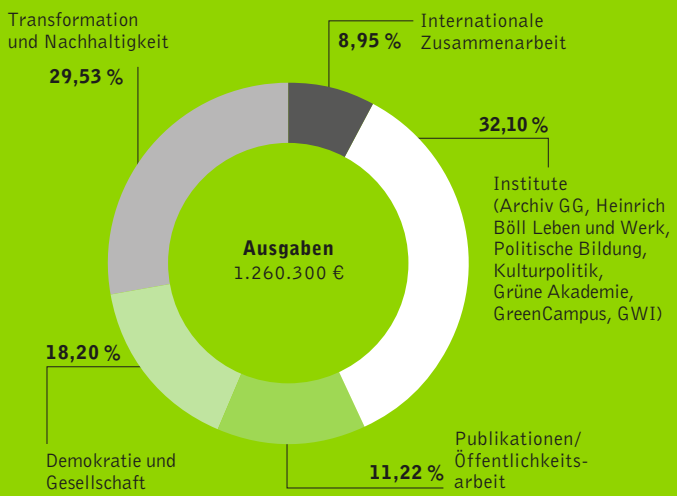
** Im Aufbau

*** Im April 2022 hat das russische Justizministerium unserem Büro die Registrierung entzogen.

Internationale Zusammenarbeit 2022



Politische Bildung Inland 2022



Vorwort

Ein Jahr ist wenig Zeit. Nachdem die Menschen – im vergangenen Jahr sind es über acht Milliarden geworden – seit über 3000 Jahren die Erde verändert haben, sind wir nun in einer Situation, in der es auf jedes einzelne Jahr ankommt. Der Klimawandel könnte Teile der Welt unbewohnbar machen, wenn wir nicht schnell handeln. Der Synthesebericht des Weltklimarats vom 20. März 2023 hat das zuletzt auf den Punkt gebracht: Wir müssen den Kurs korrigieren, zurück auf den 1,5-Grad-Pfad, wie er im Pariser Klimaübereinkommen von 2015 festgeschrieben wurde. Dafür – und das wissen wir – braucht es den Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen und den flächendeckenden Ausbau erneuerbarer Energien sowie massive Fortschritte bei der Effizienz und der Senkung des Energieeinsatzes. Jetzt muss es heißen: All hands on deck, volle Kraft voraus! Alle Sektoren müssen mitziehen, alle gesellschaftlichen Schichten, alle Länder.

Ein Jahr ist viel Zeit. In einem Jahr, das vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Energiekrise, den Protesten im Iran, der Inflation und dem Klimawandel bestimmt war, haben wir als Stiftung viel geschafft – klima- und energiepolitisch, agrar- und umweltpolitisch, außenpolitisch, für Europa und für die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit. Demokratische Bewegungen zu fördern, gerade wenn es schwierig wird, sehen wir als eine unserer wichtigsten Aufgaben an. Vor Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat unser Büro in Kyjiw zum Beispiel aus Belarus geflohene Menschenrechtsaktivist*innen unterstützt, bis es auch in der Ukraine für sie zu gefährlich wurde. Seit Kriegsbeginn arbeitet unser Büroteam in Kyjiw unter schwierigsten Bedingungen weiter. In Mexiko unterstützen wir den landesweiten Aufbau eines Opfernetzwerks zur Suche von vermutlich mehr als 100.000 gewaltsam Verschwundenen.

Sehr gefreut haben wir uns über die Preisträger des Friedensnobelpreises 2022: das ukrainische Zentrum für bürgerliche Freiheiten, der belarussische Menschenrechtler Ales Bialiatski und die russische Menschenrechtsorganisation Memorial, unsere älteste Partnerorganisation.

Zu unseren Aufgaben als politische Stiftung gehört auch die Vermittlung von Wissen – ob in Form von Publikationen, Podcasts, Erklärfilmen oder Grundkursen. Besonders erfolgreich sind unsere Atlanten. Sie erreichen stets hohe Auflagen und werden in viele Sprachen übersetzt. Im Jahr 2022 war es der Pestizid-Atlas, der auf anschauliche Weise über Gifte in der Landwirtschaft informiert. Weitere erfolgreiche Formate waren u.a. der von der Stiftung geförderte Klimapodcast «Karbon». Er erhielt den deutsch-tschechischen Journalistenpreis. Oder der mit Unterstützung unseres Warschauer Büros herausgegebene Newsletter der Nichtregierungsorganisation Wolne Sądy (Freie Gerichte), der für eine breitere Öffentlichkeit über die bedrohte Rechtsstaatlichkeit in Polen berichtet.
Für uns ist der Rückblick auf dieses erste Jahr als Vorstand auch eine Art Bilanz. Wir haben gelernt: Die Stiftung ist ein Ort, an dem Ideen und Lösungsvorschläge für komplexe Probleme erarbeitet und an die Politik «gespielt» werden. Eine Institution, deren Struktur 2023 aber einer Erneuerung bedarf. Deswegen sind wir in der Heinrich-Böll-Stiftung angetreten mit einer «Veränderungsagenda 360 Grad». Was meinen wir damit?

«360 Grad» ist unsere Schlussfolgerung aus der Einsicht, dass die alten Linien und Grenzziehungen – Inland hier, Ausland dort, Umwelt- und Klimapolitik hier, Wirtschaftspolitik dort, der Westen hier und der Globale Süden dort – nicht mehr funktionieren. Die Probleme sind zu komplex geworden. Wir können sie nur lösen, wenn wir sie von allen Seiten, eben: mit einem 360-Grad-Blick ansehen und verstehen. Deswegen sind institutionelle Reformen keine Nabelschau; sie sind die Grundlage, auf der wir wirksame Arbeit machen können.

Ein Beispiel ist die Grundsatzfrage: Wie kann eine gerechte Transformation wirtschaftlicher Strukturen bei uns und weltweit gelingen und politisch gefördert werden? Was bedeutet das für Deutschland und Europa, für unsere internationalen Partnerschaften und Kooperationen? Für eine Antwort auf diese komplexen Fragen braucht es ökologische, außen- und entwicklungspolitische, feministische sowie wirtschafts- und finanzpolitische Perspektiven und zwar von allen Kontinenten. Dieser Jahresbericht ist dreierlei: Er ist eine Würdigung der Arbeit, die wir alle als Stiftungsverbund geleistet haben, und wir möchten hier allen Partner*innen, allen Ehrenamtlichen und allen Mitarbeiter*innen weltweit danken. Er dient der strategischen Reflexion und dem Rekalibrieren der eigenen Arbeit. Und er ist Erinnerung daran, dass wir uns jetzt verändern müssen, um anders weiterzumachen und dafür all unsere Energie zu mobilisieren. Wir behalten das Ziel im Auge, um mit neuer Wirksamkeit zu intervenieren.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende und aktivierende Lektüre!

Herzlich

Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht
Berlin, im Mai 2023

Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht Foto: Sibylle Fendt

Mit uns sind zentrale gesellschaftliche Diskurse verknüpft

Interview mit dem neuen Vorstand der Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine im Vergleich zu anderen politischen Stiftungen eher kleine Stiftung. Was ist ihre Rolle?

Imme Scholz: Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat sehr viele Gewissheiten infrage gestellt. In so einer Situation braucht es Orte der Analyse und Diskussion, um die Auswirkungen einzuordnen und zu verstehen, welche Korrekturen erforderlich sind in der Politik. Das sind Verständigungsprozesse, die über die grüne Familie hinausgehen: Wir müssen uns in solchen großen Krisensituationen gesellschaftlich und politisch breit verständigen, um uns auf einen angemessenen Umgang damit zu einigen.

Jan Philipp Albrecht: Die großen Erwartungen an uns sind nicht nur in der Regierungsverantwortung der Grünen begründet, auch zentrale gesellschaftliche Diskurse werden sehr stark mit uns verknüpft. Da geht es um die Transformation hin zur dekarbonisierten Gesellschaft, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Fragen von Demokratie und internationaler Governance. Wir sind heute keine kleine Stiftung mehr. Wir sind in den letzten Jahren gewachsen und wir wachsen auch aktuell mit einem enormen Schub. Das ist auch für uns als Stiftung eine Herausforderung. Die uns nahestehende Partei hat doppelt so viele Mitglieder wie noch vor wenigen Jahren. Wir schauen mit unserer Arbeit nicht nur auf einen Ausschnitt dieser Gesellschaft, sondern teilweise auf die Mehrheit, die wir durchaus widerspiegeln mit dem, was wir an Themen bearbeiten.

Imme Scholz: Ich möchte noch eine Ergänzung machen: Es ist wichtig, in diesen Krisenzeiten auch die Perspektiven unserer Partner*innen aus den Ländern, in denen wir arbeiten, einzubringen, und zwar nicht nur aus den Ländern, die unmittelbar betroffen sind vom Krieg in der Ukraine. Der Krieg in der Ukraine setzt ja auch die Vereinten Nationen unter Druck und das Völkerrecht – dieses zu verteidigen ist ein international breit geteiltes Interesse. Dazu haben auch unsere Partner*innen weltweit viel zu sagen.

Stichwort Netzwerke. Wie soll die Heinrich-Böll-Stiftung künftig netzwerken?

Jan Philipp Albrecht: Wir sind schon mal ein großes Netzwerk: Mit den Landesstiftungen im Inland, dann in Europa und weltweit – da binden wir so viele Akteur*innen zusammen, dass wir ein ganz wichtiger Ansprechpartner für viele sind, die zu diesen Partner*innen Kontakt suchen und die wissen wollen: Wo kann ich was tun? Nichtsdestotrotz haben wir noch ein Riesenpotenzial, das Netzwerk auch für uns besser zu nutzen. Wenn wir zum Beispiel über das Thema industrielle Wende, Energiewende reden, gibt es einfach zu viele Lücken zwischen der innenpolitischen Auseinandersetzung über industriepolitische oder unternehmens- und wirtschaftspolitische Fragen und den Handelsdiskussionen, den Fragen von Rohstoffversorgung, den Fragen von zukünftigen internationalen Energienetzen. Das sind alles Fragen, die zusammengebunden werden müssen. Wir wollen die Netzwerke in eine neue Resonanz zueinander bringen.

Imme Scholz: Die Transformation hin zu Klimaneutralität, zu Produktion und Konsum ohne Raubbau an der Natur braucht lokale Lösungen – global betrachtet muss das Ergebnis aber positiv sein. Die reichen Länder müssen aufhören, auf Kosten anderer Länder oder zukünftiger Generationen zu leben. Uns interessiert beides. Wo wir mit Auslandsbüros vertreten sind, unterstützen wir entsprechende transformationsorientierte Netzwerke, einzelne Organisationen. Länder im Globalen Süden, in denen wir arbeiten, sind sehr selbstbewusst, weil sie wissen, dass es ohne sie nicht geht. Dieses Herangehen teilen wir.

Geht es beim Arbeiten in Netzwerken auch um neue Zielgruppen? Um Menschen, die die grüne Stiftung bis jetzt eher noch nicht erreicht oder repräsentiert?

Jan Philipp Albrecht: Schon auch! Aber es geht nicht nur einfach darum, neue Leute zu erreichen, sondern immer dabei im Kopf zu haben: Was kann daraus entstehen, was wollen wir dadurch erreichen? Wenn wir uns zum Beispiel austauschen mit den Akteur*innen der Klimabewegung, dann ist es von großem Interesse für uns und birgt große Potenziale, wenn wir diese mit jenen zusammenbringen, die die Transformation tatsächlich umsetzen, also zum Beispiel mit Handwerksverbänden und Vertreter*innen mittelständischer Unternehmen. Diese wiederum können durch den Kontakt zu jungen engagierten Menschen etwas gegen den Fachkräftemangel unternehmen. Ein solches Vorgehen birgt extrem viel Chancen, sich neuen Bündnissen zuzuwenden, die etwas quer laufen zu bestimmten bisherigen Gruppen oder Milieus, die wir bereits kennen. Das heißt für uns natürlich, neue Leute anzusprechen und in neue Milieus vorzustoßen.

Imme Scholz: Wir sind mit unseren Auslandsbüros in vielen Ländern unterwegs, wo der Anteil der jungen Bevölkerung wesentlich größer ist als bei uns. Junge Leute sehen, dass ihre Zukunft gefährdet ist, und sind daher wagemutig und innovativ, auch in den sozialen Bewegungen. Gerade im Bereich Feminismus und Queerness sind soziale Bewegungen in einigen unserer Partnerländer weiter als bei uns, beispielsweise in Südamerika. Veränderungen werden da mit großer Selbstverständlichkeit eingefordert, weil sie wissen: Wir sind die künftige Generation. Das ist auch bereichernd für unsere Arbeit in Deutschland. Da will ich das Gunda-Werner-Institut nennen, das als Avantgarde-Institut u.a. zu sexualisierter Gewalt im Netz und zu Antifeminismus arbeitet. Die Bundesregierung hat jetzt einen Queer-Beauftragten eingesetzt und ist gegen Diskriminierungen verschiedenster Art aktiv. Das ist sehr ermutigend. Das wird unsere Arbeit noch auf Jahre prägen.

Heinrich Böll ist der Namensgeber der Stiftung. Was verbindet ihr mit ihm?

Imme Scholz: Ich verbinde mit ihm jemanden, der unheimlich aufmerksam und wach die politischen Vorgänge beobachtet hat und sie dann mit den ethischen Ansprüchen an politisches, aber auch menschliches Handeln kontrastiert hat. Dafür war er auch bereit, einen Preis zu zahlen – in der Friedensbewegung oder als er daran erinnert hat, dass auch Mitglieder der RAF einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren haben. Unser Einsatz für Menschenrechte, für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie leitet sich auch von unserem Namensgeber ab. Aus meiner Sicht ist politische Bildung da ganz zentral, die Arbeit mit jungen Menschen, auf dem Land, überall dort, wo wir die Demokratie stärken und antidemokratischen Kräfte zurückdrängen wollen.

Jan Philipp Albrecht: Er war ja nicht nur jemand, der sich in der Friedensbewegung engagiert hat, sondern auch jemand, der sich sehr stark für die Demokratie und Freiheitsbewegungen in Osteuropa interessiert hat, selbst dort auch mit dem PEN aktiv war. Am Ende ist es ein Statement, dass wir als Stiftung einen politischen Menschen als Namensgeber haben, der gleichzeitig sein Brot mit dem Schreiben verdiente. Sein Werk ist ein wichtiges Kulturgut und elementar für die politische Debatte der Nachkriegsjahre und deutsches Erinnern. Und das pflegen wir eben auch.

Das Gespräch führte Vera Lorenz.

Für den Klimaschutz muss der Ausbau von erneuerbaren Energien stark beschleunigt und die zugehörige Infrastruktur schnell gestärkt werden.
Foto: picture alliance/dpa/Sebastian Willnow

Radikaler Realismus – jetzt!

Die fortschreitende Erderhitzung birgt hohe Risiken. Viele Teile der Welt könnten unbewohnbar werden. Immer heftigere Überschwemmungen, Dürren und Stürme gefährden bereits heute die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Die CO_2-Emissionen – insbesondere durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas – müssen schneller und drastischer als bisher gesenkt werden. Doch die Klimapläne der Staaten sind nicht ambitioniert genug. Ideen für eine klimagerechte Zukunft gibt es viele, sie müssen nur schnellstens umgesetzt werden, damit auch künftige Generationen sicher und gut leben können.

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Noch gibt es ein kleines Zeitfenster, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Jedes Zehntelgrad vermiedene Erwärmung macht einen großen Unterschied. Wir unterstützen mit unserer Arbeit den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, bei der ökologische und soziale Belange zusammengedacht werden. Damit dieses Vorhaben gelingt, braucht es den Zusammenhalt der Gesellschaft, denn die Klimakrise können wir nur gemeinsam lösen!

COP 27: Kein Durchbruch beim Ausstieg aus fossilen Brennstoffen – Klimakonferenz in Ägypten

Vom 6. bis 18. November 2022 fand im ägyptischen Sharm El-Sheikh die 27. UN-Klimakonferenz (COP 27) statt. Bei den internationalen Verhandlungen sollten weitere Regeln und Mechanismen für die Bewältigung der globalen Klimakrise entwickelt werden. Doch die Ergebnisse blieben hinter den Erwartungen zurück. Ein Ausstieg aus Öl und Gas wurde unter anderem auf Druck vieler Petro-Staaten nicht in die Abschlusserklärung aufgenommen. Ein Durchbruch war allerdings die Einrichtung eines Klimafonds zur Kompensierung von klimabedingten Schäden und Verlusten (Loss & Damage) für besonders verletzliche Staaten. Finanzhilfen für erlittene Schäden und Verluste werden schon seit Langem von Ländern des Globalen Südens gefordert und wurden bisher von vielen Industriestaaten abgelehnt.

Bei den Klimaverhandlungen versuchen Lobbyisten der fossilen Industrie immer wieder, hochriskante Geoengineering-Technologien als Lösungen für die Klimakrise zu präsentieren. Diese Bestrebungen laufen letztlich darauf hinaus, das fossile Geschäftsmodell zu verlängern und den dringend notwendigen weltweiten Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas zu verschleppen. Mithilfe unserer Netzwerke ist es uns gelungen, in Sharm El-Sheikh schlecht definierte und riskante Empfehlungen für handelbare Zertifikate aus Carbon-Removal-Aktivitäten (Entnahme von Kohlendioxid aus der Atmosphäre) zur Neuberatung an das Aufsichtsgremium zu Artikel 6.4 des Pariser Abkommens zurückzuweisen. Falsche oder schlecht regulierte Carbon-Removal-Aktivitäten können weltweit massive negative ökologische, soziale und menschenrechtliche Auswirkungen haben. Die Risiken von Geoengineering werden von deren Befürworter*innen meist unterbewertet oder ignoriert. Die Stiftung ist seit mehreren Jahren Kernmitglied und Mitträgerin der Hands Off Mother Earth! (HOME) Alliance. Die HOME Alliance engagiert sich weltweit gegen Geoengineering-Aktivitäten, klärt über deren Gefahren auf und stellt Informationen für zivilgesellschaftliche Netzwerke und politische Entscheidungsträger*innen zusammen.

COP 27: Das Engagement der Zivilgesellschaft

Mit der Wahl Lula da Silvas zum Präsidenten Brasiliens ist das Land als prominenter Akteur an den Verhandlungstisch der internationalen Klimapolitik zurückgekehrt. Lula und entscheidende Personen seiner künftigen Regierung reisten unmittelbar nach der Wahl zur COP 27. Mit Unterstützung unseres Büros in Rio de Janeiro konnten auch einige junge, hoch qualifizierte Schwarze brasilianische Klimaaktivist*innen nach Sharm El-Sheikh kommen. Dort stellten sie ihr klimapolitisches Engagement vor und diskutierten mit Regierungsvertreter*innen auf höchster Ebene über dringend erforderliche Klimaschutzmaßnahmen. Unser Büro in Rio ermöglichte auch engagierten Journalist*innen den Aufenthalt vor Ort. Midia Ninja zum Beispiel berichtete ihren mehreren Millionen Followern u.a. über die Debatte um die Einbeziehung der Wälder in den CO_2-Handel – ein Thema, das für Brasilien besonders wichtig ist.

Ägyptische Aktivist*innen hingegen hatten aufgrund der massiven Unterdrückung der ägyptischen Zivilgesellschaft durch das Al-Sisi-Regime so gut wie keine Möglichkeit, an der Konferenz teilzunehmen. Proteste und Demonstrationen außerhalb der UN-Zone waren nahezu unmöglich. Trotz starker Präsenz des

Informationen Geoengineering
geoengineeringmonitor.org
Online-Dossier «Geoengineering»
boell.de/de/geoengineering

ägyptischen Staatssicherheitsdienstes kam es auf dem Konferenzgelände dennoch zu Solidaritätsbekundungen mit ägyptischen Aktivist*innen, wie dem inhaftierten Blogger Alaa Abd El-Fattah, und anderen Menschenrechtsverteidiger*innen, die dadurch die so dringend benötigte internationale Aufmerksamkeit bekamen.

Südafrika: Stopp der Öl- und Gaserkundungen vor der Küste – Partnerprojekt

David gegen Goliath: Das Hohe Gericht in Makhanda hat im September 2022 die Öl- und Gaserkundungen Shells vor der Wild Coast Südafrikas gestoppt. Ein Urteil, das nicht nur die Bestrebungen fossiler Firmen bremsen wird. Der Richterspruch erkennt zum ersten Mal die spirituelle und kulturelle Bedeutung des Meeres für lokale und indigene Gemeinschaften an und leitet daraus entsprechende Rechte ab. Und er definiert eine neue «demokratischere» Form der Beteiligung an Konsultationen und Entscheidungsprozessen. Das ist nicht nur ein Sieg für die betroffenen Gemeinschaften und die zivilgesellschaftlichen Organisationen, unter anderem Partner*innen unseres Büros in Kapstadt, die dagegen geklagt hatten, sondern für den gesamten Kontinent.

Mit Recht das Klima retten – Seminarreihe

Weltweit versuchen immer mehr Menschen, auf dem Klageweg einen besseren Klimaschutz zu erzwingen. Die Klagen richten sich entweder gegen Regierungen oder Unternehmen, die einen hohen CO_2-Ausstoß haben. In unserer Online-Seminarreihe «Mit Recht das Klima retten», eine Kooperationsveranstaltung mit Germanwatch, Client Earth und Green Legal Impact, informierten auch im vergangenen Jahr erfahrene Anwält*innen über praktische Fragen der Prozessführung. Sie berichteten über den Stand aktueller Klagen, so zum Beispiel die Klage des peruanischen Bauern Luciano Lliuya gegen RWE. Sein Haus ist durch das Anwachsen eines Gletschersees von Überflutung bedroht. Lliuya fordert, dass sich RWE als Europas größter Treibhausgasemittent an den dringend notwendigen Schutzmaßnahmen beteiligt. Ein weiteres Thema war die bahnbrechende Entscheidung des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen im Fall der Bewohner*innen der Torres-Strait-Inseln im Rechtsstreit mit Australien. Der Ausschuss stellte das Versäumnis Australiens fest, die indigenen Torres-Insulaner angemessen vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, darüber hinaus habe Australien das Recht der Insulaner verletzt, ihre Kultur zu pflegen und frei von willkürlichen Eingriffen in ihr Privatleben, ihre Familie und ihr Heim zu sein.

Türkei: Aufklären über die Folgen des Klimawandels – Stipendien für junge Wissenschaftler*innen

Überschwemmungen, Waldbrände, Wasserknappheit – die Türkei hat die Folgen der Klimakrise in den letzten Jahren deutlich zu spüren bekommen. Auf die Klimapolitik des Landes hatte dies kaum Auswirkungen. Zwar ratifizierte die Türkei 2021 das Pariser Klimaabkommen, doch ein nationales Klimaschutzgesetz lässt seitdem auf sich warten. In der Türkei folgt seit Längerem eine Krise auf die andere: Terroranschläge, der Putschversuch 2016, der autoritäre Umbau des Landes und die Wirtschaftskrise. Umweltkatastrophen verschwinden dadurch schnell wieder aus den Schlagzeilen und die Bevölkerung erfährt wenig über die Folgen des Klimawandels. Bei einer Umfrage im Jahr 2021 nahmen 14 Prozent der Befragten an, die verheerenden Feuer im Sommer seien auf die Erderwärmung zurückzuführen; 30 Prozent vermuteten dagegen einen terroristischen Hintergrund.

Um einen wissenschaftsbasierten Diskurs zur Klimakrise in der Türkei zu stärken, vergibt unser Büro in Istanbul seit 2008 Stipendien an junge Wissenschaftler*innen, die sich in ihrer Masterarbeit mit Fragen der Klimakrise, Energiewende und ländlichen Entwicklungen auseinandersetzen. Die Stipendiat*innen erhalten eine finanzielle Unterstützung, treffen auf andere umweltpolitische Akteure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft und nehmen an einer einwöchigen Bildungsreise nach Deutschland teil.

Tschechien: Mangelndes Wissen über Klimawandel und grüne Transformation – Studie

In Tschechien wollen die Bürger*innen zwar Natur, Landschaft und Klima schützen, wissen aber nur wenig über die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels. Auch die politischen Maßnahmen und Vereinbarungen zur Transformation der Wirtschaft sind weitgehend unbekannt. Dies war das Ergebnis einer umfragebasierten Studie, die unser Büro in Prag in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut STEM und der European Climate Foundation durchgeführt hat. Nur ein Zehntel der befragten Bürger*innen fühlt sich genügend informiert über den Europäischen Green Deal, rund die Hälfte weiß wenig und ein Drittel fast gar nichts darüber. Gleichzeitig sind die Tschech*innen sehr besorgt über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Transformation. Auch das erwartet hohe Ausmaß und die Schnelligkeit der Veränderungen machen ihnen Angst. Die Autor*innen der Studie kommen zu dem Schluss, dass für die Akzeptanz der grünen Transformation eine sozial gerechte Ausgestaltung unabdingbar ist, und geben zahlreiche Empfehlungen, wie deren Maßnahmen und Folgen besser kommuniziert werden können.

Klimapodcast «Karbon»

Der erste deutsch-tschechische Klimapodcast «Karbon», produziert von unserem Prager Büro in Zusammenarbeit mit Radio Prag International, widmet sich verschiedenen klima- und energiepolitisch relevanten Fragen von der Atomkraft bis zur Elektromobilität aus der Perspektive beider Länder und lässt Expert*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen zu Wort kommen. Die beiden Autoren wurden für den Podcast mit dem Deutsch-tschechischen Journalistenpreis ausgezeichnet.

deutsch.radio.cz/node/8714052/o-poradu

Die Energiewende, leicht erklärt – Grundkurse

In unseren beliebten Online-Grundkursen bieten wir allgemeinverständliche Informationen rund um ökologische Themen an. Expert*innen erklären in 75 Minuten die wichtigsten Zusammenhänge, besonders komplexe Themen werden auf zwei Termine verteilt. Im Jahr 2022 starteten wir eine neue Grundkurs-Reihe zum Thema «Energiewende 2.0», denn mit der Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und den erhöhten Klimazielen hat sich die Dringlichkeit des schnellen Umstiegs auf die Erneuerbaren verschärft. Andreas Löschel, Professor an der Ruhr-Universität Bochum, skizzierte im Oktober 2022 die Funktionsweise der deutschen Energieversorgung und erklärte, wie sie trotz Klimakrise, hohen Energiepreisen und möglichen Versorgungsengpässen sichergestellt werden kann. Im Folgekurs erläuterte er, wie Energiepreise am Markt entstehen, und stellte diverse Instrumente vor, mit denen hohen Energiepreise sozial- und klimaverträglich abgefedert werden können.

Ein anderer Grundkurs beschäftigte sich mit Erdgas, denn die aktuelle Energiekrise ist vor allem eine Krise der Gasversorgung. Die Energieökonomin Isabell Braunger von der Europa-Universität Flensburg erläuterte die Abhängigkeiten und Ausweichmöglichkeiten in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, bewertete den aktuellen Stand der Gasversorgung und verwies auf die Risiken von Gas als Brückentechnologie. Insbesondere die LNG-Infrastruktur, die Deutschland gegenwärtig aufbaut, müsse kritisch hinterfragt werden, denn sie könnte dazu führen, dass klimaschädliches Erdgas länger als nötig genutzt wird.

Ein weiterer Grundkurs beschäftigte sich mit der Wärmewende. Dieser Teil der Energiewende wurde lange vernachlässigt, dabei geht rund die Hälfte unseres Energieverbrauchs in die Erzeugung von Wärme. Ein strategisches Instrument zur Dekarbonisierung des Wärmesektors ist die (kommunale) Wärmeplanung. Sie könnte den Umbau der Wärmeversorgung erheblich beschleunigen, dafür müssen allerdings alle wesentlichen Akteur*innen auf kommunaler Ebene mit an Bord geholt werden. Inputgeber dieses Grundkurses waren Mitarbeitende der Energieagentur Kreis Ludwigsburg e. V.

Die künftige Rolle von Gas in Europa – Bericht

Die derzeitige EU-Energiepolitik droht die Abhängigkeit von fossilem Gas zu verlängern und die 1,5-Grad-Grenze in unerreichbare Ferne zu rücken. Das ist das Ergebnis eines gemeinsamen Berichts einer Expert*innengruppe aus sechs EU-Mitgliedstaaten, den wir zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe im Juli 2022 bei einem parlamentarischen Frühstück mit Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie mehrerer Bundestagsabgeordneter vorstellten. Der Bericht identifiziert den Ausstieg aus fossilem Gas als zentrale Säule der europäischen Energiewende und zeigt auf, was dafür nötig ist – insbesondere angesichts der aktuellen Energiesicherheits- und Versorgungskrise. Eine tragende Rolle wird den erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, grünem Wasserstoff und Wärmepumpen zuerkannt. Neue Gasinfrastrukturprojekte wie LNG-Terminals, die aufgrund des russischen Angriffskriegs diskutiert werden, seien

Online-Dossier und Grundkurse «Wärmewende»
boell.de/waermewende

Bericht «The future role of gas»
eu.boell.org/future-role-of-gas

hingegen kritisch zu prüfen. Die Expert*innen gehen davon aus, dass viele dieser Projekte angesichts der sinkenden Gasnachfrage mit Umsetzung des Europäischen Green Deals überflüssig werden.

Green Cities 2035 – Online-Reihe

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine stellt sich noch dringender als zuvor die Frage, wie sich auch Kommunen aus der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen befreien können. Erste Städte und Gemeinden in Deutschland wollen bereits bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden. Kommunen haben wirksame Hebel, um sowohl den Klimawandel einzudämmen als auch auf erneuerbare Energieversorgung umzustellen. Um diese Hebel in Bewegung zu setzen, brauchen Kommunalpolitik und -verwaltung allerdings die Bürger*innen. Wie muss eine ambitionierte Klimapolitik aussehen, damit sie auch für breite Bevölkerungsschichten attraktiv ist? In unserer Veranstaltungsreihe in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik befassen wir uns jeweils mit unterschiedlichen Sektoren und Bereichen, die eine Klimaschutz-Hebelwirkung haben – also Wind- und Solarenergie oder die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Eingeladen sind jeweils Praktiker*innen aus der Kommunalpolitik, aber auch aus der lokalen Wirtschaft, aus Bürgerinitiativen und weiteren Stakeholder-Gruppen.

Stadt der Zukunft, Klima der Zukunft? Deutsch-chinesischer Austausch

Die EU will bis 2050 klimaneutral werden, die Volksrepublik China spätestens bis 2060. Zusammen mit dem National Climate Strategy Center (NCSC) des chinesischen Umweltministeriums veranstaltete unser Büro in Beijing im Dezember 2022 ein Webinar zur deutsch-chinesischen Klimakooperation auf kommunaler Ebene. Die Teilnehmenden aus Wissenschaft, Verwaltung, Unternehmen und Zivilgesellschaft beider Länder tauschten sich darüber aus, wie Städte den Weg in die Klimaneutralität unterstützen können. «Diese Transformation muss vor allem gerecht ablaufen», so NCSC-Direktor Xu Huanqing. Dabei gilt es für China einen enormen Spagat zwischen einer weiterhin steigenden Urbanisierungsrate (aktuell 65%) und ambitionierten Klimazielen zu bewältigen. Technisches Knowhow und Finanzierungsinstrumente bilden die zentralen Hebel für einen systemischen Wandel, erläuterte Ang Ye von der Deutschen Energie-Agentur dena. Ming Dengli vom Büro für Ökologie und Umwelt der Stadt Beijing stellte vor, wie die Stadtverwaltung die Beteiligung der Öffentlichkeit an Umweltschutzmaßnahmen fördert.

Der Austausch machte deutlich, welche entscheidende Rolle die kommunale Ebene trotz der sehr unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen im Prozess der grünen Transformation spielen kann. China

Green Cities 2035 – unsere Online-Reihe zu Fragen des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene Grafik: Nicole Riegert

Dokumentation «Green Cities 2035»
boell.de/green-cities-2035

wird 2023 weitere, noch detailliertere Strategiepapiere zur Klimaanpassung auf Provinzebene vorlegen – neben dem gemeinsamen Interesse an guter lokaler Praxis ein weiterer Anlass für die Teilnehmenden, den Austausch zwischen beiden Ländern fortzusetzen und zu vertiefen.

Polen: Energiegenossenschaften als Chance – Projekt

Unser Büro in Warschau hat im Jahr 2022 viele Projekte zur Energiewende und -sicherheit unterstützt, zu den wichtigsten gehörte das Projekt «Fair Cooperative Transformation». Hier ging es darum, auszuloten, inwieweit in Oberschlesien und Ost-Großpolen, den ehemaligen Kohlegebieten Polens, der Strukturwandel durch Energiegenossenschaften gemeistert werden kann. Vertreter*innen der Selbstverwaltung, lokaler Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen sowie der lokalen Bevölkerung diskutierten darüber, was bei der Gründung von Energiegenossenschaften alles bedacht werden muss, welche weiteren Vorbereitungen für eine nachhaltige und gerechte Transformation in der Region getroffen werden müssen und wie die ortsansässige Bevölkerung dafür gewonnen werden kann. Im Rahmen des Projekts wurden für die Gemeinden Dąbrowa Górnicza und Konin jeweils Statuten für Energiegenossenschaften ausgearbeitet, die als Modelle für andere Regionen dienen könnten.

Grüner Wasserstoff: Ist fairer Handel möglich?

Enorme Mengen von grünem Wasserstoff werden gebraucht, um wichtige Teile der Industrie CO_2-frei zu machen. Auch für den Flug- und Schiffsverkehr auf langen Strecken sowie als Flexibilitätsreserve für das Stromsystem sind grüner Wasserstoff oder seine Folgeprodukte notwendig. Selbst bei Konzentration auf die zentralen Sektoren wird es kaum möglich sein, den Bedarf vollständig aus heimischen Erneuerbaren zu decken. Wasserstoff muss demnach importiert werden, auch aus Ländern des Globalen Südens, mit denen Europa eine lange Geschichte ungleicher Handelsbeziehungen verbindet. In einem gemeinsamen Projekt mit Brot für die Welt untersuchen wir, wie der Handel mit grünem Wasserstoff und seinen Derivaten für alle Beteiligten fair erfolgen kann. Dazu haben wir in Chile, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Südafrika, Marokko und Tunesien Konsultationen mit Akteur*innen aus den Bereichen Produktion, Investitionen, Handel und Verbrauch von grüner Energie durchgeführt. Unser Synthesebericht betont die Notwendigkeit, keinen Schaden anzurichten, und fordert eine umfassende Landnutzungsplanung sowie strenge Standards. Das Recht der lokalen Gemeinschaften auf Land und Wasser sowie auf vorherige Zustimmung nach Aufklärung muss gewahrt werden.

Als künftiges Import- und Verbraucherland von grünem Wasserstoff muss Deutschland genauso wie Europa Partnerschaften mit Erzeugerländern eingehen, die auf strengen Umwelt- und Sozialstandards beruhen, und sie nicht nur als Ressourcenlieferanten, sondern auch als Mitstreiter*innen auf dem Weg zu nachhaltigem Wohlstand sehen. Zu diesem Zweck müssen sie die exportierenden Länder in ihren Bemühungen unterstützen, Wertschöpfung vor Ort zu sichern. Auf diese Weise könnte der entstehende internationale Handel mit grünem Wasserstoff zum Vorboten einer neuen, gerechten Handelsbeziehung zwischen dem Globalen Norden und Süden werden.

Serbien: Kann Lithium ohne Umweltschäden abgebaut werden? – Austausch

Im Jahr 2004 wurde in der Nähe der westserbischen Stadt Loznica das Mineral Jadarit und die Lagerstätte «Jadar» entdeckt. Sie gilt aufgrund der hohen Konzentration von Lithium und Bor pro Tonne Erz als eine der wichtigsten Lithiumlagerstätten der Welt. Fachleute befürchten, dass die Eröffnung einer Mine mit erheblichen Belastungen für die Umwelt verbunden wäre. Für den Betrieb müssten große Mengen Wasser gepumpt werden, was im Sommer zu Trockenheit und in Regenzeiten zu Überschwemmungen führen könnte. Auch könnte der giftige Chemikaliencocktail, der für die Lithiumgewinnung aus dem Boden gepumpt wird, nahe gelegene Flüsse kontaminieren und die Wasserversorgung gefährden. Die Erfahrungen mit Lithiumminen weltweit sind durchaus problematisch, weswegen sich auch in Serbien Widerstand gegen den Lithiumabbau regt. Allerdings fehlt es in der Region an Wissen über die tatsächlichen Risiken, da es weltweit nur zwei Minen gibt, die ein ähnliches Verfahren anwenden, wie es für die Lagerstätte «Jadar» infrage käme.

Auch Deutschland ist an serbischem Lithium interessiert, da es unabhängiger von China werden möchte. Um einen Dialog auf Augenhöhe zu fördern und Wissen über die Lithiumgewinnung zu vermitteln, hat unser Büro in Belgrad mehrere Treffen mit deutschen Politiker*innen, Diplomat*innen, lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Expert*innen organisiert. Unser Büro wird den offenen Dialog fortsetzen, denn nur mit entsprechender Expertise kann sich die kritische Öffentlichkeit gegenüber den Entscheidungsträgern positionieren, wenn es um die Risiken des Lithiumabbaus in Serbien gehen wird.

Informationen zum Projekt «Grüner Wasserstoff»
boell.de/gruener-wasserstoff

Berlin, Januar 2022: Aktivist*innen des Bündnisses «Wir haben es satt!» demonstrierten vor dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik. Foto: IMAGO/epd/Christian Ditsch

Für eine alternative Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Die Klimakrise verändert auch die Landwirtschaft. In einigen Regionen verschieben sich die Vegetationsperioden, Extremwetterereignisse nehmen zu und Schädlinge erschließen sich neue Lebensräume. Um die Ernährung der Menschen zu sichern, muss die globale Landnutzung nachhaltiger gestaltet und an den Klimawandel angepasst werden. Neben der Klimakrise ist der Verlust der biologischen Vielfalt die zweite große Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Um sie zu erhalten, braucht es ein Umdenken in der globalen Landwirtschaft und vor allem den politischen Willen und klare Regeln.

Wir engagieren uns für eine vielfältige Landwirtschaft, die das Menschenrecht auf Nahrung stärkt und mit der Natur und nicht gegen sie arbeitet. Wir liefern Expertise zu nachhaltigen Ernährungssystemen und unterstützen Aktivist*innen dabei, die Wende im Agrarsektor voranzubringen.

Pestizide in der Landwirtschaft: Eine Gefahr für Mensch und Umwelt – Atlas

Im Bier und im Honig, auf Obst und Gemüse, auf Spielplätzen und in der Luft – überall lassen sich Spuren von Pestiziden nachweisen. Dabei ist die Erkenntnis, dass sich Pestizide negativ auf die Gesundheit auswirken, keineswegs neu. Auch ist seit Jahren bekannt, dass sie massiv Insekten und Pflanzen schädigen und Gewässer kontaminieren. Trotz Verschärfungen in den Zulassungsverfahren mancherorts werden weltweit so große Mengen an Pestiziden ausgebracht wie nie zuvor. Europäische Hersteller wie Bayer und BASF exportieren gesundheitsgefährdende Substanzen nach Afrika, Asien und Lateinamerika, die in der EU längst verboten sind.

In unserem im Januar 2022 veröffentlichten Pestizidatlas haben wir auf die vielfältigen Gefahren von Giften in der Landwirtschaft aufmerksam gemacht. Und damit einen Nerv getroffen: Im ersten Jahr nach seiner Veröffentlichung wurde der Atlas über 10.000-mal heruntergeladen und fast 70.000 Menschen schauten sich unser Online-Dossier zum Thema an. Dazu kommt ein großes Interesse aus dem Ausland: Im Oktober veröffentlichte unser Büro in Brüssel die erste englische Version in Kooperation mit dem BUND, Friends of the Earth Europe und dem Pesticide Action Network Europe – genau 60 Jahre nach dem Erscheinen des Buches «Der stumme Frühling» von Rachel Carson, die bereits 1962 die schädlichen Auswirkungen des Pestizideinsatzes beschrieb. Wenig später folgte eine kenianische Version, anlässlich deren Veröffentlichung in Nairobi eine lebhafte Diskussion mit Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und einem Vertreter der kenianischen Pflanzenschutzbehörde stattfand. Weitere internationale Ausgaben, unter anderem auf Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Koreanisch und Chinesisch, sind in Arbeit.

Umsetzung eines Ausfuhrverbots für gefährliche Pestizide – Rechtsgutachten

Die aktuelle Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, den Export von bestimmten Pestiziden aus Deutschland zum Schutz von Umwelt und Gesundheit zu untersagen. Wir haben daraufhin ein Rechtsgutachten zur Frage der Umsetzung eines Exportverbotes beauftragt. Das Gutachten wurde im

Pestizidatlas 2022

Keine gefährliche Substanz wird so großflächig in der Natur verteilt wie Pestizide. Die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, auf Tiere und Pflanzen sind gravierend. Dennoch reagiert die Politik mehr als zögerlich. Der Atlas präsentiert Daten und Fakten rund um das Thema Pestizide in der Landwirtschaft und zeigt, wie es besser ohne sie gehen würde.

Den Atlas gibt es auf Deutsch und Englisch. Auch eine Podcast-Reihe widmet sich dem Thema.

boell.de/pestizidatlas

September 2022 in Kooperation mit dem European Center for Constitutional and Human Rights, dem INKOTA-netzwerk, dem Pestizid Aktions-Netzwerk und der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. Die Gutachterinnen Mirka Fries und Ida Westphal zeigen, wie ein solcher Exportstopp möglichst rechtssicher von der Bundesregierung umgesetzt werden kann. In einer weiteren, im Dezember veröffentlichten Analyse weisen wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern darauf hin, dass bei einem solchen Exportstopp auch die Ausfuhr reiner Wirkstoffe berücksichtigt werden sollte. Denn die Exportmenge von in der EU verbotenen, reinen Pestizidwirkstoffen aus Deutschland hat im Jahr 2021 die Exportmenge von Pestizidprodukten mit verbotenen Wirkstoffen sogar um das 3,7-Fache überstiegen. Der Export von reinen Wirkstoffen würde in den bisher geplanten gesetzlichen Regelungen nicht erfasst werden. Diese Lücke sollte dringend geschlossen werden. Unsere Analyse liefert dafür die Argumente und gibt wichtige Impulse für die Ausgestaltung der künftigen gesetzlichen Regelung.

Plastikmüll – ein globales Risiko für Mensch und Umwelt

Plastikmüll in der Umwelt, auf Deponien und in den Weltmeeren birgt ein wachsendes Risiko für die Ökosysteme, und damit auch für den Menschen. Zwar wächst das Bewusstsein für die negativen Folgen des Plastikkonsums, doch die fossile Industrie treibt den weltweiten Ausbau der petrochemischen Produktionskapazitäten und Infrastruktur weiter voran. Um diese Plastikflut zu stoppen, engagieren wir uns seit vielen Jahren im deutschen Bündnis Exit Plastik sowie im globalen «Break Free From Plastic»-Netzwerk (BFFP). Zu den Forderungen von Exit Plastik gehören u.a. eine grundsätzliche Eindämmung des Plastikverbrauchs, ein nachhaltiges Produktdesign, weniger Kunststoffeinsatz in der Logistikkette und ein weltweites rechtsverbindliches Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Seit November 2022 arbeitet die UN-Umweltversammlung (United Nations Environment Assembly, UNEA) an einem solchen Abkommen, ein Prozess, den wir kritisch begleiten. Darüber hinaus klären wir über die Risiken von Plastik auf, so zum Beispiel in unserem Plastikatlas 2019, der nunmehr in der 8. Auflage erschienen ist und in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde, zuletzt ins Koreanische und Japanische. Auch unser Buch «Pack Aus! Plastik, Müll und ich» wird in mehrere Sprachen übersetzt und ist im Oktober auf Chinesisch erschienen.

Die Bekämpfung der globalen Hungerkrise als politische Aufgabe

Weltweit sind nach Angaben der UN-Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation FAO knapp 828 Millionen Menschen von Hunger betroffen und rund 2,3 Milliarden Menschen mangelernährt. Von den 17 Zielen zur nachhaltigen Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) ist das zweite Ziel «kein Hunger» bis 2030 nicht mehr zu halten. Die Welternährungskrise ist nicht neu, sie wurde aber durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine deutlich verschärft. Besonders bedrohlich ist die Situation für Länder in Nordafrika, die den größten Teil ihres Getreides aus der Ukraine und Russland beziehen. Aber auch für Millionen Menschen in Subsahara-Afrika, Asien und Lateinamerika bedeuten die explodierenden Preise Existenznot und Hunger.
Hunger und Mangelernährung sind Themen, zu denen wir weltweit arbeiten. So hat unser Büro in Kenia zusammen mit der Right to Food Coalition, einem von der Stiftung stark mitgestalteten zivilgesellschaftlichem Bündnis, im Jahr 2022 das «Food Manifesto» vorgestellt – ein politisches Programm zur Bekämpfung von Nahrungsmittelunsicherheit. Es zeigt notwendige Schritte auf, wie die aktuellen Hungerkrisen in Ostafrika gemindert und das Problem strukturell gelöst werden können. Im kenianischen Wahlkampf war das Thema zunächst von vielen politischen Parteien und Koalitionen nicht aufgegriffen worden, durch das «Food Manifesto» gelang es, das Recht auf Ernährung in den politischen Mittelpunkt zu rücken. Auch alle wichtigen Medien berichteten darüber.

In Deutschland haben wir in Ergänzung unseres Dossiers «Armut Macht Hunger» einen Podcast und eine Interview-Reihe produziert, in denen die globalen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf Hunger und Mangelernährung analysiert und politische Antworten diskutiert werden.

Auswirkungen einer Änderung der Flächenstilllegung in der EU auf den globalen Getreidemarkt – Policy Paper

Durch den Krieg in der Ukraine sind die Getreidepreise stark gestiegen. Einige Industrie- und Landwirtschaftsverbände nutzten die Situation, um mit dem Argument der Ernährungssicherheit agrarpolitische Reformen auszubremsen. So kam die Diskussion auf, die Mindestflächenstilllegung von vier Prozent, die mit Beginn der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU vorgesehen ist, auszusetzen und stattdessen die Produktion auch auf vorhandene Brachflächen auszudehnen. Wir haben daraufhin eine Analyse erstellt, die zeigt, dass die geplante Stilllegung nur einen marginalen Effekt auf Produktionsmengen und Weltmarktpreise von Getreide hätte. Selbst wenn alle Stilllegungen wegfielen und diese Flächen für die landwirtschaftliche Produktion genutzt würden, wäre lediglich eine Erhöhung der in der EU produzierten

Online-Dossier «Plastikatlas»
boell.de/plastikatlas

Online-Dossier «Armut Macht Hunger»
boell.de/armut-macht-hunger

E-Paper zur Flächenstilllegung
boell.de/publikationen

Getreidemenge von bis zu 4,4 Prozent zu erwarten. Das entspricht einer Erhöhung der weltweiten Produktion um nur 0,4 Prozent. Somit würden auch die Effekte auf die Weltmarktpreise entsprechend gering ausfallen: Die durchschnittlichen Getreidepreise auf dem Weltmarkt würden lediglich um 0,7 Prozent sinken. In Anbetracht der Klimakrise und den damit zusammenhängenden Ernteausfällen sehen wir es als falsches Signal, die ökologische Wende der Landwirtschaft auszusetzen. Die Anfälligkeit unserer Ernährungssysteme zeigt, wie wichtig massive Investitionen in lokale, resiliente agrarökologische Systeme weltweit sind.

Agrarökologische Praktiken als Antwort auf die Ernährungskrise im Libanon – Partnerprojekt

Seit 2019 erlebt der Libanon einen kolossalen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch. Innerhalb eines Jahres sind die Lebensmittelkosten um 396 Prozent gestiegen, während sich die Armutsquote von 42 Prozent im Jahr 2019 auf 82 Prozent im Jahr 2021 fast verdoppelt hat. Im Libanon ist die Lebensmittelversorgung seit jeher stark von Importen abhängig. Für mehr Ernährungssouveränität im Land könnten agrarökologische Praktiken hilfreich sein. Agrarökologie basiert auf einem ganzheitlichen Ansatz in der Landwirtschaft. Es geht darum, möglichst stabile Agrarökosysteme zu gestalten, mit hoher Selbstregulationsfähigkeit und bestmöglichen Synergien. Unsere libanesische Partnerorganisation Jibal versucht, diesen alternativen Landwirtschaftsansatz im Libanon zu stärken, und baut hierfür eine lokale Gruppe von Aktivist*innen, Landwirt*innen und Praktiker*innen auf, die daran interessiert sind, zu kooperieren und nachhaltige Lösungen für die Krise der Agrar- und Ernährungswirtschaft im Land zu finden.

Mehr Nachhaltigkeitsthemen in der Medienlandschaft Südostasiens – Stipendien

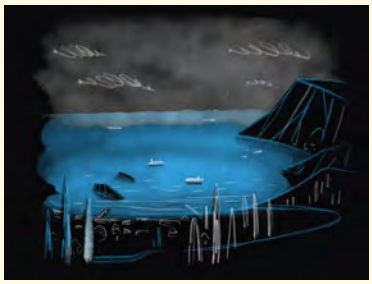
Von Nachhaltigkeit ist in südostasiatischen Medien bislang noch wenig die Rede. Um dieses Thema stärker in die Nachrichtenabteilungen zu bringen und entsprechende Debatten anzuregen, hat unser Büro Südostasien mit Sitz in Bangkok zusammen mit der Organisation Reporting ASEAN die «Sustainablilty Series» ins Leben gerufen. Dazu werden Stipendien an Journalist*innen aus der Region vergeben, die zu Umweltthemen schreiben oder auch Umfragen zur Relevanz von Nachhaltigkeitsthemen in den Nachrichtenabteilungen machen. Darüber hinaus veröffentlichen wir im Rahmen des Projekts Grafiken, die regional bedeutsame Themen gut verständlich darstellen, und haben 2022 zudem ein Handbuch für Journalist*innen herausgegeben, das die wichtigsten Fakten zur Klimakrise und zu Nachhaltigkeit zusammenfasst und ihnen eine fundierte Berichterstattung ermöglichen soll.

Beirut, September 2022: Die große Mehrheit der Libanes*innen kämpft unter katastrophalen wirtschaftlichen Bedingungen ums Überleben. Der Mangel an Lebensmitteln, Strom und Trinkwasser wurde durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft. Foto: Adri Salido/Anadolu Agentur

Berlin, Februar 2022: Zehntausende Menschen demonstrierten gegen den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Foto: Stephan Röhl

#StandWithUkraine

Am 24. Februar 2022 hat Russland die Ukraine überfallen. Dieser Angriffskrieg hat wegen seiner Ruchlosigkeit, seiner Brutalität und der schweren Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung weltweit Entsetzen und Fassungslosigkeit hervorgerufen. Der Anspruch des Putin-Regimes, die Ukraine als Nation mit eigener Geschichte und Kultur auszulöschen, wie auch der kalkulierte Bruch des Völkerrechts stellen eine schwere Zäsur für die Weltordnung dar. Die in weiten Teilen zerstörte Ukraine befindet sich immer noch in einem existenziellen Abwehrkampf gegen den Aggressor und wird sich noch lange mit den ökonomischen, sozialen und psychologischen Folgen von Krieg und Gewalt auseinandersetzen müssen. Wir haben uns damit im vergangenen Jahr intensiv beschäftigt – aber auch mit der Lage in den Nachbarländern und den Konsequenzen für die internationale Friedensordnung.



«Stille Landschaft» Illu: Sofiia Melnyk

Foto: Stephan Röhl

Szenische Lesung «Ukraine, 5 Uhr morgens»

5 Uhr morgens – diese Zeit gilt als Chiffre für das Leid der Opfer der russischen Aggression in der Ukraine. Nicht nur, dass Raketenangriffe häufig zur frühen Morgenstunde beginnen – schon 2014, als Russland erstmals offen militärische Gewalt gegen die Ukraine im Osten einsetzte und die Halbinsel Krim annektierte, galt diese Uhrzeit ukrainischen Aktivist*innen als Stunde des Grauens, weil vorzugsweise frühmorgens russische Soldaten in Wohnungen einbrachen und Menschen verhafteten.

Am 23. Mai 2022 präsentierten ukrainische Künstler*innen und Schauspieler*innen des Deutschen Theaters in der Heinrich-Böll-Stiftung eine szenische Lesung von Erfahrungsberichten krimtatarischer Opfer der russischen Repressionen seit der Annexion der Krim sowie Tagebucheinträge aus den ersten Tagen der großangelegten Invasion 2022 – eine bewegende Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Dokumentartheater Berlin und dem Ukrainischen Institut, ergänzt durch ein Podiumsgespräch.

Dokumentation «Ukraine, 5 Uhr morgens»
boell.de/ukraine-5-uhr-morgens

Plakatausstellung «Schlaflos»

Seit dem 24. Februar 2022, dem Tag des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine, kommen die Menschen dort nicht mehr zur Ruhe. Viele mussten ihr Zuhause verlassen, sich in Schutzräumen verstecken, sich von Familien und Freunden trennen, sich um andere sorgen, retten, kämpfen. Die Menschen leben in Furcht, sie hassen und lieben, sie bleiben ironisch, sie kennen die Trauer, den Mut der Verzweiflung und widersprüchlichste Gefühle. In der Ausstellung «Schlaflos», zu sehen vom 10. bis 28. Oktober in der Heinrich-Böll-Stiftung, zeigten wir Illustrationen ukrainischer Künstler*innen, die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine entstanden sind. Die Illustrationen boten unterschiedliche Perspektiven auf den Krieg, auf den Schrecken, auf das Leid, aber auch auf den Widerstandswillen, den er auslöst. Erdacht und organisiert wurde die Ausstellung von unseren Kolleginnen im Kyjiwer Büro, Sofia Oliynyk, Oksana Aliieva und Anna Dovgopol, kuratiert wurde sie von Kateryna Mishchenko. «Schlaflos» wurde nachfolgend in verschiedenen Städten im In- und Ausland gezeigt.

Kyjiwer Gespräche

Obwohl Deutschland international zu den größten Unterstützern der Ukraine gehört, hat die oft zögerliche Haltung der Bundesregierung zu einem Vertrauensverlust in der Ukraine geführt. Dieser Vertrauensverlust und Überlegungen zu einer neuen deutsch-ukrainischen Partnerschaft standen im Mittelpunkt der «Kyjiwer Gespräche» am 12. und 13. Oktober in der Heinrich-Böll-Stiftung. Zwar seien die Verbindungen zwischen beiden Ländern intensiv und stabil und somit besser als der öffentliche Diskurs nahelegt, wie ein zur Tagung erschienenes Policy Paper feststellte. Dennoch habe die zögerliche Haltung der Bundesregierung vor allem in der Frage der militärischen Unterstützung auch viel Vertrauen verspielt. Prof. Andrii Portnov, Inhaber der einzigen deutschen Professur, die die ukrainische Geschichte im Titel trägt, beklagte in seiner Eröffnungsrede, der Ukraine würde in der deutschen Öffentlichkeit noch immer keine volle Selbstständigkeit und Handlungskompetenz zugesprochen. Er sei aber auch optimistisch, dass sich das ändern und aus der jetzigen Situation eine Chance für ein neues Europa entwickeln werde, in dem Deutschland, die Ukraine und Polen strategische Partner sein werden.

Dokumentation der «Kyjiwer Gespräche»
boell.de/kyjiwer-gespraeche

#StandWithUkraine

Gesichter unseres Kyjiwer Büros

Foto: privat

Olena Medvid

«Am ersten Tag des großen Krieges, dem 24. Februar, wurde ich von Kyjiw nach Nadvirna im Gebiet Iwano-Frankiwsk evakuiert. Ich ging mit meiner Familie: meiner 74-jährigen Mutter, meiner 15-jährigen Tochter und einem kleinen Hund. Obwohl wir uns in relativer Sicherheit befanden, fiel es mir schwer, mich an die neue Lebensweise zu gewöhnen und nicht zu wissen, was die Zukunft bringen würde: ob mein Haus sicher sein würde, ob ich einen Ort haben würde, an den ich zurückkehren könnte.

Ende Juni kehrten wir nach Kyjiw zurück. Und obwohl wir froh waren, wieder zu Hause zu sein, traten neue Ängste in unser Leben. Insbesondere nach dem Beschuss, der die Energieinfrastruktur beschädigte, wurde es schwierig, die Arbeit zu planen und effizient auszuführen, da wir uns an die Stromausfälle anpassen mussten, für eine stabile Kommunikation sorgen mussten und die Arbeit mit häuslichen Problemen in Einklang bringen mussten. Ich bin der Heinrich-Böll-Stiftung als Arbeitgeberin sehr dankbar für ihre Unterstützung und Flexibilität in diesen schwierigen Zeiten. So kann ich meine Arbeit fortsetzen und dazu beitragen, den Sieg näherzubringen.»

Sofia Oliynyk

«Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat das Konzept der Normalität und Stabilität für ausnahmslos jeden in diesem Land durchkreuzt. Die neue «Normalität» ist ein Balanceakt zwischen Krieg, Arbeit und Leben. Man versucht, zwischen Stromausfällen, Luftalarmen und Nachrichten von der Front sein Leben zu leben, seine Projekte durchzuführen und denjenigen zu helfen, die es brauchen. Die Arbeit in Projekten und mit Partnern hat sich verändert, denn sie erfordert mehr Flexibilität und Verständnis für die oft schwierigen Umstände, in denen man selbst, die Teams und die Projektpartner sich befinden. Gleichzeitig spürt man viel Solidarität und Beharrlichkeit, wenn es darum geht, Russlands Bemühungen zu trotzen, die Widerstandsfähigkeit der Menschen zu untergraben und Angst zu verbreiten – regelmäßig werden Energieinfrastrukturen und Wohngebäude beschossen, was Hunderte von Menschen das Leben kostet. Ungeachtet all dessen schöpfe ich meine Energie aus den Menschen in meinem Umfeld und ich schätze all die Projekte und Initiativen, die zwischen Stromausfällen, Beschuss und allen Tragödien weitermachen, wobei ich mir immer vor Augen halte, welche enormen Kosten und Anstrengungen dies erfordert.»

Foto: Anastasia Telikova

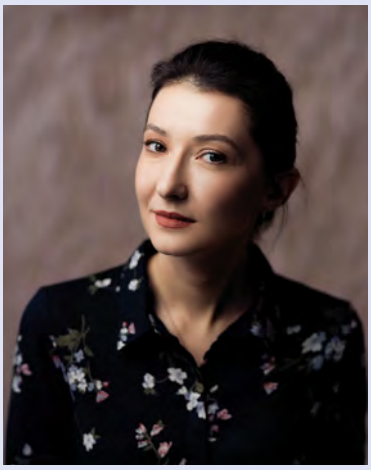


Foto: Taras Bezpalyi

Viktoriia Solohub

«Seit den ersten Explosionen, die uns im Februar morgens weckten, und der Erkenntnis, dass ein großer Krieg bevorstand, hat sich unser Leben verändert. Obwohl wir schon seit 2014 unser «friedliches» Leben im Krieg führen. Das Leben und Arbeiten unter den Bedingungen des Kriegsrechts im Land wurde zu einer Herausforderung. Meine Entscheidung war und ist, zu Hause zu bleiben, in Kyjiw, in der Ukraine. Das ist wirklich schwierig, moralisch und manchmal auch physisch. Da ist zum einen die Herausforderung: ein Leben ohne Licht, ohne Wärme im Winter, mit Granaten und Sirenen. Und dann die Arbeit – ohne die Chance, sie pünktlich und mit guten Ergebnissen zu erledigen. Der Krieg hat mir die Möglichkeit genommen, frei zu planen, nach neuen Wegen und Verbindungen zu suchen, um die Arbeit zu verbessern und Netzwerke aufzubauen. Und selbst eine Fahrt ins Büro muss immer so geplant sein, dass alle Sicherheitsfaktoren und Umstände berücksichtigt werden.

Was bleibt übrig? Es gibt Grundsätze und Werte – die haben sich nicht geändert. Es sind gegenseitige Hilfe, Sensibilität und der Glaube an die Menschheit. Ich bin all jenen sehr dankbar, die uns geholfen haben und uns weiterhin unterstützen. Dank dieser Menschen ist der Glaube an Würde und Freiheit geblieben. Jetzt gilt es, unbeugsam zu sein, in die Freiheit zu gehen, das Recht auf Leben zu bewahren und in einem freien Land weiterzuarbeiten.»

Unser Stiftungsgebäude in Berlin-Mitte liegt direkt gegenüber der ukrainischen Botschaft. Dort kommt es mitunter zu langen Wartezeiten. Um u.a. den vielen Müttern mit Kindern das Warten zu erleichtern, haben wir in unserem Foyer eine Sitzecke eingerichtet. Dort gibt es Wasser, Tee und Spielzeug. Die Stiftung hat sich von Anbeginn des russischen Überfalls mit der Ukraine solidarisch erklärt. Foto: Stephan Röhl

Konferenz «Ukraine im Fokus»

Die zweitägige Konferenz «Ukraine im Fokus» fand vom 17. bis 18. Oktober in Warschau als Sonderveranstaltung der Reihe «World in Focus – Warsaw International Gatherings» in drei Sprachen statt: Polnisch, Ukrainisch und Englisch. An den fünf Podiumsdiskussionen nahmen insgesamt 17 Expert*innen teil – davon waren 12 aus der Ukraine. Sie sprachen über die Situation in ihrem Land, erläuterten die aktuellen Herausforderungen und entwarfen mögliche Zukunftsszenarien, auch hinsichtlich der künftigen Energieversorgung. Darüber hinaus ging es um Ernährungssicherheit, Flucht und Migration aus der ukrainischen Perspektive sowie um grüne Wiederaufbauszenarien für die Zeit nach dem Ende des Krieges. Die Debatten stehen auf YouTube in zwei Sprachversionen (Polnisch und Englisch) zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit dem Thinktank und Online-Medium «Krytyka Polityczna» entstand zudem eine Podcast-Reihe, bei der die ukrainischen Expert*innen zu Wort kommen. Dem schloss sich noch eine Artikel-Reihe über Hindernisse und Chancen des Wiederaufbaus nach dem Kriegsende an.

Writer-in-Residence-Programm «Spaces of Freedom»

In Serbien ermöglicht der Verein Krokodil ukrainischen Literaturschaffenden für eine gewisse Zeit Unterschlupf und Unterstützung. Das von unserem Büro in Belgrad mitunterstützte Programm richtet sich sowohl an Autor*innen aus der Ukraine als auch an solche, die sich bereits im Exil befinden. Krokodil ist eine unabhängige Organisation aus Belgrad mit literarischen, künstlerischen und gesellschaftspolitischen Aktivitäten. Das Writer-in-Residence-Programm von Krokodil ist seit 2012 als einziges kontinuierliches Residenzprogramm für Schriftsteller*innen in Serbien aktiv und hat bislang rund 120 Schriftsteller*innen aus 20 Ländern aufgenommen. Derzeit richtet Krokodil sein Programm ganz auf ukrainische Autor*innen aus. Von den ausgewählten acht Stipendiat*innen haben bislang Elina Slobodianiuk, Mark Livin, Inna Volosevych und Hanna Janovska ihre Zeit in Belgrad verbracht. Im Rahmen des Aufenthalts wurden mehrere Lesungen, Vorträge und andere Begegnungen mit serbischen Autor*innen und Studierenden organisiert. Neben der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen u.a. auch die Europäische Kulturstiftung und das Frauenkollektiv Pobunjene čitateljke das Projekt.

Köln, 27. Februar 2022: Tausende Kölner*innen nahmen an der Ukraine-Demo auf dem Roncalliplatz teil, um ein Zeichen des Friedens zu setzen. Mit einer Schweigeminute gedachten sie der Opfer der Kampfhandlungen. Zu der Kundgebung hatten die Organisationen «Pulse of Europe Köln» und das «Blau-Gelbe Kreuz Köln» aufgerufen. Foto: picture alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt

Für ein geeintes und demokratisches Europa

Die Ukraine und ihr Kampf für Freiheit und Souveränität benötigen die volle militärische, moralische und finanzielle Unterstützung der europäischen Staaten. Hier hat sich die Europäische Union in vielen Punkten als handlungsfähig erwiesen. Auch die eigene Verteidigungsfähigkeit zu sichern wird eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre sein. Ebenso die Dekarbonisierung der Industrie, denn bis zur angestrebten Klimaneutralität im Jahr 2050 ist es noch ein weiter Weg. Und auch die gefährdete Rechtsstaatlichkeit in einigen EU-Staaten ist nach wie vor ein ungelöstes Problem.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Notwendigkeit des Zusammenhalts in der Europäischen Union offensichtlicher denn je gemacht. Wir arbeiten in allen Politikbereichen an europäischen Lösungen, denn die gegenwärtigen Krisen können nur gemeinsam bewältigt werden. Dies sehen wir auch als Voraussetzung für eine stabile Europäische Union angesichts der Destabilisierungsbemühungen von außen und innen.

Selbstverständlich europäisch?! – Studie

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine markiert eine Zäsur für die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung und verlangt auch eine Neuausrichtung deutscher Europapolitik. In diesem Kontext untersuchte die «Selbstverständlich europäisch?!-Studie» 2022, wie die deutsche Bevölkerung das Vorgehen der Bundesregierung bewertet und welche Erwartungen sie an Deutschlands Rolle in Europa hat. Die in Kooperation mit dem Progressiven Zentrum erstellte Langzeitstudie erhob im fünften Jahr in Folge das deutsche Selbstbild in der Europapolitik. Die Umfrage zeigt weiterhin den Wunsch nach einer aktiven und kooperativen deutschen Europapolitik. Als Reaktion auf die Folgen des russischen Angriffskriegs wünschte sich eine große Mehrheit, dass Deutschland zur Sicherung der Energieunabhängigkeit und der Neuaufstellung der europäischen Sicherheitsarchitektur eine gestaltende Rolle einnimmt. Dafür befürwortete sie neue Zukunftsinvestitionen auf EU-Ebene, insbesondere EU-Investitionsfonds für Energieunabhängigkeit und Verteidigung. Offensichtlich kann nur eine handlungsfähige EU die aktuellen und zukünftigen Bedrohungen und Herausforderungen meistern. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse der Studie auch ein Impuls für inhaltliche und institutionelle Reformen zur Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit.

Eine Zeitenwende auch für Bosnien-Herzegowina? Bosnien-Forum 2022

Am 6. April 2022 jährte sich zum 30. Mal der Ausbruch des Bosnienkrieges – der erste Krieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Kriegstreibend damals waren ethnopolitische Interessen und Politikansätze, sie dominieren bis heute das von Krisen geprägte Land. Mit unserem Bosnien-Forum, gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft veranstaltet, boten wir eine Plattform, um aktuelle Entwicklungen, besonders vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, zu diskutieren. Denn dieser Krieg treibt auch bestehende nationalistische Strömungen in der Region an. Der damit verbundene Revisionismus und Revanchismus scheinen insbesondere in Serbien auf fruchtbaren Boden zu fallen. Hinzu kommt, dass die Menschen in der Region von manchen politischen Parteien und der orthodoxen Kirche immer stärker nationalistisch aufgehetzt werden. Das gilt auch für die Republika Srpska, wo die ethnische Aufspaltung und Abspaltung der Region weiter forciert wird. Die EU müsse die Zivilgesellschaft und die fortschrittlichen Parteien im Land unterstützen, statt sich weiter um Deals mit sezessionistischen Kräften zu bemühen, die ethnische Gräben vertiefen, den Staat demontieren und den Frieden aufs Spiel setzen, so Samir Beharić, ein Jugendaktivist aus Bosnien und Herzegowina.

Zum Abschluss des Bosnien-Forums 2022 zeigten wir eine Filmproduktion des Theaterstücks «Was haben wir gelacht – Kollektives Erlebnis einer Belagerung». Das Theaterstück ist nach einer Idee der beiden in Berlin lebenden Künstlerinnen Maja Zećo und Ina Arnautalić entstanden und wurde 2021 uraufgeführt. Über ihre Entscheidung für eine humoristische Verarbeitung ihrer persönlichen Kriegs- und Belagerungserfahrungen im Bosnienkrieg (1992 bis 1995) und ihre Erlebnisse sprachen Zećo und Arnautalić im Anschluss an die Vorführung.

Begleitend zum Bosnien-Forum war die Ausstellung: «Wake-up Europe! Mobilisierung von Unterstützung und Solidarität für Bosnien und Herzegowina und seine Bürger während des Krieges 1992 – 1995» in der Heinrich-Böll-Stiftung zu sehen, vorgestellt und kuratiert von dem Historiker Nicolas Moll.

Studie «Selbstverständlich europäisch»
boell.de/selbstverstaendlich-europaeisch

Online-Dossier «Bosnien Forum 2022»
boell.de/eine-zeitenwende-auch-fuer-bosnien-herzegowina

Die Westbalkan-Strategiegruppe

Die seit Jahrzehnten ins Stocken geratene europäische Integration der Westbalkanländer hat 2022 im Zuge der neuen Beitrittsperspektiven für die Ukraine, Moldau und Georgien etwas an Fahrt aufgenommen. Doch das sollte nicht über bestehende Hindernisse hinwegtäuschen: Vorbehalte von EU-Mitgliedsländern, der Reformunwillen vieler Staats- und Regierungschefs im Westbalkan und die verlorengegangene Glaubwürdigkeit der EU als transformative Kraft in der Region. Wenn die EU ihren Status als unbestrittenes Vorbild für die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Westbalkanländer zurückgewinnen will, muss sie ihre Politik gegenüber diesen Ländern ändern und anpassen.

Um die Entwicklungen der Westbalkanländer auf ihrem EU-Pfad besser begleiten und analysieren zu können, haben wir bereits im Jahr 2017 die Westbalkan-Strategiegruppe initiiert, mit prominenten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aus jedem der Westbalkanländer. Neben informellen Gesprächen trat die Gruppe 2022 auch auf dem Bosnien-Forum in Erscheinung, sie veröffentlichte ein Statement zur Open Balkans Initiative und unterstützte die Initiative des «Gemeinsamen Regionalen Markts». Die Strategiegruppe ist ein gemeinsames Projekt der Standorte Berlin, Brüssel, Sarajevo, Belgrad und Tirana.

Das Forum Neue Sicherheitspolitik

Der Krieg in der Ukraine dominierte im Jahr 2022 auch die Fachgespräche unseres Forums Neue Sicherheitspolitik. Das Forum vereint 39 grünnahe sicherheitspolitische Expert*innen aus Thinktanks, Universitäten, der Bundestagsfraktion sowie Regierungsinstitutionen, um über neue Themen der grünen Außen- und Sicherheitspolitik zu diskutieren. An einem der Ukraine-Fachgespräche nahmen auch die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), und der europapolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Anton Hofreiter, teil. Beide gehören zu den prominentesten Stimmen der Ampelkoalition und machen sich für eine robuste militärische Unterstützung der Ukraine stark. Der Austausch mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann erfolgte im Rahmen einer Veranstaltung mit der Naumann-Stiftung und führt ein Vorhaben fort, mit dem wir bereits letztes Jahr mit einem außenpolitischen Kreis der SPD begonnen hatten: mit unserem Expert*innennetzwerk über den grünen Tellerrand zu schauen und den parteiübergreifenden Dialog zu großen außenpolitischen Fragen zu suchen.

In der sicherheitspolitischen Podcast-Reihe des Forum Neue Sicherheitspolitik standen im Jahr 2022 Themen im Vordergrund, die unmittelbar mit dem Krieg in der Ukraine zu tun hatten: Es ging um den Zustand der Bundeswehr, Putins nukleare Drohungen, die Ahndung russischer Kriegsverbrechen und die deutsch-ukrainischen Beziehungen.

Sommertagung der Grünen Akademie

Die Sommertagung der Grünen Akademie widmete sich 2022 dem Thema «Transformation, Sicherheit und Verantwortung in Europa». Die Vorträge und Diskussion machten die Veränderungen im Sicherheitsverständnis der Grünen deutlich. Ein Blick zurück auf grüne Regierungsbeteiligungen in den 1990er und 2000er Jahren zeigte zum Beispiel, dass damals zwar über die Militäreinsätze im Kosovo und in Afghanistan diskutiert wurde, nicht aber unter dem Vorzeichen der Sicherheit. Der Fokus lag auf Menschenrechten, den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit sowie der Gestaltung von offenen Gesellschaften, die in dieser Zeit aber kaum sicherheitspolitisch gedacht wurden. Ein Umdenken hinsichtlich des Sicherheitsbegriffs setzte bereits vor Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ein. Wachsende Unsicherheit und Systemkonflikte sowie humanitäre Katastrophen führten innerhalb der grünen Strömung dazu, den Begriff Sicherheit «progressiv» zu besetzen. Dabei könne es, so sahen es viele Mitglieder, nicht nur um militärische Verteidigung gegen andere gehen, sondern es müssten darüber hinaus auch der Schutz individueller Freiheiten und die Unterstützung von Menschen in Notlagen im globalen Maßstab in den Blick genommen werden.

Als Schlüsselelement einer wertebasierten Sicherheitspolitik galt in der Debatte die Stärkung der europäischen Souveränität auf wirtschaftlicher, verteidigungspolitischer und strategischer Ebene. Wirtschaftlich erfordert dies eine Verringerung von Abhängigkeiten und eine Überprüfung bestehender Lieferketten. Klar wurde in diesem Zusammenhang, dass Deutschland mehr Geld für die Verteidigung ausgeben und zugleich die Kooperation mit seinen demokratischen Partnern intensivieren muss.

Im Umgang mit den gegenwärtigen Krisen weist die Programmatik der Grünen aber nicht nur Spannungen auf, beispielsweise hinsichtlich der Frage von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, sondern auch eine Reihe von Stärken. In vielen Bereichen, von der Energiepolitik und der frühen kritischen Haltung zu Russland bis hin zum erweiterten Sicherheitsbegriff, seien sie anderen Parteien konzeptionell weit voraus gewesen, so ein Fazit der Abschlussdebatte.

Infos und Podcast-Reihe
boell.de/forum-neue-sicherheitspolitik

Auf dem Weg zu einer neuen Klima-Außenpolitik – 22. Außenpolitische Jahrestagung

Zu den außenpolitischen Neuerungen im Koalitionsvertrag der Ampelregierung gehört auch eine neue Klima-Außenpolitik. Wie diese unter einer grünen Regierungsbeteiligung aussehen könnte, dieser Frage gingen wir auf unserer 22. Außenpolitischen Jahrestagung nach, die vom 13. bis 28. Januar 2022 stattfand. Prominente Gäste waren u.a. Omid Nouripour in seiner neuen Rolle als Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen; Susan Biniaz, die Stellvertreterin des US-Sondergesandten für Klimawandel John Kerry; die chinesische Klimaexpertin Hongquiao Liu; die indische Umweltaktivistin Sunita Narain; die grünen Europaabgeordneten Reinhard Bütikofer und Sergey Lagodinsky; die Leiterin der DGAP-Programmlinie zur Klima-Außenpolitik Kira Vinke und der neue außenpolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin. In drei öffentlichen Online-Sitzungen wurden dabei Fragen der Klima-Außenpolitik für den transatlantischen Kontext, die EU-China-Beziehungen und die Nord-Süd-Beziehungen diskutiert. Ausgehend vom ambitionierten Green Deal der Europäischen Union gingen wir der Frage nach, welche Chancen eine transatlantische Klimaallianz hätte, welche handels- und fiskalpolitischen Anreize die Europäische Union Peking anbieten müsste, um die Dekarbonisierung der chinesischen Volkswirtschaft zu unterstützen, und welche Finanzinstrumente die Industrieländer für die Bewältigung des Klimawandels im Globalen Süden bereitstellen müssten.

In einer abschließenden Fachkonferenz wurden Optionen für Klimapartnerschaften der EU in der europäischen Nachbarschaft diskutiert und dabei vier Regionen in den Blick genommen: die Ukraine, den Westbalkan, Marokko und die Türkei. Die Empfehlungen dieser Fachkonferenz fasste die Direktorin des Sustainable Development Solutions Network, Sabrina Schulz, in einem E-Paper zusammen. Die Jahrestagung haben wir in einem umfassenden Online-Dossier dokumentiert, u.a. mit Videomitschnitten der Diskussionen, Videobotschaften von Betroffenen des Klimawandels und Analysen von Expert*innen der Außenpolitik und der Klimadiplomatie.

Feministische Außenpolitik im Südkaukasus

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung wird feministische Außenpolitik zu einem außenpolitischen Ziel der neuen Bundesregierung erklärt. Dies wirft eine Reihe von Fragen auf, wie dieses Prinzip umgesetzt werden soll, insbesondere in schwierigen Kontexten und Regionen, in denen feministische Ideen kaum staatliche Fürsprecher*innen haben und die zudem von inneren und äußeren Krisen und Konflikten gekennzeichnet sind. Wir haben uns dahingehend die Südkaukasusregion angeschaut, wo wir eine vielschichtige Konfliktlage vorfinden, in die Georgien, Russland, die Türkei, Armenien und Aserbaidschan verwickelt sind. Mit unseren Büros in Tiflis, Jerewan und Istanbul haben wir lokale Expert*innen in diese schwierige Diskussion eingebunden und herausgearbeitet, wie ein feministischer Ansatz für diese komplexe Konfliktregion zielführend sein könnte. Zum einen sollte die deutsche Außenpolitik auch gegenüber der Region feministischer werden: Die Bundesregierung sollte zur noch stärkeren Verbündeten der Zivilgesellschaft und der Frauen- und LGBTQI-Rechte werden und sich aktiver in Fragen von Frieden und Sicherheit einbringen. Zum anderen gibt es viele Ideen von feministischen Akteur*innen vor Ort, die für gesellschaftliche Transformationsprozesse und

Titelbild unserer Außenpolitischen Jahrestagung 2022 Collage: Heinrich-Böll-Stiftung, Shutterstock

Online-Dossier «Außenpolitische Jahrestagung»
boell.de/22-aussenpolitische-jahrestagung

Feministische Außenpolitik

Es gibt keine international oder völkerrechtlich verbindliche Definition einer feministischen Außenpolitik. Daher muss jede Regierung, die eine solche ankündigt, eine eigene Definition vorlegen. Das Gunda-Werner-Institut (GWI) in der Heinrich-Böll-Stiftung treibt seit Jahren im Rahmen des Netzwerkes 1325 die Umsetzung der Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit» voran und engagiert sich darüber hinaus für eine Definition von feministischer Außenpolitik, die dekolonial und transformativ ausgerichtet ist. Das im August 2022 vom GWI herausgegebene Positionspapier «Annäherung an eine feministische Außenpolitik Deutschlands» baut auf den Perspektiven des Netzwerk 1325 und der darin vertretenen Organisationen auf und skizziert, wie eine feministische Außenpolitik kohärent institutionalisiert, durch Gender Budgeting im Haushalt verankert und u.a. in den Bereichen Multilateralismus, Abrüstung, Bekämpfung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie Klimaaußenpolitik umgesetzt werden kann. Das Netzwerk 1325 legte dieses Positionspapier den verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt vor, auch im Kabinett wurde es mit Außenpolitiker*innen diskutiert. Das GWI setzt sich dafür ein, dass sowohl das Parlament als auch die feministische Zivilgesellschaft künftig bei der Ausgestaltung einer feministischen Außenpolitik stärker einbezogen werden.

Konflikte erfolgsversprechend sind und zum Teil auch schon umgesetzt werden, etwa um die Lebenssituation von benachteiligten Gruppen direkt zu verbessern.

Europäisches Vereinsrecht – Fachgespräch und Online-Dossier

Das Europäische Parlament hat im Februar 2022 mit fraktionsübergreifender Mehrheit den «Bericht für ein Statut für länderübergreifende Europäische Vereine und Organisationen ohne Erwerbszweck» verabschiedet und damit die Europäische Kommission aufgefordert, legislativ für die Stärkung der europäischen Zivilgesellschaft tätig zu werden. Der von dem Europaabgeordneten Sergey Lagodinsky initiierte Vorstoß soll europäische Mindeststandards und eine einheitliche Rechtsform für gemeinnützige Organisationen schaffen. Er greift damit einen Grundpfeiler der Gründungsidee der EU auf, nämlich die Europäisierung der Zivilgesellschaft. Der Bedarf an Förderung und Schutz seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen ist groß. Zum einen, um grenzüberschreitendes zivilgesellschaftliches Engagement in der EU zu erleichtern. Zum anderen, um Vereinen und Organisationen unter Druck legalen Schutz zu gewähren.

Wir unterstützen diese Ziele und haben deshalb am 16. September 2022 ein Fachgespräch ausgerichtet, in dem sich deutsche und europäische Vertreter*innen der Zivilgesellschaft mit Europapolitiker*innen über Chancen und Risiken der Initiative austauschen konnten. Es zeigte sich zum einen eine große Zustimmung für ein solches Regelwerk und zum anderen die unterschiedlichen kontextabhängigen Bedarfe der Stakeholder in sehr konkreten Fragen. Dadurch wurden die Herausforderungen deutlich, auf die eine europäische Gesetzgebung trifft, wie etwa eine europäische Definition von Gemeinnützigkeit. In unserem Online-Dossier finden sich mehr Informationen zu der Gesetzesinitiative und zu den Handlungsmöglichkeiten.

Europäisch-asiatischer Dialog zur Regulierung von Anwendungen Künstlicher Intelligenz

Unser Büro in Hongkong fördert in einem speziellen Dialogprogramm den Austausch zwischen Europa und Asien über Potenziale und Risiken neuer digitaler Technologien. Im Jahr 2022 ging es dabei u.a. über die Regulierung von Künstlicher Intelligenz (KI). Die Europäische Union bereitet derzeit eine Gesetzgebung zur Regulierung von KI-Anwendungen vor, die welt-

Online-Dossier «Europäisches Vereinsrecht»
boell.de/es-ist-zeit-fuer-ein-europaeisches-vereinsrecht

Webinar Series
hk.boell.org/en/regulating-ai-debating-approaches-and-perspectives-asia-and-europe

Krakau, Mai 2022: Protest vor dem Berufungsgericht in Krakau gegen den Abbau des Rechtsstaats und die Maßnahmen der Disziplinarkommissare gegen Richter Waldemar Żurek Foto: Artur Widak/NurPhoto

weit Ausstrahlung haben könnte. Mit dem sogenannten risikobasierten Ansatz betritt sie dabei regulatives Neuland. In Zusammenarbeit mit der Association of Pacific Rim Universities organisierten unsere beiden Stiftungsbüros in Brüssel und Hongkong eine Webinar-Reihe mit Expert*innen aus Asien, Ozeanien und Europa. Im Zentrum standen der in Brüssel verfolgte risikobasierte Ansatz der Regulierung, das Problem der «Erklärbarkeit» und damit der Transparenz in KI-gestützten Entscheidungsprozessen sowie Fragen des Schutzes von Persönlichkeitsrechten und der Datensicherheit bei der Verwendung großer Datenmengen. Eine Kernaussage: Die Risiken spezifischer KI-Anwendungen sind ausgesprochen kontextsensitiv; Regulierung muss entsprechend präzise erfolgen und zugleich flexibel auf neue Entwicklungen reagieren können.

Freie Gerichte – Newsletter zur Situation der polnischen Justiz

Die Krise der Rechtsstaatlichkeit dauert in Polen bereits seit dem Jahr 2015 an. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen haben seither gegen die politische Vereinnahmung der Justiz protestiert und mit ihrem Engagement dazu beigetragen, dass das öffentliche Bewusstsein für das Thema wächst. Stellungnahmen der europäischen und nationalen Institutionen, die diese Problematik analysieren, setzen oft juristisches Wissen voraus. Ein von unserem Büro in Warschau unterstützter Newsletter der polnischen Nichtregierungsorganisation Wolne Sądy (Freie Gerichte) berichtet regelmäßig über die komplexe Situation der polnischen Justiz, und zwar in einer Sprache, die für eine breitere Öffentlichkeit verständlich ist.

Annäherung an eine feministische Außenpolitik Deutschlands

Eine feministische Außenpolitik verlangt mehr als Repräsentanz, Rechte und Ressourcen sowie den Zusatz «Diversität». Feministische Frauenrechtsorganisationen betonen dies immer wieder. Genau deshalb braucht es eine Definition feministischer Außenpolitik aus deutscher Perspektive – doch wie kann und sollte diese aussehen? Dieses Positionspapier versucht sich einer solchen Definition anzunähern und baut auf den Perspektiven des Netzwerk 1325 und der darin vertretenen Organisationen auf.

boell.de/publikationen

Newsletter «Freecourts»
wolnesady.org

Mehr als 100.000 Menschen sind in Mexiko als verschwunden registriert. Das Projekt «Huellas para la Memoria» (Fußabdrücke für die Erinnerung) zeigt die individuellen Geschichten von Menschen, die auf der Suche nach ihren Angehörigen sind und keine Antworten finden – eingeschrieben in ihre Schuhsohlen. Foto: Daniela Rea

Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Grundrechte wie die Versammlungs- und Redefreiheit sind elementar, um politische Teilhabe zu ermöglichen. Doch weltweit werden diese Rechte zunehmend eingeschränkt. Zivilgesellschaftliches Engagement ist in vielen Ländern sehr gefährlich geworden. Aktivist*innen werden verhaftet, ins Exil getrieben oder getötet. Auch der Grad der Pressefreiheit verschlechtert sich global kontinuierlich. Trotz aller Risiken gibt es viele Menschen, die gegen Willkür, Ungleichheit, Umweltzerstörungen, Korruption oder Unterdrückung auf die Straße gehen. Das lässt hoffen!

Wir arbeiten mit unseren Partnerorganisationen in aller Welt daran, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Würde des Menschen zu schützen. Mit unseren gemeinsamen Projekten wollen wir Demokratie lebendig halten, den liberalen Rechtsstaat und die Freiheit verteidigen oder durchsetzen. Hierzu gehören auch Konzepte für gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Presse- und Medienfreiheit unter Druck – Europäische Demokratiekonferenz

Eine unabhängige Presse und vielfältige Medienlandschaft bilden das Rückgrat einer liberalen Demokratie. Doch gerade in Europa und in der EU geraten diese Grundpfeiler demokratischer Ordnung zusehends unter Druck. Seit Jahren lassen sich – aus unterschiedlichen Gründen – in Ungarn, Polen, Bulgarien, Italien und zuletzt auch in Griechenland zunehmende Einschränkungen beobachten. Unabhängige Berichterstattung wird durch Monopolisierung oder staatliche Vereinnahmung unmöglich gemacht. Investigative Journalist*innen werden bedroht, angefeindet und mit juristischen Klagen überhäuft, um sie von ihrer Recherchetätigkeit abzuhalten. Auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. Europa ist längst kein sicherer Hafen mehr für eine kritische, freie Presse. Die Morde an der maltesischen Bloggerin Daphne Caruana Galizia und dem slowakischen Journalisten Ján Kuciak bilden den traurigen Höhepunkt dieser schleichenden Verschlechterung.

Auf unserer zweitägigen European Democracy Conference im Oktober diskutierten Journalist*innen, Medienschaffende, Fachleute und Akteur*innen der Zivilgesellschaft die Ursachen und Folgen der gefährdeten Pressefreiheit in Europa. Ein besonderer Fokus lag dabei auf dem Austausch über erfolgreiche Gegeninitiativen. Die Teilnehmer*innen erörterten, wie Journalist*innen besser vor gerichtlichen Klagen sowie vor Anfeindungen und Hass im Netz geschützt werden können, wie die Verbreitung von Desinformation in sozialen Medien effektiver regulierbar wird und was gegen die Erosion der Medienvielfalt in der EU getan werden kann. In unserem Online-Dossier zur Konferenz vertieften wir das Thema und lieferten u.a. Analysen zu «Media Capture» in Zentraleuropa, zur wachsenden Bedrohung von Journalist*innen durch den Einsatz von Spionage-Software, zur Bedeutung von genderbasierter Desinformation und zu der Debatte um den im September 2022 von der Kommission vorgelegten European Media Freedom Act.

Presse- und Medienfreiheit in Zentralamerika

Zentralamerika ist eine der Regionen weltweit, in denen die Pressefreiheit in den letzten Jahren besonders stark eingeschränkt wurde. Auch viele unserer Projektpartner bekommen dies zu spüren. In El Salvador zum Beispiel ist unsere Partnerorganisation El Faro, die bekannteste Internetzeitung im Land, seit der Machtübernahme von Nayib Bukele im Jahr 2019 zunehmenden Verfolgungen ausgesetzt. Anfang 2022 wurde bekannt, dass die Regierung kritische Journalist*innen mithilfe der Software Pegasus monatelang ausspionierte. Nach einer Reform des Strafgesetzbuches drohen Journalist*innen, die über Bandengewalt berichten, bis zu 15 Jahren Haft. Um auf diese Bedrohungslage der Journalist*innen hinzuweisen, veranstalteten wir im September ein Fachgespräch mit der Journalistin Julia Gavarrete (El Faro) in Berlin zur Pegasus-Überwachung. Diskutiert wurden dabei auch die politischen Instrumente zum Schutz von Journalist*innen und Pressefreiheit. Darüber hinaus organisierte das Büro im Oktober gemeinsam mit unserem Brüsseler Büro, dem EU-LAT-Netzwerk und der Vorsitzenden der Europäisch-Zentralamerikanischen Parlamentarier*innengruppe, Tilly Metz, in Brüssel eine Konferenz zu Meinungs- und Pressefreiheit in Zentralamerika und Mexiko. Carlos Dada, der Herausgeber von El Faro, fand klare Worte in Brüssel: «Schweigen ist keine Option. Unsere Macht ist unser Wort […] und wir müssen unser Wort nutzen, um die Monologe der Macht zu brechen.»

Info und Podcast der European Democracy Conference 2022
boell.de/european-democracy-conference

Friedensnobelpreis 2022 an unsere Partner Memorial und Ales Bialiatski

Das ukrainische Zentrum für bürgerliche Freiheiten, die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und der belarussische Menschenrechtler Ales Bialiatski und seine Organisation Vjasna wurden 2022 gemeinsam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Alle drei Organisationen stehen seit Jahrzehnten für ein Europa der Menschenrechte, des Respekts und des Friedens. Besonders gefreut haben wir uns, dass mit Memorial unsere älteste Partnerorganisation diese hochverdiente Auszeichnung erhält. Seit 1988 besteht zwischen Memorial und der Heinrich-Böll-Stiftung eine enge inhaltliche, politische und persönliche Freundschaft, die auf der gemeinsam empfundenen Verantwortung für die Aufarbeitung der Kriegs- und Gewaltverbrechen im 20. Jahrhundert und die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte beruht. Die Forschungs- und Aufklärungsarbeit von Memorial hat Maßstäbe für die europäische Erinnerungskultur gesetzt. Gleichzeitig tritt Memorial unbeirrt für die Wahrung der Bürger- und Menschenrechte ein. Anfang 2022 wurde Memorial International durch russische Gerichte zur Zwangsauflösung verurteilt. Am Tag der Nobelpreisverkündung wurde das Memorial-Gebäude in Moskau per Gerichtsentscheid vom russischen Staat konfisziert. Ales Bialiatski erhielt 2012 den Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung. Er zählt zu den wichtigsten und mutigsten Stimmen der belarussischen Zivilgesellschaft, die selbst unter den Bedingungen totaler Repression nicht verstummt. Seit Juli 2021 befindet er sich als einer von über 1300 politischen Gefangenen in belarussischer Haft.

Ales Bialiatski, Leiter der belarussischen Menschenrechtsgruppe Vjasna
Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Vitaly Pivovarchyk

Irina Scherbakowa, Mitbegründerin der Menschenrechtsorganisation Memorial Foto: picture alliance/dpa/Bodo Schackow

Von Syrien bis zur Ukraine: Zivilist*innen im Visier – Diskussion

Zivilist*innen genießen Schutz vor den von Kriegshandlungen ausgehenden Gefahren, Angriffe sind streng auf militärische Ziele zu beschränken – so jedenfalls sieht es das humanitäre Völkerrecht vor. Diese Grundsätze sind im Krieg in Syrien jedoch seit Beginn der Revolution 2011 missachtet worden. Das Regime und seine Verbündeten, insbesondere Russland, greifen gezielt Krankenhäuser, Schulen oder andere zivile Einrichtungen an. Hunderttausende sind in Syrien Opfer erzwungenen Verschwindenlassens geworden, die meisten durch das Regime. Die sogenannten Caesar-Fotos dokumentieren den Tod Tausender Männer und Frauen unter Folter.

Bei einer Veranstaltung im Juni in Berlin ließen wir den als «Gravedigger» bekannt gewordenen Bestatter mit einem Brief zu Wort kommen. Er hat als Augenzeuge in einem Gerichtsverfahren in Koblenz ausgesagt, bei dem zwei Angehörige des syrischen Regimes wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurden. Die Erfahrung, wie er im Auftrag des Regimes Tausende von Toten in Massengräber verscharren und damit Beweise vernichten musste, schilderte er hier. Eingeleitet durch eine Videobotschaft eines ukrainischen Analysten zu Angriffen auf die zivile Infrastruktur in der Ukraine diskutierten Betroffene und Expert*innen, was es bedeutet, dass das syrische Regime und seine Unterstützer bislang für die Verbrechen in Syrien nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Zentral ging es um die Frage, wie die westliche Staatengemeinschaft völkerrechtlichen Verpflichtungen besser gerecht werden kann – um zum Beispiel das Schicksal Verschwundener zu klären und für die Entlassung politischer Gefangener aus den unwürdigen Haftbedingungen in Syrien zu sorgen.

Viele der Kriegsmethoden, die in erster Linie die Zivilbevölkerung treffen, lassen sich auch in Russlands Angriffskrieg in der Ukraine beobachten. Positiv zu sehen war hier die Solidarität syrischer Aktivist*innen, die ihre Erfahrung und Expertise für die Ukraine zugänglich machen.

Gewaltsames Verschwindenlassen – Erinnerungsarbeit in Mexiko

Mehr als 100.000 Menschen gelten in Mexiko als gewaltsam verschwunden, die meisten davon im Zuge des Drogenkriegs der letzten 15 Jahre. Seit 2022 gibt es ein Opfernetzwerk zur Suche nach den Verschwundenen. Unser Büro in Mexiko hat es zusammen mit dem Mexikanischen Institut für Menschenrechte und Demokratie mitaufgebaut. Vor fünf Jahren bereits erließ die Regierung ein Bundesgesetz zur Suche von Verschwundenen. Das landesweit aktive Netzwerk hilft nun bei dessen Umsetzung. Darüber hinaus leistet es politische Lobbyarbeit und fördert den Dialog zwischen Justizbehörden und Familienangehörigen, insbesondere Mütter von verschwundenen Personen.

Das landesweite Phänomen des gewaltsamen Verschwindenlassens hat zu zahlreichen zivilgesellschaftlichen und künstlerischen Initiativen geführt. Vierzig davon hat unser Büro in Mexiko in dem Künstlerprojekt «Experiencias de la Memoria» (Erfahrungen der Erinnerung) bislang systematisiert, dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weitere sollen hinzukommen. Der Umgang mit Erinnerung im Kontext anhaltender Gewalt im Land war auch Thema der internationalen Konferenz «Mosaico de memorias», die unser Büro im Oktober in Mexico-Stadt veranstaltete.

Die Macht der Milizen in Rio de Janeiro – ein zivilgesellschaftliches Netzwerk klärt auf

Schon seit einigen Jahren beteiligt sich die Stiftung an einem Netzwerk von Wissenschaftler*innen, Journalist*innen, Anwält*innen und punktuell Polizist*innen, die den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der Milizen in Rio de Janeiro verfolgen und Informationen dazu veröffentlichen. Diese Milizen bestehen meist aus Angehörigen oder ehemaligen Angehörigen von Militär, Polizei oder privaten Sicherheitskräften und sind strukturell der Organisierten Kriminalität zuzurechnen. Sie kontrollieren inzwischen mehr als die Hälfte des Stadtgebiets, haben parallele Macht- und Wirtschaftsstrukturen entwickelt und sind eng mit der lokalen Politik verflochten. Das heißt auch, dass sie massiven Einfluss auf das Wahlverhalten in den von ihnen kontrollierten Gebieten nehmen können. Im Vorfeld der brasilianischen Wahlen informierte das Netzwerk detailliert über das Vorgehen dieser Milizen, was ein großes Medienecho auslöste. Kandidat*innen wurden daraufhin gezielt auf ihre Kontakte in diese Gruppen hin beleuchtet.

Diese Milizen sind in Rio de Janeiro besonders aktiv, lassen sich aber inzwischen auch in anderen Landesteilen beobachten. In einem von der Stiftung geförderten ersten nationalen Treffen berichteten die Teilnehmenden über die Ausbreitung dieser Strukturen in ihren jeweiligen Regionen. Aufschluss über die lateinamerikaweite Zunahme dieser De-facto-Macht nicht-mandatierter, oft krimineller Kräfte liefern die Analysen unserer Publikation «Poderes Fácticos», herausgegeben von unseren fünf Büros in der Region.

Demokratie unter Druck – Wahlen in Brasilien

Nach einer bis zuletzt dramatischen Stichwahl stand Ende Oktober 2022 fest: Der nächste Präsident Brasiliens heißt Luiz Inácio Lula da Silva. Jair Bolsonaro

Künstlerprojekt «Experiencias de la Memoria»
experienciasparalamemoria.mx

Online-Dossier zu «Mosaico de memorias»
mx.boell.org/mosaico-de-memorias

Publikation «Poderes Fácticos»
mx.boell.org/es/2022/12/16/poderes-facticos

wurde abgewählt. Hätte Bolsonaro tatsächlich noch einmal gewonnen, wären Brasiliens demokratische Institutionen erheblich unter Druck geraten. Doch auch mit dem Sieg Lula da Silvas steht das Land weiterhin vor riesigen Herausforderungen. Insgesamt konnte die extreme Rechte ihre Macht auf Landes- und Bundesebene durch die Wahlen deutlich ausbauen. Der Bolsonarismus ist mittlerweile größer als Bolsonaro.

Unser Büro in Rio de Janeiro beschäftigte sich im Wahljahr besonders intensiv mit der Frage, wie die extreme Rechte in Brasilien zurückgedrängt werden kann. Bei den vorausgegangenen Wahlen hatte sie die Wahl für sich im Netz entschieden, via WhatsApp-Gruppen und dem massiven Einsatz von Fake News. Auch 2022 war die extreme Rechte in den sozialen Medien sehr gut aufgestellt. Unser Büro hat daher im Vorfeld der Wahlen Initiativen unterstützt, die Informationen in den sozialen Medien und der Presse auf ihren Wahrheitsgehalt überprüften und zahlreiche Fake News nachweisen konnten.

Im Dezember organisierte unser Büro in Rio de Janeiro ein Treffen von Podcaster*innen und Influencer*innen, die zu Demokratie, Umweltschutz oder Menschenrechten publizieren, zum Teil mit mehreren Hunderttausend Followern. Sie tauschten Erfahrungen aus, auch über die erfolgreiche Kommunikation der eigenen Inhalte, und diskutierten Strategien zum Umgang mit der extremen Rechten.

Die Zwischenwahlen in den USA

Am 8. November 2022 fanden in den USA Zwischenwahlen (Midterms) statt. An diesem Tag wurde nicht nur der überwiegende Teil des Kongresses neu gewählt, sondern im ganzen Land wurden Gouverneursposten, Landesparlamente, Gemeinderäte und zahlreiche andere politische Ämter neu besetzt. Diese Midterms waren nicht nur die ersten Wahlen seit dem Anschlag auf das Kapitol am 6. Januar 2021 durch rechte Milizen und gewaltbereite Trumpisten, sie waren auch die ersten Wahlen seit dem Aufstieg der «Election Deniers», die den Wahlsieg von Präsident Biden bis heute nicht anerkennen – die Nervosität und weltweite Aufmerksamkeit rund um den Wahltag waren entsprechend groß. Unser Büro in Washington, DC hat in einem umfangreichen Online-Dossier die schwierigen Bedingungen analysiert, unter denen diese Wahlen stattfanden, und dabei deutlich gemacht, wie sehr sich die rechtsstaatliche Grundstruktur der USA aufgrund der Angriffe auf das Wahlrecht in den republikanisch geführten Einzelstaaten bereits verändert hat.

Das Interesse an einer Einordnung der politischen Entwicklungen in den USA war groß, entsprechend gefragt war die Expertise unseres Teams aus dem Washingtoner Büro, das vielfach zu Medienauftritten und Hintergrundgesprächen mit Journalist*innen und politischen Akteur*innen eingeladen wurde.

Agora – Stipendien für türkische Studierende

Mit Inflationsraten von 86 Prozent und höher kämpfen in der Türkei viele Familien bis in die Mittelschicht hinein mit dem Problem, ihren Kindern das Studium zu finanzieren. Während der Corona-Pandemie häuften sich Fälle, in denen Studierende ihr Studium abbrachen, weil sie zum Lebensunterhalt der Familie beitragen mussten. Gleichzeitig sind viele junge Menschen in der Türkei von der offiziellen Politik frustriert. Über 70 Prozent geben in Umfragen an, lieber das Land verlassen zu wollen und kein Vertrauen in die traditionelle Politik zu haben.

Mit dem neuen Programm «Agora! Das Demokratie- und Bewegungsstipendium» unseres Büros in Istanbul wollen wir jungen Menschen ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen und sich gleichzeitig in Fragen von Menschenrechten und zivilgesellschaftlichem Engagement fortzubilden. So hilft das Programm nicht nur beim Studium, sondern auch dabei, eine neue Generation für demokratisches Engagement im Land zu stärken.

Politik in Städten gestalten – Austausch auf kommunaler Ebene

Unser Büro in Prag war zum zweiten Mal strategischer Partner des Budapest Forums, einer hochrangigen internationalen Konferenz, die vom Thinktank Political Capital und der Stadt Budapest organisiert wird. Schwerpunkt des Forums ist die Frage, was Städte zum Schutz der liberalen Demokratie und zu mehr Nachhaltigkeit beitragen können. Im Jahr 2022 ging es vor allem um die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und um die aktuelle Energiekrise, aber auch um Fake News und staatlich finanzierte Desinformationskampagnen. Von dem Forum erhoffen wir uns, dass es gelingt, unter den Teilnehmenden – Politiker*innen, insbesondere Bürgermeister*innen, Expert*innen, Akademiker*innen und Journalist*innen – einen produktiven Austausch mit verschiedenen Interessengruppen aufzubauen. Zudem soll das Forum Ungarn auf die intellektuelle und demokratische Landkarte Europas zurückbringen und ein klares Signal senden, dass das Land keineswegs mit Viktor Orbán und seiner illiberalen Herrschaft gleichzusetzen ist.

Unser Pariser Büro organisierte im September 2022 in Zusammenarbeit mit der grünen Bürgermeisterin von Straßburg, Jeanne Barseghian, eine deutsch-französische Konferenz mit Bürgermeister*innen, stellvertretenden Bürgermeister*innen und Gemeindevertreter*innen aus Kommunen, die von oder mit

Online-Dossier «2022 Midterms»
us.boell.org/2022-midterms

Berlin, September 2022: Im Humboldt Forum werden ein letztes Mal Benin-Bronzen ausgestellt, die während der Kolonialzeit gestohlen wurden und nun an Nigeria zurückgegeben werden. Foto: IMAGO/IPON

Grünenpolitiker*innen regiert werden. Ziel dieses Austauschs war es, Lehren aus Erfolgen, Herausforderungen und Schwierigkeiten des kommunalen Regierens zu ziehen und durch gemeinsame Weiterbildung in Themen wie nachhaltige Mobilität, Energieeinsparung, Flüchtlingspolitik und Biodiversitätsschutz die lokale Politik vor Ort zu gestalten. Diese Konferenz soll von nun an jährlich stattfinden.

Almost There – Filmfestival im Libanon

Seit 2016 veranstaltet unser Büro in Beirut das «Almost There»-Filmfestival. Gezeigt werden Filme, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit den Themen Menschenrechte und Migration auseinandersetzen. Der Eintritt ist frei. Im Jahr 2022 stand das Festival mit insgesamt 15 Dokumentar- und Animationsfilmen unter dem Motto «The Role we play». Es ging u.a. um Diktatur, Verschwindenlassen, queeres Leben, die Explosion im Hafen von Beirut und um Rechenschaftspflicht. Seit zwei Jahren findet das Festival nicht nur in Beirut, sondern an vier weiteren Orten statt: in Hammana, dem Bekaa-Tal, in Saida und Tripoli. Mit dem Filmfestival wollen wir einen Ausgangspunkt für eine breitere politische und gesellschaftliche Diskussion im ganzen Land schaffen und zu Perspektivwechseln anregen, gemäß dem Motto: «Gute Filme bringen uns nicht nur zum Lachen oder Weinen, sie helfen uns, die Welt aus einer neuen Perspektive zu sehen. Manchmal helfen sie uns sogar, die Lebenswirklichkeit anderer Menschen zu verstehen, und erzählen uns Dinge, die wir nicht wussten!»

Für eine neue Beziehungsethik zwischen Afrika und Europa – Dekoloniale Dialoge

Der Kolonialismus als Unrechtssystem und seine Folgen prägen bis heute die Beziehungen zwischen Afrika und Europa. Die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe ist ein vielschichtiger, oftmals widersprüchlicher und vor allem offener Prozess, der in Deutschland leider noch am Anfang steht. Vor dem Hintergrund einer über Jahrhunderte verflochtenen Geschichte zwischen den beiden Kontinenten kann die systemische Dekolonisierung nur gemeinsam gelingen. Wir haben deshalb im Jahr 2022 die Online-Reihe «Dekoloniale Dialog» gestartet. Als digitale, interaktive Denkwerkstatt konzipiert, wollen wir in den Dialogen bisher unterbelichtete Aspekte der öffentlichen Rezeption von Dekolonisierung offenlegen und Gespräche auf der Basis von Multiperspektivität und Polyzentrismus ermöglichen. Eine Veranstaltung beschäftigte sich zum Beispiel mit den (neo-) kolonialen Außenbeziehungen Europas. Die Eroberung anderer Kontinente war eine wesentliche Grundlage für den Wohlstand in Europa. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die europäisch-afrikanischen Beziehungen nach altem Denken fortgeschrieben, beispielsweise durch die zollfreie Einbeziehung der Kolonien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durch die Römischen Verträge von 1957. Dr. Yvette Abrahams von der University of Cape Town in Südafrika, Dr. Selly Ba, Soziologin aus Dakar, Prof. Dr. Peo Hansen von der Linköping Universität in Schweden und Prof. Dr. Facil Tesfaye von der Universität Hongkong diskutierten darüber, wie die (neo-)kolonialen Außenbeziehungen überwunden werden können und wie sich afrikanische Gesellschaften deren Neugestaltung in politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht vorstellen.

Online-Reihe «Dekoloniale Dialoge»
boell.de/dekoloniale-dialoge-2022

Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie

Berlin, Juni 2022: In der Ausstellung «Babys machen» in der Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung waren Fotografien zur Eizellspende zu sehen. Foto: Tamara Sánchez Perez

Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken

Antifeminismus ist eine zentrale Denkweise und Ideologie im Rechtspopulismus, in der Neuen Rechten, im Rechtsextremismus und in anderen demokratiefeindlichen Gruppierungen. Er fungiert als Brücke in die gesellschaftliche Mitte und trägt dazu bei, rechtsextreme und vielfaltsfeindliche Einstellungen, Haltungen und Ressentiments zu normalisieren.

Im Januar 2022 startete das Gunda-Werner-Institut das Projekt «Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken» im Verbund mit der Amadeu-Antonio-Stiftung und dem Dissens-Institut für Bildung und Forschung. Ziel ist es, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Multiplikator*innen sowie (junge) Erwachsene für die demokratiegefährdenden Auswirkungen von antifeministischen Denkweisen, Ideologien und Verhaltensweisen zu sensibilisieren und für die Auseinandersetzung und den Umgang damit zu stärken. Das Projekt vernetzt und unterstützt Akteur*innen im Kampf gegen Antifeminismus, ist Anlauf- und Dokumentationsstelle für Betroffene antifeministischer Angriffe, bietet Fort- und Weiterbildung und stellt vielfältige Materialien in einer Mediathek bereit. Realisiert und gefördert wird es im Rahmen des Bundesprogramms «Demokratie Leben!».

Ausstellung «Babys machen? Eizellspende und Reproduktionspolitiken»

Einige Reproduktionstechnologien haben es bereits in den öffentlichen Diskurs geschafft, sogar in den Koalitionsvertrag. Es gibt Für und Wider, gesetzliche Regelungen und Grauzonen. Wenig ist bisher über die sogenannte Eizellspende bekannt. In Deutschland ist sie verboten, in anderen Ländern erlaubt. Eine breite feministische Debatte zu diesem Thema fehlt bisher. «Babys machen?», eine von Mirko Winkel kuratierte Ausstellung, nahm diese Reproduktionstechnik mit ihren sozialen, ethischen und ökonomischen Implikationen in den Blick. Wessen Kinderwünsche sollen erfüllt werden und auf welche Körper wird dabei zurückgegriffen? Gezeigt wurden Fotografien sowie Audio- und Videomaterial zum Thema, die im Rahmen des Forschungsprojekts «Selektioniertes Leben» von Laura Perler in Spanien entstanden sind. Die Ausstellung wurde begleitet von

Projekt «Antifeminismus begegnen – Demokratie stärken»
antifeminismus-begegnen.de

einem umfangreichen Workshop- und Diskussionsprogramm, das feministische Antworten auf drängende Fragen suchte. Beim Abschlusspanel diskutierten Antje Schrupp mit Susanne Schultz und Ines Pietschmann das feministische Für und Wider.

Feminismus für die postmigrantische Gesellschaft

Seit dem Jahr 2011 gilt die Istanbul-Konvention international als weitreichendstes rechtsverbindliches Menschenrechtsinstrument, um geschlechterbasierte und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen. Sie verpflichtet die Unterzeichnerstaaten verbindlich zum Handeln und auch dazu, Asylgründe aus der Flüchtlingskonvention von 1951 geschlechtersensibel auszulegen und anzuerkennen. Mit dem Fachtag «Die Istanbul-Konvention intersektional denken» am 6. September 2022 setzte das GWI seine langjährige Arbeit für die Anerkennung der besonders vulnerablen Situation von queeren Geflüchteten fort und lotete aus, inwiefern eine intersektionale Auslegung der Istanbul-Konvention zulässig sowie politisch geboten ist, um die Situation in Anhörungs- und Asylverfahren zu verbessern. Zielgruppen waren insbesondere Gleichstellungsbeauftragte in den Kommunen sowie Verwaltungen, die mit der Umsetzung der Istanbul-Konvention betraut sind. Der Fachtag wurde in Kooperation mit dem Netzwerk «Queer European Network for Asylum» und dem «Büro für Chancengleichheit Heidelberg» durchgeführt.

Feministische Netzpolitik

Softwareentwicklung ist im Jahr 2022 noch immer eine weiße und männliche Tätigkeit, die Ungerechtigkeiten reproduziert und enorme Ressourcen verschlingt. Der vom GWI auf der re:publica 2022 angebotene Workshop «Stitch Your Glitch» setzte diesem Paradigma die alte, vorrangig von Frauen angewandte und ressourcenarme Technik des Stickens entgegen. Die Teilnehmer*innen stickten anhand von unvollständigen Stickanleitungen scheinbar fehlerhafte Kunststücke. Dabei kamen sie mittels einer fragengestützten Dialogführung in Kontakt miteinander. Gleichzeitig wurden die Parallelen von Sticken und Programmieren thematisiert. So sollten ermutigende Situationen geschaffen werden, in denen sich Teilnehmer*innen Kompetenzen aneigneten, die sie sich gerade in Hinblick auf Informatik nicht zugetraut haben.

Demokratie braucht Feminismus

Das Gunda-Werner-Institut (GWI) nimmt mit seiner geschlechterpolitischen und feministischen Bildungsarbeit Herrschaftsstrukturen und Dominanzverhältnisse in den Blick, sei es zwischen den Geschlechtern oder in Bezug darauf, wie Machtverhältnisse sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirken. Ziel ist eine gerechte, gewaltfreie und geschlechterdemokratische Gesellschaft. Das GWI bietet Plattformen und Diskussionsforen für eine Vielfalt feministischer und geschlechterpolitischer Ansätze, ist Knotenpunkt zwischen Wissenschaft, Politik und Aktivist*innen und setzt intersektionale feministische gesellschaftspolitische Impulse für grüne Politikentwicklung und Geschlechterpolitik. Die Arbeit wird entlang von Schwerpunkten gestaltet: feministische Öffentlichkeiten stärken – Antifeminismus bekämpfen, Feminismus für die postmigrantische Gellschaft, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit, feministische Netzpolitik und feministische Außenpolitik.

gwi-boell.de

Berlin, September 2022: Fotoaktion auf unserer Konferenz «Alternde Gesellschaft» Foto: Stephan Röhl

Für eine inklusive Gesellschaft und sozialen Zusammenhalt

Der demografische Wandel, die sich rasch verändernde Arbeitswelt, die Chancen durch Zuwanderung – all diese Zukunftsfragen müssen angepackt und beantwortet werden. Den Sozialstaat und das Soziale der Gesellschaft zu erhalten und anzupassen wird nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam Lösungen finden, bei denen die Rechte und die Teilhabe aller gewahrt bleiben und die unterschiedlichen Anliegen in einen demokratischen Ausgleich gebracht werden.

Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, die Gesellschaft demokratisch, ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten. Unser Ziel ist eine offene und inklusive Gesellschaft. Auch deshalb hat die Stiftung die Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» ins Leben gerufen – damit das Thema Teilhabe in unserer Arbeit einen breiten Raum einnimmt!

Baustelle: Alternde Gesellschaft – Konferenz

In Deutschland werden immer mehr Menschen immer älter. Das hat Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt, auf Wirtschaft, Wohlstand und Zusammenhalt. Der Umbau zu einer altersgerechten Gesellschaft ist seit vielen Jahren ein Dauerbrenner der politischen Debatten. Mit dem Eintreten der letzten geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter steigt der Veränderungsdruck nun noch mehr. Wie der demografische Wandel in den unterschiedlichen Politikfeldern bestmöglich gestaltet werden kann, war die zentrale Frage unserer «Baustellenkonferenz» des Jahres 2022. Dort nutzte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, die Gelegenheit, um die entsprechenden politischen Ziele ihres Ministeriums zu skizzieren. Im Mittelpunkt ihrer Keynote standen Verbesserungen in den Bereichen Digitalisierung und Bildung, die Bekämpfung von Vereinsamung und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Die Konferenz nahm auch die individuelle Lebenssituation von Senior*innen in den Blick: Fragen von barrierefreier Mobilität, altersgerechtem Wohnen, des Zugangs zu medizinischer Versorgung oder kultursensibler Pflege. Auch soziale und familiäre Netzwerke und die Möglichkeit zu gesellschaftlichen Aktivitäten für Ältere werden wichtiger. Finanzielle Absicherung ist ein wichtiger Schlüssel dafür, so lange wie möglich unabhängig und selbstständig leben, Kontakte aufrechterhalten und die Zeit aktiv gestalten zu können. Auf drei Podien, fünf Foren, bei Vorträgen sowie lebhaften Diskussionen konnten sich die 170 Teilnehmenden austauschen und ihr Wissen zu Aspekten der alternden Gesellschaft erweitern. Dazu diente auch der «Markt der Möglichkeiten», auf dem nationale und internationale Initiativen und Organisationen über ihre jeweiligen Angebote informierten, zum Beispiel für queere Senior*innen, zu Mobilität im Alter oder altersgerechtem Wohnen.

Illustration: Heinrich-Böll-Stiftung

Online-Dossier «Alternde Gesellschaft»
boell.de/baustelle-alternde-gesellschaft

Bildung als Chance – Studie

Als «bildungsarm» gelten in Deutschland rund 2,2 Millionen Schüler*innen, denn sie verfügen zum Beispiel nicht über die Mindestkompetenzen in Deutsch und Mathematik. Die Gründe dafür sind vielfältig, und ebenso vielfältig ist diese Gruppe von Personen, die seit PISA vereinfachend «Risikogruppe» genannt wird. Meist handelt es sich um Kinder und Jugendliche, die in ökonomisch prekären Verhältnissen aufwachsen, sowie Schüler*innen aus Förderschulen. Diese Problemlage ist schon in zahlreichen Studien, Erhebungen und Publikationen beschrieben und umfangreich analysiert worden. Auch wir haben bereits in unterschiedlichen Formaten zu diesem Thema gearbeitet, zuletzt in der Fachgesprächsreihe und der dazugehörigen Publikation «Neue Lernkultur für alle Schulen!» sowie im Themenschwerpunkt «Wege aus der Bildungsarmut».

Wer der «Risikogruppe» neue Zugänge zum Bildungssystem eröffnen und ihre Bildungschancen verbessern will, muss die realen Lebenswelten dieser Kinder, Jugendlichen und Familien genau in den Blick nehmen. Denn um wirksam zu werden, müssen sich die Interventionsstrategien auf die jeweiligen Problemlagen beziehen. Genau das haben die Autor*innen unserer Studie «Bildung im Sozialraum» getan. Sie geben dezidierte Empfehlungen, um mehr Bildungsteilhabe und gelingende Bildungsbiografien zu ermöglichen. Ein Hebel könnte zum Beispiel die Konzeption von mehr dualen Bildungsgängen sein. Der Wechsel von theoretischer Reflexion und praktischer Anwendung kann dabei helfen, die Lernenden als ganze Person im Blick zu behalten. Ein solches duales Prinzip trüge auch der Motivationslage von Kindern und Jugendlichen der «Risikogruppe» besser Rechnung und könnte Erfolgserlebnisse verschaffen, die bei ausschließlich kognitiv angelegten Lernsituationen häufig ausbleiben.

Gemeinsam mit Expert*innen aus den Bereichen Kita, Schule und dem Übergang von Schule zu Beruf sowie aus Wissenschaft, Bildungsverwaltung und Politik wurden die in der Studie vorgestellten Handlungsoptionen in einem Fachgespräch im Herbst diskutiert, um sie in die Breite zu tragen und wirksam werden zu lassen. Damit aus Risiken endlich Chancen erwachsen können.

Berlin, Juni 2022: Mädchen und Jungen erkunden die Natur beim «Tag der kleinen Forscher» – ein bundesweiter Mitmachtag für gute frühe Bildung. Foto: IMAGO/Political-Moments

Online-Dossier «Wege aus der Bildungsarmut»
boell.de/wege-aus-der-bildungsarmut

Publikation «Bildung im Sozialraum»
boell.de/bildung-im-sozialraum

Was unsere Gesellschaft zusammenhält – Sozialatlas

Die soziale Frage ist eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit. Sie zu beantworten geht weit über das Thema «Umverteilung» hinaus: Es geht um gerechte Teilhabe und gleiche Chancen, um Sicherheit und um Anerkennung von Lebensleistungen. Durch die sich rasant verändernde Arbeitswelt, den demografischen Wandel und die Migration kommen neue Herausforderungen hinzu. Wann immer Veränderungen anstehen, braucht es auch Sicherheit, damit sie von einer Mehrheit mitgetragen werden. Mit unserem Anfang März 2022 erschienenen Sozialatlas liefern wir einen faktenreichen Band zur Lage des Sozialen in Deutschland. Der Atlas bringt Übersicht in die Komplexität des Sozialsystems, macht aber auch deutlich, dass die aktuellen Ausprägungen nicht statisch, sondern veränderbar sind und gesellschaftlichen wie politischen Rahmenbedingungen unterliegen. So wird sichtbar, dass der soziale Zusammenhalt auf einer Kooperation von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft beruht – und seine Zukunft nur gemeinsam gestaltet werden kann.

Über das Jahr verteilt haben wir in unterschiedlichen Formaten soziale Themen aufgegriffen: in Podcasts, in Webinaren oder Online-Diskussionen.

Die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – Debattenreihe

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland hat den Auftrag, umfassend und ausgewogen zu informieren, zu bilden und zu unterhalten. Sein Zweck ist es, den Bürger*innen eine gut informierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Ob der Auftrag erfüllt wird, das kontrollieren unter anderem die Rundfunk- und Fernsehräte. Ihre Aufgaben werden komplexer durch den aktualisierten Medienstaatsvertrag, der den Rundfunkanstalten die Möglichkeit gibt zu entscheiden, ob und wo Sendungen künftig digital realisiert werden. Anschließend an unsere Debatte «Konsultation zum Medienstaatsvertrag», die bereits im Dezember 2021 stattfand, luden wir im April 2022 zum Fachgespräch «Rundfunkräte und Flexibilisierung des Auftrags». Sind die gesellschaftlichen Kontrollgremien so aufgestellt, dass sie die zugeschriebenen Aufgaben erfüllen können? Sehr kritisch tauschten sich Rät*innen und Medienpolitiker*innen mit einem engagierten Fachpublikum darüber aus, wie die Räte ausgestattet sein müssten, um die Aufgaben gut bewältigen zu können.

Kurz darauf erfuhr mit der «Causa Schlesinger» und der folgenden schweren Krise beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) die Kritik Bestätigung, dass die Kontrolle nicht gut funktioniert und Reformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk unausweichlich sind. Da die Vorgänge beim rbb massive Auswirkungen auf die Öffentlich-Rechtlichen insgesamt hatten und haben, organisierten wir im November das Fachgespräch «ÖRR: Wie die Reformblockaden lösen?». Hier wurde erneut gefordert, Medienpolitik aus den Hinterzimmern zu holen, Kontrollgremien zu reformieren und das öffentliche Gespräch mit dem zahlenden Publikum zu führen. Die Debatte über Reform und Zukunft der Medienordnung wird uns weiter begleiten.

Sozialatlas 2022

Der deutsche Sozialstaat ist leistungsfähig und trägt zu einer weitgehend abgesicherten Gesellschaft bei. Trotzdem bleibt viel zu tun. Es gibt strukturell bedingte Lebensrisiken und ungleiche Lebenschancen, die gerade Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungsperspektiven beschränken. Unser Sozialatlas 2022 bringt Übersicht in die Komplexität des Sozialsystems, zeigt seine Grundlagen und Perspektiven.

boell.de/sozialatlas

Online-Schwerpunkt «Sozialpolitik»
boell.de/referat/sozialpolitik

Online-Dossier «Was sind öffentlich-rechtliche Medien»
boell.de/was-sind-oeffentlich-rechtliche-medien

«Was ist die grüne Erzählung von … Verantwortung?» – Konferenz

Die Frage der politischen Verantwortung stellte sich im Frühjahr 2022 auf eine drängende Weise. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine nimmt auch die Bundesregierung und ihre Partner in die Pflicht. Die humanitären, geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen sind enorm. Hinzu kommen die Klimakrise und die Erfahrungen der Covid-19-Pandemie. In der Konferenzreihe «Was ist die grüne Erzählung?» fragten wir im Mai nach der Verantwortung der grünen politischen Strömung für die umfassende Erneuerung des Landes in diesen Zeiten: Wie gelingt es, radikal in der Analyse von Problemen und Chancen zu sein und zugleich einen gesellschaftlich tragfähigen Weg bei der sozialökologischen Transformation zu gehen? Welche Formen für ein gemeinsames Projekt der Erneuerung des Landes kann die grüne Strömung entwickeln?

Ein viel beachteter Beitrag der Konferenz kam vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Er stellte seine Gedanken zu einem «neuen Republikanismus» vor, der als eine Antwort auf die derzeitigen Krisen kontrovers diskutiert wurde, u.a. mit der Schriftstellerin Nora Bossong, dem Chef-Reporter der *taz* Peter Unfried und der *Spiegel*-Journalistin Susanne Beyer. Kretschmanns Plädoyer beschwor mehr bürgerschaftliches Engagement, von den Vereinen über die freiwillige Feuerwehr bis zu der Idee eines «verpflichtenden» sozialen Jahres für alle jungen Erwachsenen. Die Erfahrung, einen Dienst am Gemeinwohl zu leisten, sei die Alternative zu einer Demokratie, in der die Bevölkerung Politik lediglich als eine zu bewertende Dienstleistung verstehe.

Im Rahmen der zweitägigen Konferenz stellten zahlreiche Initiativen aus der Zivilgesellschaft mit Infoständen und Vorträgen vor, wie sie politische Verantwortung in ihrer Arbeit mit Leben füllen.

Vielfalt in der Kommunalpolitik – Studien

Drei Studien gehen als Teile unserer großen «Vielfaltsstudie» der Frage nach, wie die gesellschaftliche Vielfalt auf der kommunalen Ebene repräsentiert wird. Entspricht die Besetzung der Kommunalparlamente der vielfältigen demografischen und sozialen Realität in den Städten?

Die Hälfte der Macht den Frauen – das ist eine alte Forderung, die immer noch nicht der Realität entspricht. Im ersten Teil der Studie untersucht die FernUniversität Hagen bereits zum fünften Mal seit 2008 die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik und stellt fest: Die Gleichberechtigung bewegt sich im Schneckentempo voran, besonders bezogen auf das Amt der Oberbürgermeister*in. Nur 11,7 Prozent der Stadtspitzen sind weiblich. Die Teilstudie zeigt aber auch, wo es Fortschritte gibt – und wo die Entwicklung bei der Frauenrepräsentation einfach nicht vom Fleck kommt. Unser Online-Dossier zum Thema liefert Hintergrundinformationen zu Frauenrepräsentation und zur Frauenquote und stellt fünf starke Kommunalpolitikerinnen vor.

Im zweiten Teil der Vielfaltsstudie untersuchen Wissenschaftler*innen der Universität Duisburg-Essen das Ausmaß von Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Diese Übergriffe sind bedenklich, denn sie gefährden die demokratische Gesellschaft und ihre Institutionen in besonderer Weise. Schließlich ist Kommunalpolitik von besonderer Nähe zwischen Politik und Bürger*innen geprägt – im positiven wie im negativen Sinn. Die Studie zeigt sich eine weite Verbreitung von Anfeindungen und Aggressionen gegen kommunalpolitisch aktive Personen. Rund 60 Prozent der befragten kommunalen Repräsentant*innen berichten von eigenen Erfahrungen mit Beleidigungen, Bedrohungen oder tätlichen Übergriffen. Gleichzeitig gibt es eine bemerkenswerte Widerstandskraft: Die

Ich jetzt?

Ohne die Übernahme von Verantwortung ist eine freiheitliche Demokratie nicht möglich. Ob individuell und institutionell, privat, zivilgesellschaftlich, politisch, wirtschaftlich – jeder hat Gestaltungsmacht. Böll.Thema behandelt das Thema «Verantwortung» philosophisch und auch ganz lebensnah. Es stellt Menschen vor, die tagtäglich Verantwortung übernehmen, in Organisationen, in Unternehmen und in Institutionen.

boell.de/thema

Dokumentation «Die grüne Erzählung»
boell.de/die-gruene-erzaehlung

Online-Dossier «Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik»
boell.de/de/repraesentation-frauen-kommunalpolitik

Studie «Vielfältige Repräsentation unter Druck»
boell.de/vielfaeltige-repraesentation-unter-druck

wenigsten denken wegen der Bedrohungslage an einen Rückzug aus der Politik.

Diese und weitere Ergebnisse der Studie wurden auf der öffentlichen Online-Veranstaltung «Stark vor Ort! Befunde und Lösungsansätze zum Umgang mit Anfeindungen in der Kommunalpolitik» am 8. Dezember vorgestellt und in zwei parallelen Foren diskutiert. Unter anderem wurde darüber gesprochen, wie Städte im Umgang mit Bedrohungen in der Kommunalpolitik voneinander lernen können.

Der dritte Teil der Vielfaltsstudie mit dem Schwerpunkt politische Repräsentation der sozialen Vielfalt (Personen mit Migrationsgeschichte Black and People of Color; unterschiedliche soziale Schichten) erscheint im Herbst 2023.

Sicherheit für alle! – Gespräch & Performances

Am 19. Februar 2022 jährte sich der Anschlag von Hanau zum zweiten Mal. Nach dem Mord an Walter Lübcke und dem Anschlag in Halle war dies ein weiterer rechtsterroristischer Anschlag innerhalb von wenigen Monaten in Deutschland. In seiner ersten Regierungserklärung bezeichnete Bundeskanzler Olaf Scholz Rechtsextremismus zu Recht als die größte Bedrohung für die Demokratie. Doch welche politischen Lehren und Konsequenzen wurden aus den Terroranschlägen gezogen? Was tut die neue Bundesregierung und was tun die Landesregierungen, um rechten Terror zu bekämpfen und die demokratische Gesellschaft vor rechten Angriffen zu schützen? Und wie kann ein solidarisches Erinnern an die Opfer rechter Gewalt aussehen, das die Perspektiven der Angehörigen und Betroffenen in den Mittelpunkt stellt? Darüber diskutierten die Lyrikerin und Schriftstellerin Esther Dischereit, die Juristin und Publizistin Liane Bednarz, die Journalistin Ebru Taşdemir, der Präsident des Thüringer Amts für Verfassungsschutz Stephan J. Kramer und die Grünen-Politikerin Awet Tesfaiesus bei einer Abendveranstaltung der Stiftung im Berliner Ballhaus Naunynstraße. Ein umfassendes Online-Dossier zum Thema haben wir auf unserem Themenportal «Heimatkunde» zusammengestellt.

Podiumsgespräch «Sicherheit für alle»: Awet Tesfaiesus (MdB, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) Foto: Stephan Röhl

Online-Dossier «Sicherheit für alle!»
heimatkunde.boell.de/sicherheit-fuer-alle

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine; sie arbeiten auch untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürger*innen schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner*innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Planspielen und Ausstellungen. Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2022. Ein Besuch der Websites der Landesstiftungen lohnt sich, auch weil dort oft weiterführendes Material und Mitschnitte von Veranstaltungen zu finden sind:

Seminarreihe

Baden-Württemberg: Fit für kommunale Führung – Gestärkt und sicher an die Verwaltungsspitze
Bereits zum zweiten Mal boten wir eine Seminarreihe an, die sich an Personen – insbesondere Frauen – richtet, die eine Kandidatur als Oberbürgermeister*in, Bürgermeister*in oder eine Bewerbung als Dezernent*in anstreben oder erwägen. Die Reihe informiert über Aufgaben, Gremien und rechtliche Grundlagen und hilft bei der Entscheidungsfindung. Überzeugend zu reden, schwierige Gremiensitzungen zu leiten, strategisch Kontakte zu knüpfen, wirksam und sichtbar zu sein (auch in den Sozialen Medien) –, all das wird geübt ebenso, wie ein guter Draht zu den Bürger*innen hergestellt werden kann. Gespräche mit Amtsinhaber*innen geben Einblicke in unterschiedliche Realitäten. Das Besondere: Die zwölf Teilnehmenden wachsen zu einem Team zusammen, das über das Seminar hinaus verbunden bleibt, sich weiter unterstützt und gegenseitig Mut macht. boell-bw.de

Online-Diskussions-Reihe

Hamburg: Zur aktuellen Situation in Bosnien
Anlass dieser dreiteiligen Reihe war die begründete Sorge, dass die aktuellen politischen Entwicklungen, vor allem der Krieg in der Ukraine, Auswirkungen auf die ohnehin instabile Situation auf dem Balkan haben könnten. Im ersten Teil «Der Fluch von Dayton – Bosniens steiniger Weg zum Bürgerstaat» wurde die Entwicklung der letzten 26 Jahren seit dem Friedensschluss von Dayton betrachtet. Der zweite Teil «Die Balkanpolitik der EU – Appeasement-Politik statt demokratischer Reformen» analysierte die Folgen der EU-Politik für die Region. Und der dritte Teil «Bosnien und Herzegowina – die zweifelhafte Rolle der Internationalen Gemeinschaft» beschäftigte sich mit der Situation nach der Wahl im Oktober. Die Veranstaltungen sind auf den Youtube-Kanälen der Heinrich-Böll-Stiftungen Hamburg und Baden-Württemberg, der Petra-Kelly-Stiftung und der Bundesstiftung dokumentiert. boell-hamburg.de

Veranstaltungsreihe

Hessen: Böll Economics
Die Reihe «Böll Economics» behandelt aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Themen. Die erste Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Bürgergeld – ein von vielen Menschen mit großen Hoffnungen begleitetes Reformprojekt der Bundesregierung. Wir haben das Vorhaben detailliert vorgestellt und mögliche Perspektiven hin zu einem (bedingungslosen) Grundeinkommen diskutiert. In einer weiteren Veranstaltung diskutierten wir die Rolle des Finanzmarkts hinsichtlich der Durchsetzung von Sanktionen gegen den Aggressor Russland. In einer dritten Veranstaltung ging es um die Frage, wie die Inflation und die Preissteigerungen bekämpft werden können. boell-hessen.de

Kolloquium Erinnerungspolitik

Mecklenburg-Vorpommern: 30 Jahre Pogrom in Rostock-Lichtenhagen
30 Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen erinnerten wir mit einem Online-Dossier an die Ereignisse. Auch das Kolloquium «Kommunale Erinnerung – Kommunale Verantwortung», in Kooperation mit der Universität Rostock und der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, stellte die Erinnerungspolitik in den Mittelpunkt. Die rassistischen Anschläge von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau, Rostock-Lichtenhagen und Solingen waren Schlüsselereignisse rassistischer Gewalt in Ost und West der 1990er Jahre. In der Veranstaltung wurde deutlich, dass für den Aufbau einer Kultur des Gedenkens und Erinnerns gerade die lokale Ebene eine besondere Verantwortung trägt. boell-mv.de

Vortrag und Workshop

Niedersachsen: #ZukunftVorOrt
Im Rahmen des Verbundprojekts «Wirtschaften mit Zukunft» haben wir das Projekt #ZukunftVorOrt realisiert. Gesucht wurden Ideen und Konzepte für zukunftsfähige, nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadt- und Regionalentwicklungen sowie Antworten auf die Frage, wie nachhaltige Transformation gelingen kann. In zwei aufeinander aufbauenden Veranstaltungen ging es um Klima, Energie, Digitalisierung und Mobilität aus regionaler Perspektive. Ko-kreativ wurde an neuen Anpassungsstrategien und möglichen Maßnahmen gearbeitet. Einen Artikel und Mitschnitte der Vorträge des Forschers und Nachhaltigkeitsberaters Constantin Alexander gibt es auf unserer Website. 2023 wird das Projekt thematisch fortgeführt unter dem Titel «Lokale Ökonomien und Commoning». slu-boell.de

Vortrag

Rheinland-Pfalz: Von Influencer*innen und Sinnfluencer*innen
Influencer*innen produzieren heute zu einem sehr großen Teil Werbung und spielen diese über ihre Kanäle aus. Sogenannte Sinnfluencer*innen verbinden Aussagen zu politischen Themen mit Werbung. Sie sind dabei keine Aktivist*innen im digitalen Raum, sondern nutzen politische Inhalte, um neue Zielgruppen, Marktpositionen und Werbeeinnahmen zu erreichen. Darüber sprachen Wolfgang M. Schmitt und Ole Nymoen in ihrem Vortrag «Von Influencer*innen, Sinnfluencer*innen und digitalem Aktivismus». Sie gaben Antworten auf die Frage, wie politische Meinungsbildung stattfindet und welche Auswirkungen Sinnfluencer*innen auf politische Mitbestimmung, Zivilgesellschaft und politischen Aktivismus haben. Einen Mitschnitt des Vortrags gibt es auf dem Youtube-Kanal der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz. boell-rlp.de

Lesung

Saarland: «Der Pass mein Zuhause: Aufgefangen in Wurzellosigkeit»
Der Politikwissenschaftler und Soziologe Andrei S. Markovits stellte in Saarbrücken seine Autobiografie «Der Pass mein Zuhause» vor – die bewegte Geschichte eines jüdischen Intellektuellen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er analysiert darin vor allem die Strapazen der doppelten Emigration: aus Rumänien, wo er geboren wurde, nach Wien, wo er zur Schule ging, und von Wien nach New York, wo er an der Columbia University studierte. Markovits nimmt die Leser*innen mit auf eine Reise durch die Höhen und Tiefen Europas und Amerikas nach 1945. Indem er die kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Kontinente beleuchtet, zeigt er, warum Amerika ihn, als Europäer, so faszinierte und ihm eine Heimat bieten konnte, die es in Europa so nicht gab. boell-saar.de

Green-Box-Kammerkonzert meets Spoken Word Art

Sachsen: Aus der Kohle: In die Zukunft
Gemeinsam mit Musiker*innen des Orchesters des Wandels in Dresden luden wir zu einer Reise in die zukunftsgewandte Lausitz. Die Region steht durch den anstehenden Kohleausstieg vor großen Herausforderungen. Viele Menschen packen den Wandel an und arbeiten an langfristigen Perspektiven für die Zeit danach. Wir diskutierten mit dem Verein Lausitzer Perspektiven die Bedingungen «enkeltauglicher» Gemeinden, die Fortschritte gemeinwohlorientierten Wirtschaftens und die wichtige Rolle von lokaler Kunst und Kultur. Die fulminanten «Spoken Word Art»-Beiträge der Künstlerin Jessy James LaFleur gaben einen Eindruck vom Aufbruch und dem Selbstbewusstsein, aber auch den Ängsten und Zweifeln einer ganzen Region. Die Kooperation mit dem Orchester setzen wir auch im Jahr 2023 fort. weiterdenken.de

Kochworkshop

Sachsen-Anhalt: Was gibt's morgen? Gut und klimafreundlich kochen
2022 tourten wir mit einem klimafreundlichen Kochworkshop und dem Film «Anders essen – Ein Experiment» durch Sachsen-Anhalt. Mit unserem Kooperationspartner Zukunftsspeisen und lokalen Partner*innen wollten wir nicht nur darauf aufmerksam machen, dass unsere Ernährungsweise ein wesentlicher Faktor für die gegenwärtige Klimakrise und den Biodiversitätsverlust ist, sondern auch mit Neugier, Kreativität und Spaß klimafreundlich kochen. In unseren Workshops ging es um Regionalität, Saisonalität, Lebensmittelverschwendung, Planetary Health Diät und Kriterien eines nachhaltigen Ernährungssystems. Ein Online-Dossier mit Informationen rund um klimafreundliches Kochen und Rezepten zum Nachkochen gibt es auf unserer Webseite. boell-sachsen-anhalt.de

Veranstaltungsreihe

Thüringen: Wie es aus dem Wald schallt
Wald und Thüringen, das gehört zusammen. Doch der Klimawandel und ein kurzsichtiger forstwirtschaftlicher Umgang führen zu massivem Baumsterben, Schädlingsbefall und großen Schadflächen. Gemeinsam mit Expert*innen und Aktivist*innen haben wir mit Veranstaltungen online, in Präsenz und bei einem Waldspaziergang über den Zustand des Waldes informiert und über Schutz, Umbau und nachhaltige Bewirtschaftung diskutiert, so zum Beispiel über den Konflikt zwischen Naturschutz und betriebswirtschaftlichen Interessen. Wesentliche Erkenntnisse: Wälder müssen langfristig umgestaltet werden, um sie widerstandsfähig zu machen. Dazu brauchen Förster*innen Erfahrungswissen und eine positive Fehlerkultur. boell-thueringen.de

Kunst und Kultur

Kunst kann gesellschaftliche Entwicklungen vordenken, durchspielen oder kritisch beobachten. Sie löst Emotionen aus, wirft Fragen auf und weist oft über das Alltagsgeschehen hinaus – kurzum: Sie bereichert unser Gemeinwesen. Die Stiftung fördert Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung.

Köln, November 2022: Festveranstaltung im Historischen Rathaus anlässlich des 50. Jubiläums der Verleihung des Literaturnobelpreises an Heinrich Böll Foto: Sadija Kavgic

Heinrich Böll – 50 Jahre Literaturnobelpreis

Im Herbst 1972 erhielt Heinrich Böll den Literaturnobelpreis. Es lag ein schwieriges Jahr hinter Böll, es war eine Zeit der politischen Zuspitzung in Deutschland und für Böll auch eine der juristischen Auseinandersetzungen. Böll wurde nicht nur wegen seiner politischen Ansichten attackiert, sondern in Medien verleumderisch als Sympathisant der Terrororganisation RAF bezeichnet.

Zur Erinnerung an die Verleihung des Nobelpreises haben wir den Band «Die Vernunft der Poesie» herausgegeben. Die Publikation liefert einen Blick auf diese sehr bewegten Zeiten Anfang der 1970er Jahre, das Werk Heinrich Bölls und seine Poetik, die er in der berühmt gewordenen Nobelpreis-Vorlesung «Versuch über die Vernunft der Poesie» offenlegte.

Unser Büro Warschau gab den deutsch-polnischen Band «Między wierszami – Heinrich Böll – Zwischen den Zeilen» heraus, u.a. mit Auszügen aus bisher nicht ins Polnische übersetzten Schriften Heinrich Bölls. Der Band wurde auf einer Veranstaltung in der Bibliothek des Goethe-Instituts in Warschau vorgestellt.

Am 24. November 2022 fand darüber hinaus im Historischen Rathaus zu Köln auf Einladung von Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein Abend für Heinrich Böll statt. Unter den Gästen war auch der Schriftsteller Thomas von Steinaecker. Er betonte, dass wer in Böll «bloß einen ordentlichen Schriftsteller» sehe, ihm nicht gerecht werde. Denn Böll habe – von der Shortstory über «Gruppenbild mit Dame» bis zu den vielstimmigen «Frauen vor Flußlandschaft» – «radikal experimentiert». An den zeitgeschichtlichen Kontext der Preisverleihung Anfang der 1970er Jahre erinnerte der WDR-Rundfunkautor Terry Albrecht und die KiWi-Verlegerin Kerstin Gleba bekräftigte, wie sehr Heinrich Böll nicht nur als literarischer Autor, sondern auch als Mensch «für das Verlagshaus Kiepenheuer & Witsch prägend» gewesen sei.

Die Veranstaltung war eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadtbibliothek Köln, der Erbengemeinschaft Heinrich Böll, dem Verlag Kiepenheuer & Witsch und dem Kulturradio WDR.

50 Jahre Literaturnobelpreis
boell.de/die-vernunft-der-poesie

«Immer noch ist die Kunst ein gutes Versteck:
nicht für Dynamit, sondern für geistigen Explosivstoff
und gesellschaftliche Spätzünder.» **Heinrich Böll**

Naturkatastrophen, Wasserknappheit und Müllberge. Einblicke in Lebensrealitäten in (Nord-)Afrika – Ausstellung

Anhaltende Dürreperioden, Wasserknappheit und immer mehr Naturkatastrophen – die Auswirkungen des Klimawandels sind weltweit zu spüren, nur trifft es bestimmte gesellschaftliche Gruppen stärker als andere. In der Ausstellung ECHOS im Rahmen des Climate Cultures Festival «gegen!blicke» zeigten fünf Künstler*innen aus Marokko, Nigeria und Tunesien, wie Menschen in diesen Ländern die aktuellen Herausforderungen erleben. Die Fotoinstallation «Waste identity – Bola Bola living» des nigerianischen Künstlers Aàdesokan Adedayo zum Beispiel befasst sich mit der Wiederverwertung von Abfällen. Ausgehend von einer Feldstudie über die größte Mülldeponie Afrikas, Olusosun (Lagos, Nigeria), enthüllt der Künstler das auf der Deponie entstandene Ökosystem und zeigt das Leben der «Bola Bola», jenen Migrant*innen, die sich auf der Mülldeponie niedergelassen und durch die Wiederverwertung von Abfällen ihren eigenen Lebensraum mit Infrastruktur und Handelsbeziehungen aufgebaut haben. Kuratiert wurde die Ausstellung von Elisabeth Piskernik, sie fand in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Rabat und Berlin statt. Anlässlich der Vernissage der Ausstellung am 26. August diskutierten die Künstler*innen Fatima Benhamza, Adesokan Adedaye, Younes Ben Slimane und der Journalist und Umweltexperte Hicham Houdaifa u.a. darüber, ob durch zivilgesellschaftliches Engagement und Kunst eine tiefgreifende soziale, gendergerechte und ökologische Transformation erreicht werden kann und wo Politik klare Rahmenbedingungen und Anreize für mehr Umweltbewusstsein in internationalen Kontexten schaffen muss.

African Moot – Dokumentarfilm

Aus ganz Afrika treffen sich jedes Jahr über hundert der besten Jurastudent*innen, um in einer simulierten Gerichtsverhandlung vor dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte einen fiktiven Fall zu verhandeln. Filmemacherin Shamila Seedat, selbst Menschenrechtsanwältin, begleitet in ihrem Dokumentarfilm «African Moot» die Teams aus Uganda, Kenia, Ägypten und Südafrika, die sich monatelang auf einen Fall zum Thema Flüchtlingsrechte vorbereiten. Der Film verfolgt ihre Fortschritte bei verschiedenen Veranstaltungen und Wettbewerbsrunden, die zu einem dramatischen Finale vor internationalen Richter*innen am höchsten Gericht Botswanas führen. Unser Büro in Südafrika hat die Filmemacherin unterstützt, sowohl bei ihren Recherchen als auch bei der Organisation der Diskussionsveranstaltungen zum Film, denn von einem menschenrechtsbasierten Ansatz bei Migration und Mobilität auf dem afrikanischen Kontinent können nicht nur Jurastudent*innen lernen. Der im Jahr 2022 uraufgeführte Film hatte im Frühjahr 2023 seine Europapremiere auf dem DOK.fest München.

Theater & Netz – Konferenz

Die Konferenz «Theater & Netz» untersucht und diskutiert seit 2013 jährlich zwischen Theatertreffen und re:publica, wie und in welchem Maße die Digitalisierung die Struktur der bürgerlichen Öffentlichkeit verändert und damit auch die darstellende Kunst neu formatiert. Veranstaltet wurde sie 2022 gemeinsam von nachtkritik.de und der Heinrich-Böll-Stiftung. Die zehnte und letzte Ausgabe fand am 7. Mai in Berlin statt. Sie suchte Antworten auf viele Fragen: Wo steht Theater angesichts der aktuellen (außen-)politischen Entwicklungen? Welche Stoffe sind für die Bühnen geeignet? Hatte sich in der Pandemie ein neuer Stil des Erzählens etabliert, der von den Gewohnheiten und Gesetzen der Fernsehserien inspiriert ist? Ist das Unterhaltungstheater im Kommen, und welche Unterhaltung ist überhaupt gemeint? Ist Theater im Netz eine Kunstform mit Zukunft? Mit Expert*innen konnten wir diese Fragen diskutieren. Höhepunkt der Fachkonferenz waren die Gespräche zur «Zeitenwende» u.a. mit Ekaterina Degot, (Künstlerische Leiterin des Kunstfestivals «Steirischer Herbst»), Anastassia Kosodii (Hausautorin Nationaltheater Mannheim) und Stefan Schmidtke (Künstlerischer Leiter des Festivals «Theater der Welt») sowie mit den Regisseur*innen Anne Lenk und Herbert Fritsch.

Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

Weltweit vertreten Künstler*innen Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Wir unterstützen dieses Engagement durch ein Stipendienprogramm in Kooperation mit der Stadt Düren.

Seit Gründung des Vereins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e. V. im Jahr 1989 konnten gemeinsam mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen über 200 Gäste aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa eingeladen werden. Das Haus, in den 1960er Jahren von der Familie Böll erworben, wurde zu einem ruhigen Ort des Arbeitens und des Austausches politisch verfolgter Autor*innen aus aller Welt. Im Jahr 2022 erwarb die Stadt Düren das Heinrich-Böll-Haus und übernahm die Trägerschaft vom Heinrich-Böll-Haus e. V.

Viktor Jerofejew. Er gilt als einer der prominentesten Putin-Kritiker.
Foto: IMAGO/Jürgen Heinrich

Unser Gäste 2022

Amir Cheheltan wurde 1956 in Teheran geboren. Er veröffentlichte zahlreiche Romane, die u.a. ins Englische, Deutsche, Italienische, Norwegische, Litauische, Arabische und Hebräische übersetzt wurden. Darin thematisiert er den Alltag im Iran vor dem Hintergrund der wechselhaften Geschichte und des Zusammenspiels von Religion, Staat und Moderne.

Fariba Vafi begann ihre Tätigkeit als Schriftstellerin in den 1980er Jahren. Sie gehört der aserbaidschanischen Minderheit im Iran an. Ihre Publikationen wurden in mehrere Sprachen übersetzt, u.a. ins Englische, Türkische, Armenische, Französische, Spanische und Norwegische. Auf Deutsch erschienen drei Romane: «Kellervogel», «Traum von Tibet» und «Tarlan».

Viktor Jerofejew studierte Literatur- und Sprachwissenschaft und ist seit Mitte der 1970er Jahre literarisch tätig. 1979 wurde er wegen seiner Beteiligung am Literaturalmanach Metropol aus dem Schriftstellerverband der UdSSR ausgeschlossen. International bekannt wurde er durch seinen 1990 erschienenen Roman «Die Moskauer Schönheit», der in 27 Sprachen übersetzt wurde.

Kadir Özdemir arbeitet seit 17 Jahren als intersektionaler Trainer. Neben der politischen Bildungsarbeit schlägt sein Herz für die Gegenwartsliteratur, das Theater und die performativen Künste. Anfang 2021 gründete er das Theaterkollektiv «Die Migrationserbinnen», mit dem er im Rahmen des internationalen Festivals «Theaterformen» in Hannover auftrat.

Kontaktadresse

Düren Kultur, Stefan Knodel, Geschäftsführung Heinrich-Böll-Haus
Haus der Stadt, Stefan-Schwer-Straße 4–6, 52349 Düren
E-Mail: s.knodel@dueren.de
Telefon: 49 (0)2421 – 25 1346

Studienwerk – Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell» mit Veranstaltungen zur politischen Bildung oder zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen. Wir bieten individuelle Beratung zum Studium und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiat*innen darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Ziel ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiat*innen zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikator*innen gewinnen, die unsere Überzeugungen teilen und sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit dem Prinzip Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiat*innen, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und sich für Politik interessieren.

Neu in die Förderung aufgenommene Stipendiat*innen während der Einführungsveranstaltung am 8. April 2022 Foto: Stephan Röhl

Von 1.855 Bewerbungen, die das Studienwerk in den beiden Auswahlverfahren zum 1. September 2021 und zum 1. März 2022 erreicht haben, wählten wir in einem dreistufigen Verfahren 384 Stipendiat*innen neu aus. Insgesamt förderten wir 1.630 Personen, davon 1.410 Studierende, 213 Promovierende und sieben internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. Einige Fokusgruppen haben wir besonders im Blick: 64 Prozent der Geförderten sind Frauen, 13 Prozent studieren an Fach-, Kunst- oder Musikhochschulen und 27 Prozent der Studienstipendiat*innen (davon 53 Prozent Frauen) belegen MINT-Fächer. Auch unter den Promotionsstipendiat*innen ist der Anteil der Geförderten in einem MINT-Fach mit 23 Prozent besonders hoch, davon sind wiederum 62 Prozent Frauen. Von den 90 Geförderten, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, stammen 69 aus Syrien, sechs aus Afghanistan, drei aus dem Iran, einer aus Russland und elf aus anderen Ländern wie z.B. Palästina, Nepal oder Eritrea.

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnten 1.515 Stipendiat*innen unterstützt werden, davon 193 Promovierende. Von den BMBF-Geförderten haben 27 Prozent eine Migrationsgeschichte und 34 Prozent sind Erstakademiker*innen.

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes konnten 114 Stipendiat*innen aus 36 Ländern (außerhalb der EU) in Deutschland gefördert werden, darunter 19 Promovierende. Die größten Gruppen internationaler Stipendiat*innen kommen aus Syrien, aber auch aus Russland (12), aus der Ukraine (11), aus Ägypten (8), aus Brasilien (6) und aus dem Iran (6).

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung

Mit unserem Veranstaltungsprogramm, dem Herzstück der ideellen Förderung, regen wir zur politischen Debatte an, vermitteln Schlüsselkompetenzen, befähigen zum interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und unterstützen das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiat*innen.

Selbstorganisation und selbstständiges Denken zu fördern sowie Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns ein besonderes Anliegen; das Veranstaltungsprogramm wird für und mit unseren Stipendiat*innen konzipiert. So wurden beispielsweise insgesamt 286 Treffen und Veranstaltungen (das sind AG-Treffen, sog. Ad-hoc-Gruppentreffen und Treffen der Hochschulgruppen – den «Lokalen Initiativen») mit 3.343 Teilnehmenden von unseren Stipendiat*innen selbst organisiert. Schwerpunktthemen der zehn Arbeitsgruppen (AGs) waren: «China», «Digitaler Wandel», «Gender* und Feminismus», «Kunst und Transformation», «Ostwärts», «Quo vadis, EU?», «Schutz der Meere», «Perspektiven of Color», «Außen- und Sicherheitspolitik» und «Klassismus». Neben diesen regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen haben sich Stipendiat*innen in 15 analogen wie digitalen Ad-hoc-Gruppentreffen mit verschiedenen politischen Themen befasst, zum Beispiel mit Kreislaufwirtschaft und Klimarisiken oder mit dem Thema Lichtverschmutzung. Über Kinderpolitik und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz wurde ebenso diskutiert wie über Naturbegriffe und Ökologie in neurechten Ideologien. Eine Gruppe besuchte die Documenta in Kassel, ein politischer Stadtspaziergang in Gießen ging kolonialen Spuren nach. Rund 70 Stipendiat*innen nahmen an dem digitalen Ad-hoc-Gruppentreffen zur aktuellen Situation im Iran teil. Über das Thema Digitalisierung und Nachhaltigkeit wurde während der Konferenz «Bits & Bäume» debattiert.

Im Jahr 2022 fanden zudem insgesamt 33 Bildungsveranstaltungen, organisiert vom Studienwerk, sowie 86 Veranstaltungen der Landestiftungen und anderer Abteilungen und Programmeinheiten der Stiftung statt, an denen zahlreiche Stipendiat*innen teilgenommen haben.

Schwerpunkte im Veranstaltungsprogramm 2022

Nach zwei Jahren Corona-Pause konnte der alljährliche Sommercampus vom 15. bis 20. August 2022 endlich wieder in Präsenz stattfinden. Der Sommercampus wird von vielen Stipendiat*innen als das Highlight im Veranstaltungsprogramm beschrieben. 99 Stipendiat*innen haben eine Woche lang im idyllischen Bad Bevensen unter dem Oberthema «Politik global gestalten» miteinander diskutiert, eigene Seminare konzipiert und Workshops zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen besucht. Zum Auftakt gab es ein Konzert mit klassischen und modernen Stücken, vorgetragen von sechs Musiker*innen, ebenfalls Stipendiat*innen, in der Klosterkirche Medingen. Die Fishbowl-Diskussion mit Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht zum Thema «Die Rolle Deutschlands und der EU in der globalen Transformation» drehte sich um Fragen der Menschenrechte, der Energiesicherheit und des europäischen Rechts. Doch auch abseits der Diskussionen, Seminare und Workshops kam keine Langeweile auf: Viele Stipendiat*innen haben das Programm mit eigenen Initiativen – von Waldspaziergängen über Tanzunterricht bis hin zu vielfältigen politischen Gesprächsrunden – abgerundet.

Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung startete 2019 eine Sommerakademie zum Thema «Demokratie gestalten!» als gemeinsame Initiative der 13 deutschen Begabtenförderungswerke unter Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Ziel ist es, förderwerkübergreifend Stipendiat*innen dazu zu ermuntern, sich mit anderen Weltanschauungen, politischen Meinungen und Ansichten auseinanderzusetzen und in den Dialog einzutreten. Diesmal unter der Federführung der Hans-Böckler-Stiftung fand die Sommerakademie vom 28. August bis 4. September 2022 in Heidelberg zum Oberthema «Klima, Demokratie und Digitalisierung im Wandel» statt. Jedes Förderwerk beteiligte sich mit Einzelveranstaltungen am vielfältigen Seminar- und Rahmenprogramm. Wir haben einen Workshop zum Thema «Städte begegnen dem Klimawandel – Wege zu einer partizipativen und zukunftsgerechten Stadtgestaltung» angeboten.

Wir versuchen, unsere Stipendiat*innen von Förderbeginn an mit den unterschiedlichen Programmeinheiten der Stiftung in Kontakt zu bringen. In unserer Reihe «Begleitprogramm plus» beispielsweise können Stipendiat*innen an Fachveranstaltungen und Kompetenztrainings, die von anderen Arbeitseinheiten der Stiftung, von den Landesstiftungen oder von unserer Weiterbildungsakademie GreenCampus durchgeführt werden, teilnehmen. Bereits zum zweiten Mal organisierten wir eine Studienreise in Kooperation mit der Abteilung Inland/Referat Kunst und Kultur. Acht Sti-

pendiat*innen reisten zum Kunstfestival «Steirischer Herbst» nach Graz und produzierten mit der Hörfunkjournalistin Julia Eikmann (DLF) den Podcast «Kunst und Krieg – das Festival Steirischer Herbst». Nachzuhören in unserer Audiothek. An einer von der Petra-Kelly-Stiftung in Bayern organisierten politischen Bildungsreise nach Brüssel nahmen 17 Stipendiat*innen teil. Auf dem Programm standen u.a. ein Treffen mit der grünen Europaabgeordneten Henrike Hahn, ein Besuch der Büros der Heinrich-Böll-Stiftung und der Green European Foundation sowie ein lobbykritischer Stadtrundgang.

Das Promovierendenforum, die zentrale Jahresveranstaltung für unsere Promotionsstipendiat*innen, drehte sich im Jahr 2022 um das Thema «Wissenschaft im öffentlichen Diskurs». Diskutiert wurde u.a. über die Frage, wie eine erhöhte mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit für wissenschaftliche Themen erreicht werden kann und wie Wissenschaftler*innen selbst zur Verständlichkeit ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse beitragen können.

In dem Forschungscluster zur sozial-ökologischen Transformation, einem Schwerpunkt unserer Promotionsförderung, setzen sich derzeit 50 Promovierende aus unterschiedlichen Fächern mit Nachhaltigkeitsfragen auseinander. In regelmäßigen «Brown-Bag-Sessions» diskutieren die Promovierenden über zentrale Aspekte und Fragestellungen und tauschen sich über ihre Forschungsarbeiten aus. Mehrere Kooperationspartner unterstützen das seit 2012 bestehende Cluster, darunter das German Institute of Development and Sustainability (IDOS), das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin.

Der Alumni-Salon am 19. November 2022 beschäftigte sich mit den Herausforderungen sozial-ökologischer Transformationen. Rund 150 ehemalige Stipendiat*innen aus 20 Förderjahren kamen in Berlin zusammen, um in einer Podiumsdiskussion mit Jan Philipp Albrecht (Vorstand der Stiftung), Franziska Wolff (Öko-Institut) und Paulina Fröhlich (Progressives Zentrum) den Fragen nachzugehen, wie in Zeiten multipler Krisen Vertrauen in Veränderung geschaffen werden kann und welche Rolle eine breite gesellschaftliche Mitgestaltung der Transformation dabei spielt. Im Anschluss fächerten zehn Workshops das Themenfeld breiter auf; es ging um Bausteine für eine zukunftsgerechtere Demokratie, um Künstliche Intelligenz, um die nachhaltige Entwicklung von urbanen Regionen, im Finanzsektor und im Bildungssystem sowie um Konzepte einer inklusiven Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation.

Unsere Alumni

Foto: privat

Dr. Roland Azibo Balgah (gefördert 2008 – 2011) ist Assoziierter Professor für Development Studies, Dozent am College of Technology of the University of Bamenda und Dekan des Higher Institute of Agriculture and Rural Development of the Bamenda University of Science and Technology in Kamerun. Sein Forschungsinteresse gilt dem Klimawandel im Kontext von Katastrophenmanagement, Lebensgrundlagen, nachhaltiger Entwicklung und (Nicht-)Migration. Er ist Mitglied in vielen wissenschaftlichen Vereinigungen, inklusive dem Forschungszentrum RISK der Universität der Bundeswehr München.

Foto: David Beach

Prof. Dr. Selen Ayirtman Ercan (gefördert 2001 – 2002) ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des Centre for Deliberative Democracy and Global Governance at the University of Canberra in Australien. Ihre Arbeit untersucht die Kapazität öffentlicher Deliberation in der Bewältigung drängender Probleme, mit denen Demokratien gegenwärtig konfrontiert sind. Dies reicht von der Krise der Repräsentation in der formalen Politik bis hin zum Aufkommen von gewalttätigem Extremismus im öffentlichen Raum.

Foto: Vano Andiashvili

Dr. Nino Jvania (gefördert 2002 – 2003) ist Pianistin, Musikwissenschaftlerin und Assoziierte Professorin an der staatlichen Musikhochschule Tbilisi. Nach ihrem Abschluss an der Musikhochschule Tbilisi setzte sie ihre Studien an der Robert Schumann Hochschule Düsseldorf fort, unterstützt mit Stipendien vom DAAD, der Alfred-Toepfer-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung. Anschließend promovierte sie zu Karlheinz Stockhausens Klavierwerk. Zu ihren veröffentlichten Arbeiten gehören zwei Monografien über die zeitgenössische Aufführungspraxis und künstlerische Forschung. Derzeit forscht sie zum Verhältnis zwischen Komponist*innen, Interpret*innen und Zuhörer*innen.

GreenCampus – Vom Wissen zum Handeln

GreenCampus ist die Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen. Wir unterstützen politisch oder zivilgesellschaftlich Aktive bei ihrem Engagement mit unseren Angeboten – auf hohem Niveau und mit viel Praxisorientierung. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf Diversity. So bieten wir unter anderem seit 2022 mit unserem Trainer Nenad Čupić die Weiterbildungsreihe «Diversitätssensible Führung» an. Dazu haben wir Nenad ein paar Fragen gestellt.

Nenad Čupić, Trainer und Berater für diversitätsorientierte Organisationsentwicklung Foto: China Hopson

Vor welchen Herausforderungen stehen Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen gerade?
Die Herausforderungen hängen von ganz individuellen Faktoren ab, zum Beispiel dem Alter und dem Erfahrungsstand. Auch die eigene soziale Positionierung kreiert für Führungspersonen unterschiedliche Herausforderungen. Beispielsweise steht eine Schwarze Frau mit Kind und Partner*in, die als soziale Aufsteigerin in eine Führungsposition kam, vor anderen Herausforderungen als ein weißer alleinerziehender Mann aus der bürgerlichen Mittelklasse, dessen Eltern womöglich schon Führungskräfte waren. Hinzu kommen Zeit- und Leistungsdruck. Gerade in Phasen des beruflichen Aufstiegs gehen diese mit zeitlichen Abstrichen im Privatleben einher.

Wie kann Weiterbildung bei diesen Herausforderungen unterstützen?
Wie erfolgreich Führungskräfte sind, hängt neben den fachlichen Kenntnissen auch von Fähigkeiten wie Selbstreflexion, Empathie und Kommunikation ab. Diese sind nicht angeboren, sondern werden vor allem durch soziale Interaktion erlernt und weiterentwickelt. Weiterbildung bietet eine Mischung aus theoretischer Informationsvermittlung, interaktiven Übungen sowie dem wertschätzenden Austausch und der Vernetzung mit anderen Führungspersonen, was wiederum die individuelle und organisationale Professionalisierung fördert.

Was kann eine Führungskraft tun, um Diversität in der Organisation wirklich zu verankern?
Strategien gibt es zahlreiche: von diversitätsorientierter Personalentwicklung über gezielte diskriminierungskritische Qualifizierungsmaßnahmen, die Bestimmung und Bekanntmachung einer Beschwerdestelle (gemäß AGG) bis hin zu Empowerment-Angeboten für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen. Vieles ist möglich, setzt aber eine bewusste strategische Entscheidung, den Willen zur Veränderung und die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen voraus. Führungskräfte sollten außerdem akzeptieren, dass die diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Entwicklung der Organisation ein Prozess ist, der mit Reibung und Widerständen einhergehen kann.

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote unter greencampus.de

Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Archivbestand Hans-Christian Ströbele
Foto: AGG/Heinrich-Böll-Stiftung

Überlieferung sichern und bewahren

Ein wichtiger Bestandteil der archivarischen Arbeit ist es, geeignete Maßnahmen für den physischen Erhalt von Archivgut zu ergreifen. Neben äußeren Einflüssen wie Wasser, Feuer und mechanischen Beschädigungen durch Mensch und Tier (Fraßspuren) sind auch die Trägermaterialien selbst chemischen Alterungsprozessen ausgesetzt. Besonders schnell zerfallen säurehaltige (Umweltschutz-)Papiere und Zeitungspapier (z. B. von Wahlzeitungen). Bei Abzügen von Farbfotografien verändern sich die Farben und Film- und Tonträger sind nach wenigen Jahren unter Umständen nicht mehr abspielbar.

All diese Alterungsprozesse können dank technischer Unterstützung mit normierten Grenzwerten für Luftfeuchtigkeit und Temperatur verlangsamt werden. In den immer heißer werdenden Sommermonaten werden jedoch die Grenzwerte immer häufiger überschritten, was eine neue Herausforderung für die Bestandserhaltung darstellt.

Die Kapazitätsgrenze des Magazins ist seit Jahren weitestgehend ausgeschöpft. Im Jahr 2022 konnten von 61 Übernahmeanfragen bisher 26 Bestände und Nachlieferungen realisiert werden, darunter die Übernahme des Teilnachlasses von Christian Ströbele sowie die erstmalige Ablieferung des Landesverbands Bündnis 90/Die Grünen Sachsen.

Archivarbeit begreiflich machen

Nachwuchskräfte aus den Bereichen Archiv und Geschichtswissenschaft erhielten auch im Jahr 2022 bei Archivführungen und Workshops einen Einblick in die Arbeit und die Bestände des Archivs Grünes Gedächtnis. 15 Auszubildende aus Nordrhein-Westfalen (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv) erprobten sich bei der Übernahme von historischen Plakaten. Ein Oberseminar im Master Zeitgeschichte der Universität Potsdam besuchte das Archiv mit 25 Studierenden, die eine Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten in Archiven erhielten.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis steht allen Interessierten offen. Eine wissenschaftliche Recherche beginnt in der Regel mit einer ersten telefonischen oder schriftlichen Kontaktaufnahme. Im Jahr 2022 bearbeitete das Archiv rund 250 qualifizierte Anfragen.

Zu den Serviceleistungen des Archivs gehörten hierbei u. a. die Vorabrecherche in unserer rund 80.000 Einträge umfassenden Archivdatenbank, die Prüfung und Bereitstellung von Reproduktionen oder auch die Klärung von Bildrechten.

Besonders viele Anfragen konzentrierten sich auf das Leben und Wirken von Petra Kelly, deren 75. Geburtstag sowie 30. Todestag sich im Jahr 2022 jährten. Die Projekte reichten von Filmdokumentationen über Podcasts bis hin zu wissenschaftlichen Workshops.

Aktuelle Öffnungszeiten und weitere Nutzungshinweise:
boell.de/archiv

Petra Kelly – Politik mit Leidenschaft

«Beginne dort, wo Du bist. Warte nicht auf bessere Umstände. Sie kommen automatisch in dem Moment, wo Du beginnst.»

Petra Kelly (29.11.1947 – 1.10.1992) war eine der bekanntesten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den 1980er Jahren. Sie war eine globale Aktivistin, ihre Anliegen waren universell: Menschenrechte, Gerechtigkeit, Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, Gewaltfreiheit. Ihre politische Leidenschaft war so inspirierend, dass sie zu einer Wegbereiterin der grünen Bewegung wurde, sogar zu ihrer Ikone. In Erinnerung geblieben ist aber auch ihr Spagat zwischen basisdemokratischem Politikanspruch und eigener Sichtbarkeit als einzelgängerischem Superstar, zwischen Bewegungsidee und Parlamentsmandat und nicht zuletzt ihre Entfremdung von der Partei. Aus Anlass ihres 30. Todestages am 1. Oktober und ihres 75. Geburtstages am 29. November 2022 erinnerten wir an Petra Kelly u.a. mit Veranstaltungen in München (14.10.) und Berlin (29.11.), mit der Kooperation für ein wissenschaftliches Kolloquium der Uni München (13. – 15.10.) und der Herausgabe einer Graphic Novel des Hamburger Künstlers Simon Schwartz über ihr Leben.

In unserem Webdossier erzählen Zeitzeug*innen und Freunde wie Lukas Beckmann, Marieluise Beck, Ulrike Poppe oder Helmut Wiesenthal über ihre Begegnung mit Petra Kelly. Junge grüne Mitglieder des Bundestags schreiben, was sie heute mit Petra Kelly verbindet.

Der Nachlass Petra Kellys wird in unserem Archiv Grünes Gedächtnis gepflegt.

Heinrich und Annemarie Böll (oben links) und Petra Kelly (Mitte unten) auf einer Demonstration 1983 vor einem US-Luftwaffenstützpunkt in Mutlangen
Foto: Picture Alliance / AP / Helmut Fricke

Online-Dossier zu Petra Kelly
boell.de/petrakelly

Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Anne-Klein-Frauenpreis, der Friedensfilmpreis und der Hannah-Arendt-Preis.

Yosra Frawes
Foto: CC-BY-SA_Youssef_Ben_Ammar

Teresa A. Braggs
Foto: Ole Schwarz, CC-BY-NC-ND

Serhij Zhadan
Foto: IMAGO/Zoonar

Anne-Klein-Frauenpreis an Yosra Frawes

Die tunesische Feministin, Anwältin und Dichterin Yosra Frawes kämpft für die Rechte von Frauen und die Wahrung der Menschenwürde, sowohl in Tunesien als auch international. Bereits im Jahr 2000, lange vor dem Arabischen Frühling, startete sie eine Petition für die Gleichstellung von Mann und Frau im tunesischen Erbrecht. Das Gesetz 58 zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen wurde auch dank ihrer Mitwirkung im Jahr 2017 als Teil der Nationalen Koalition zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet, ein historischer Erfolg. Mit der Verleihung des Anne-Klein-Frauenpreises an Yosra Frawes möchten wir die feministischen Bewegungen Tunesiens stärken und ermutigen. Frauen* in der MENA-Region kämpfen seit Jahrzehnten für ihre Rechte, gegen Ausschluss, für Gleichheit auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen.

Der Anne-Klein-Frauenpreis ist mit 10.000 Euro dotiert. Der Preis wurde bei einem Festakt am 11. März 2022 in Berlin überreicht. Die Laudatio hielt Franziska Brantner, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Friedensfilmpreis an die indische Filmemacherin Teresa A. Braggs

Der Friedenfilmpreis ging an Teresa A. Braggs für ihren Film «Sab changa si». Die Jury überzeugte die Kombination aus filmischer Nähe, persönlicher Solidarität und kritischer Reflexion, getragen von sensiblen Portraits junger Menschen auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache während der Studierendenproteste in Bangalore gegen die Verschärfung des indischen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 2019. «Mit kleiner Kamera und geringsten Mitteln zieht uns die indische Aktivistin und Filmemacherin Teresa A. Braggs in das Zentrum der Bewegung hinein und verfolgt die nächtlichen Diskussionen um die Bedingungen von Widerstand», so die Begründung der Jury.

Der Friedensfilmpreis wird von der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Weltfriedensdienst e. V. und der Friedensinitiative Zehlendorf verliehen und ist fester Bestandteil der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Weltweit ist er der einzige unabhängige Preis dieser Art, der auf einem A-Filmfestival verliehen wird. Er ist mit 5.000 Euro dotiert und wird in Form einer von Otmar Alt gestalteten Bronzeplastik übergeben.

Hannah-Arendt-Preis 2022 an Serhij Zhadan

Serhij Zhadan ist als Schriftsteller ebenso präsent wie als Übersetzer, Dichter und Musiker. Zhadan, aufgewachsen im Donbass, steht für die junge ukrainische Kultur, die im Widerstand gegen die russische Besatzung und Aggression zu sich selbst und zu Europa gefunden hat. Zweifellos gehört er zu den bedeutendsten Schriftsteller*innen der jüngeren Generation in Europa. Mit seiner Band Zhadan i Sobaky, auf Deutsch «Zhadan und die Hunde», greift er aktuelle Themen auf und ignoriert politische Autoritäten. Nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine gaben die Bandmitglieder Wohltätigkeitskonzerte für die Einwohner*innen von Charkiw, die sich in U-Bahn-Stationen vor dem Beschuss versteckten, spielten in Krankenhäusern und leisteten Freiwilligenarbeit. Zur Preisverleihung kam Zhadan mit seiner Band nach Deutschland.

Der Hannah-Arendt-Preis wird von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung verliehen. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Verleihung fand am 2. Dezember 2022 im Bremer Rathaus statt.

Anne-Klein-Frauenpreis
boell.de/annekleinfrauenpreis

Friedensfilmpreis
boell.de/friedensfilmpreis

Hannah-Arendt-Preis
boell.de/hannah-arendt-preis

Frühling 2022: Verabschiedung unseres Vorstands

Barbara Unmüßig und Dr. Ellen Ueberschär Foto: Bettina Keller

Barbara Unmüßig beendete nach 20 Jahren ihre Arbeit als Vorstand. In dieser Funktion hat sie mit viel Engagement innovative Ansätze auf den Weg gebracht, große Kompetenzen und Netze aufgebaut, Maßstäbe gesetzt mit ihrer konstanten Begleitung der internationalen Politik und ihrem Blick auf Fragen von Ungerechtigkeit und Ungleichheit. Im Zentrum stand immer ihr leidenschaftlicher Einsatz für Klima- und Umweltschutz, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und globale Gerechtigkeit. Zur Verabschiedung am 18. März 2022 sprachen Ralf Fücks, Korinna Horta, Claudia Roth, Frauke Seidensticker und Jürgen Trittin. Die feierliche Verabschiedung war ein würdiger Auftakt für den Un-Ruhestand unserer langjährigen Vorstandsfrau.

Dr. Ellen Ueberschär verabschiedete sich als Vorstand in einer Podiumsdiskussion am 25. April 2022, in der sie mit der Geschichtsprofessorin Hedwig Richter und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir darüber sprach, wie der «Atemraum der Freiheit» neu vermessen werden kann und wie wir unserer Verantwortung gerecht werden können. Dieses Thema war ihr ein Herzensanliegen und markiert ziemlich genau das Zentrum ihres politischen Denkens. Ihr Engagement für Europa und insbesondere Osteuropa hat in der Stiftung Spuren hinterlassen. Ferda Ataman, Rebecca Harms, Sylvia Löhrmann und Omid Nouripour würdigten bei der Festveranstaltung ihre Arbeit der letzten fünf Jahre. Ellen Ueberschär hatte sich nicht zur Wiederwahl gestellt und beendete damit ihre Vorstandstätigkeit turnusgemäß.

2022 fanden nach der Pandemie wieder erste größere Präsenzveranstaltungen statt. Foto: Stephan Röhl

Stiftungsmanagement

Die Stiftung ist im Jahr 2022 weitere wichtige Schritte in der digitalen Arbeitswelt vorangekommen. Im Frühsommer trat die Betriebsvereinbarung zur mobilen Arbeit in Kraft. Sie ist in enger Zusammenarbeit von Betriebsrat und Geschäftsführung und aufbauend auf den Erfahrungen während der Pandemie entstanden und soll im Jahr 2023 evaluiert und ggf. fortentwickelt werden. Parallel erprobt die Stiftung in einzelnen Organisationseinheiten erste Konzepte des Desk-Sharings auf freiwilliger Basis.

Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung»
Durch die Integrierung unserer Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» in das neue Referat «Organisationsentwicklung und Wissensmanagement» gelang es, die Gemeinschaftsaufgabe als einen Teil der Organisationsentwicklung zu institutionalisieren. Unser Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis für eine progressive, «diversitätsorientierte Organisationsentwicklung» zu erarbeiten und in der Stiftung zu etablieren. Ein erster und wirkungsvoller Schritt dahin waren die internen Weiterbildungen, Workshops, Vorträge und Austauschformate, die sich mehrheitlich auf das Schwerpunktthema «Vielfalt stärken – gemeinsam gegen Rassismus» bezogen.

Neubauprojekt – Pavillon in der Karl-Marx-Allee
Wir freuen uns, voraussichtlich bis zum Ende des Jahres 2026 einen zusätzlichen Standort für unsere Veranstaltungs- und Bildungsformate in der Karl-Marx-Allee eröffnen zu können. Zusätzlich zu Workshops zur programmatischen Konzeption sowie der Erarbeitung eines Nachhaltigkeitskonzepts haben wir im Frühjahr in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Berlin und Mitarbeitenden aus verschiedenen Abteilungen der Stiftung einen Workshop zu den spezifischen Nutzungsanforderungen an das neue Haus durchgeführt. Die Ergebnisse dieses Workshops dienen als Leitfaden für die weiteren Planungen.

Interne Weiterbildung

Digitalisierung

2022 haben wir unser internes Weiterbildungsportfolio auf weitere Digitalisierungspotenziale abgeklopft. Unser Ziel ist es, eine vielfältige und innovative Lernwelt zu gestalten, die den Mitarbeitenden Orientierung gibt und Lust auf Wissen macht. In dieser ersten Projektphase haben wir die Grundlage dafür geschaffen, unsere Pflicht- und Standardangebote in den Folgejahren schrittweise in lernorientierte und digital gestützte Lernformate zu überführen und in ein neues Lernmanagementsystem einzubinden.

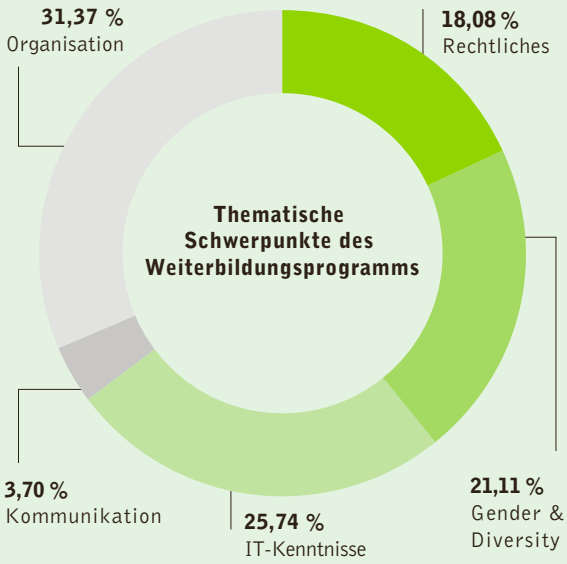
Betriebsvereinbarung Mobile Arbeit

Mit einem speziellen Weiterbildungspaket wappnen wir die Mitarbeitenden für die Arbeit auch an einem anderen Ort als dem Büro. Durch einen Mix aus neuen und überarbeiteten E-Learning-Kursen, Live-Online-Schulungen und Materialien zum Selbstlernen werden die Mitarbeitenden auf die mobile Arbeit vorbereitet und erfahren, wie sie ihre Arbeit optimal gestalten können – von Gesundheitsschutz über Datenschutz und IT-Sicherheit bis zur Selbstorganisation.

Qualifizierung

Mit unserem internen Weiterbildungsprogramm unterstützen wir Mitarbeitende bei ihren beruflichen Herausforderungen. Im Jahr 2022 gab es zahlreiche interne Angebote: von IT-Kursen über rechtliche Themen bis zur Führungskräfteentwicklung. Spannende Weiterbildungsangebote wurden in der Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung» mit dem Schwerpunkt «Vielfalt stärken – Gemeinsam gegen Rassismus» umgesetzt.

Fast 1.200 Teilnehmende haben über 130 interne und 70 externe Weiterbildungen absolviert.



Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich aus 49 Personen zusammen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, je eine Person aus den Landesstiftungen und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und besteht aktuell aus zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Der Vorstand ist im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung für die Verwirklichung der Ziele der Stiftung verantwortlich. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass die Verwendung des Stiftungsvermögens und von dritter Seite zufließenden Vermögenswerten durch die Stiftung und ihre Einrichtungen zweckentsprechend und wirtschaftlich erfolgt. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist der **Geschäftsführer** verantwortlich.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstands. Er besteht aus neun Personen, davon sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Gremien des Vereins

- Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung»
- Fachbeirat Nord-Süd
- Fachbeirat Europa/Transatlantik
- Fachbeirat Studienwerk

Fachbeiräte beraten die Stiftung bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die Fachbeiräte werden vom Aufsichtsrat auf drei Jahre berufen. Der Mitgliederversammlung steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Fachbeiräte berichten der Mitgliederversammlung jährlich über ihre Arbeit.

Eine Sonderstellung hat der in der Satzung festgeschriebene Fachbeirat «Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung». Seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt und sind ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrecht haben Mitglieder der Mitgliederversammlung und des Aufsichtsrats. Er setzt sich aus mindestens 12 und höchstens 15 Personen zusammen. Die Frauenquote beträgt mindestens 80 Prozent.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021
Das Prüfurteil des unabhängigen Abschlussprüfers Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 26. August 2022 hat ergeben, dass der Jahresabschluss des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie der Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft wurde. Darüber hinaus wurde der Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Nach Beurteilung der aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB wurde erklärt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

TuWas-Stiftung

Die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet. Seit dem Jahr 2022 fördert TuWas ein Ruhe- und Erholungsprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen, das unsere Global Support Unit in Brüssel neu anbietet. TuWas schließt damit eine wichtige Förderlücke in der Stiftungsarbeit: Menschenrechtsverteidiger*innen vor extremer psychischer Belastung zu schützen und ihre Resilienz zu stärken. Der Bedarf nach dieser Art von Unterstützung ist leider sehr groß. 2022 finanzierten wir mit TuWas-Mitteln einen zweiwöchigen Aufenthalt für einen bosnischen Menschenrechtsverteidiger in Barcelona/Spanien. Hier konnte er etwas Abstand von der zunehmenden Bedrohungslage in seiner Heimat gewinnen und sich erholen.

Weiterhin besorgt TuWas die Geschäfte für die Stiftung Frauen in Europa. Hier laufen verschiedene mehrjährige Projekte weiter, darunter die Veranstaltungsreihe «Starke Frauen Europas» in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung. Fortgesetzt wurde auch die Förderung des Specials «Words of Love and Hate» im Rahmen des Internationalen Literaturfestivals Berlin. Neu hinzugekommen ist neben anderen Projekten im Jahr 2022 das Projekt «Gender Mainstreaming bei der Organisation der belarussischen Opposition».

Ihre Spenden und Zustiftungen ermöglichen uns die Unterstützung weiterer wichtiger Projekte!

TuWas Stiftung für Gemeinsinn → Mehr unter tuwasstiftung.de

Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Ihre Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert etc. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z.B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

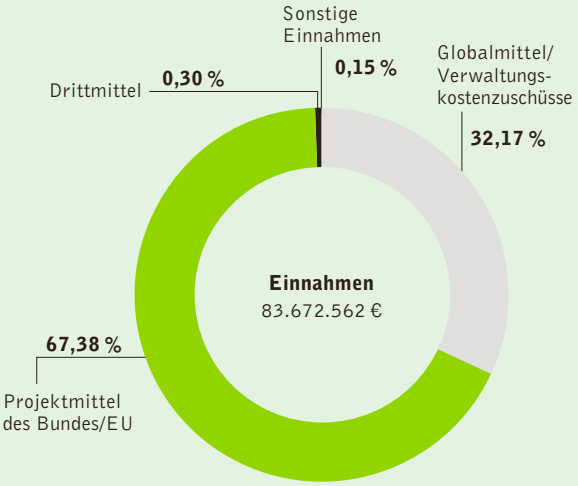
Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie GreenCampus.

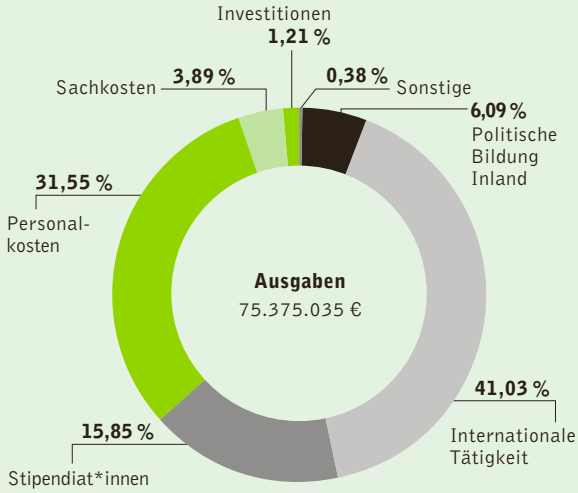
Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir freiwillig einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfgesellschaft bestätigen lassen..

Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt und von lokalen Wirtschaftsprüfgesellschaften geprüft worden sind. Er wird voraussichtlich im September 2023 auf unserer Webseite veröffentlicht werden (www.boell.de/de/stiftung-leitbild-initiative-transparente-zivilgesellschaft).





Einnahmen

Die Einnahmen der Stiftung betrugen 2022 insgesamt ca. 83,7 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg von rund 5,5 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen bei den Globalmitteln und den Projektmitteln für die Studien- und Promotionsförderung in Deutschland zurückzuführen ist.

Ausgaben

Rund 63 Prozent der Ausgaben der Stiftung (ca. 48,3 Millionen Euro) flossen 2022 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf rd. 86 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter*innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben sind leicht gestiegen, ebenso die Ausgaben für Investitionen.

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2022*

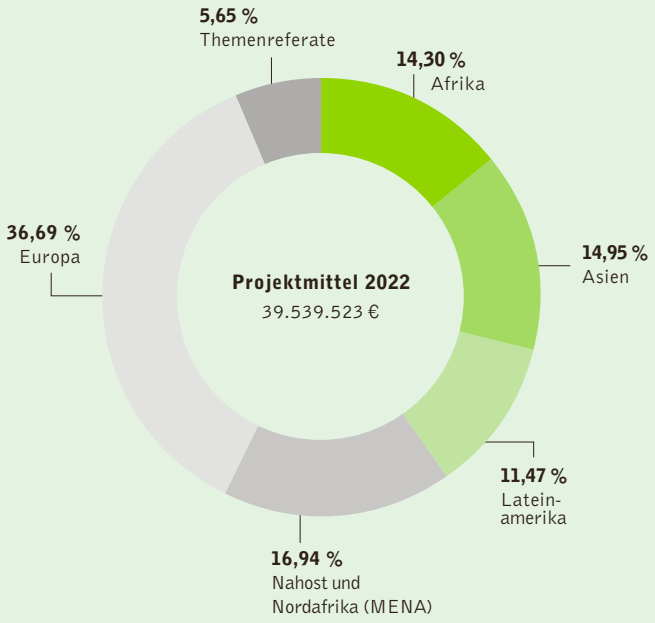
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 (Stand: 18. Juli 2023)

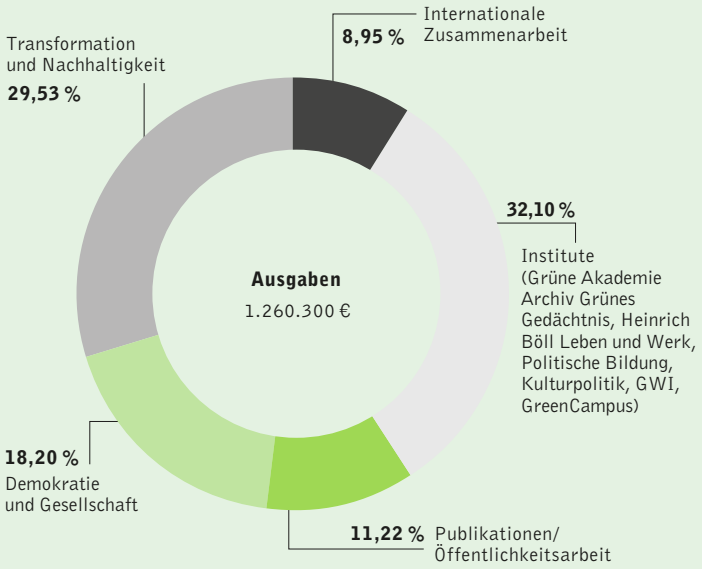
	2022 Vorläufiges Ergebnis	2021
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	**26.149.357**	**22.949.741**
Einnahmen Mittel für Investitionen	**771.793**	**347.988**
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	**39.539.523**	**40.205.886**
BMZ	32.299.785	33.508.594
AA	7.056.606	6.580.047
EU	–	–
Sonstige/Drittmittel	183.133	117.245
Studienwerk	**12.372.165**	**11.648.117**
BMBF	11.175.391	10.469.896
AA	1.180.615	1.178.221
Sonstige/Drittmittel	16.160	–
Inland	**4.716.637**	**4.077.890**
BMI	4.207.546	3.994.355
Sonstige/Drittmittel	509.091	83.535
Sonstiges	**123.091**	**86.859**
Summe der Einnahmen	**83.672.562**	**79.316.481**
Fachausgaben	**1.260.300**	**1.324.452**
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	**2.947.246**	**2.669.903**
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	30.820.984	32.589.284
Studienwerk	11.930.989	11.314.474
EU	–	–
Drittmittel	**503.110**	**45.273**
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	**23.777.317**	**21.405.226**
Sachausgaben	**2.934.965**	**2.705.798**
Investitionen	**910.330**	**437.233**
Sonstiges	**289.794**	**127.566**
Summe der Ausgaben	**75.375.035**	**72.619.210**
Mittelübertrag ins Folgejahr	**8.297.527**	**6.697.271**
Vereinseinnahmen	200.914	268.053
Vereinsausgaben	202.322	246.557
Vereinsergebnis	**-1.408**	**21.497**

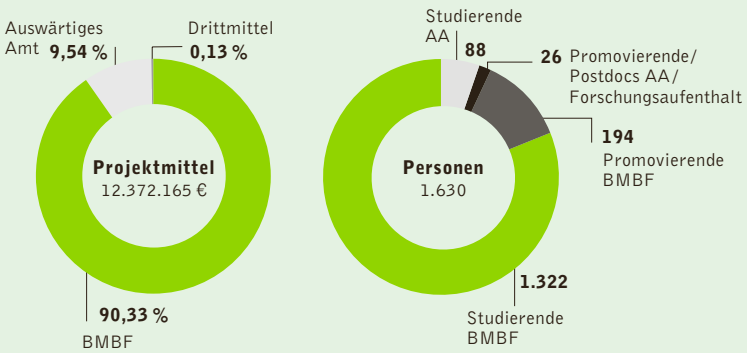
* Alle Zahlen in Euro

** Einschließlich des Mittelübertrags aus dem Vorjahr

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; AA: Auswärtiges Amt; BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung







Internationale Zusammenarbeit 2022

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit (IZ) betrugen im Berichtsjahr insgesamt rund 39,5 Millionen Euro.

Im Jahr 2022 standen der Stiftung rund 1,36 Millionen Euro weniger an regulären Mitteln aus dem BMZ-Titel 04 für die weltweit entwicklungswichtigen Vorhaben zur Verfügung, insgesamt rund 30,79 Millionen Euro. Grund hierfür war eine Reduzierung der Mittel des Titel 04 für alle Politischen Stiftungen von 355 auf 340 Millionen Euro.

Im Vergleich zum Vorjahr standen für die BMZ-Sonderinitiativen ca. 78.000 Euro mehr zur Verfügung, insgesamt rund 802.000 Euro.

Vom Auswärtigen Amt erhielt die Stiftung rund 6 Millionen Euro zur Förderung gesellschaftspolitischer Vorhaben.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine stellte eine besondere Zäsur in 2022 dar. Rund 400.000 Euro erhielt die Stiftung zur Durchführung von Aktivitäten für die direkte Unterstützung der Zivilgesellschaft in der Ukraine und der Anrainerstaaten vom Auswärtigen Amt.

Die Förderung der Stiftung mit AA-Sondermittel für Aktivitäten in Tunesien, Marokko und Jordanien und für Aktivitäten in Belarus bewegte sich auf annähernd demselben Niveau wie in 2021 bei rund 700.000 Euro in 2022.

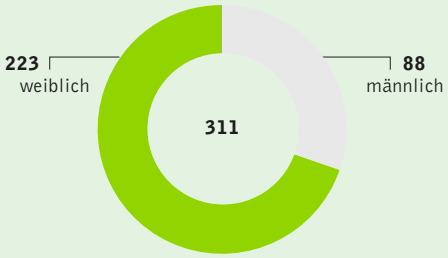
Politische Bildung Inland

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2022 insgesamt 1.260.300 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2022 rund 2,9 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

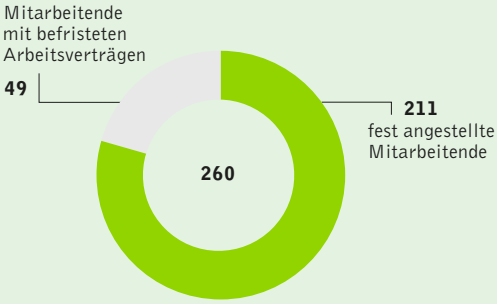
Stipendien und Projektmittel des Studienwerks

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2022 konnten insgesamt 1.630 Personen gefördert werden, davon 1.410 Studierende sowie 220 Promovierende und ehemalige Promovierende für einen Forschungsaufenthalt. 384 deutsche und internationale Studierende und Promovierende haben 2022 eine Förderzusage erhalten. Insgesamt wurden 365 Stipendiat*innen neu in die Förderung aufgenommen.

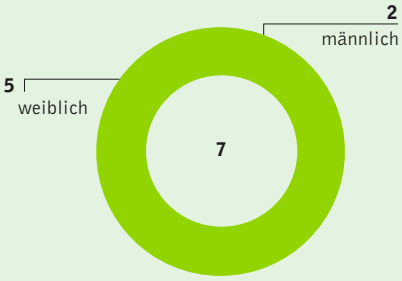
Inlandsbeschäftigte und ins Ausland entsandte Mitarbeitende



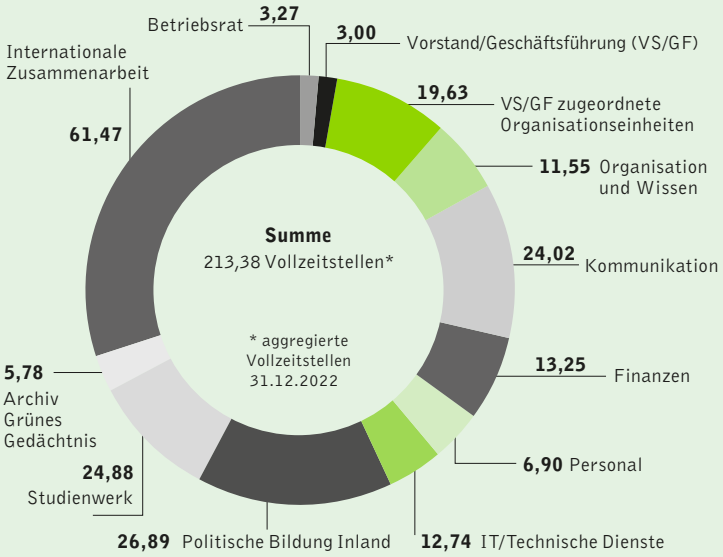
Beschäftigungsverhältnis der Inlandsbeschäftigten



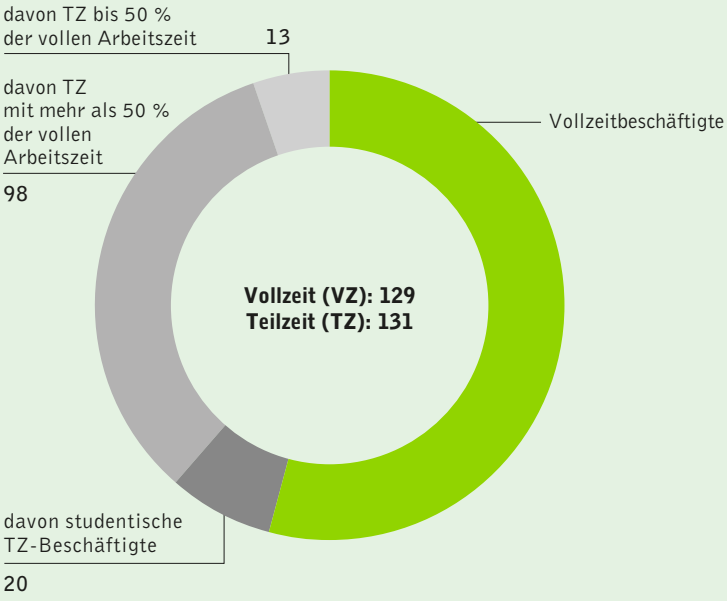
Inanspruchnahme der Elternzeit



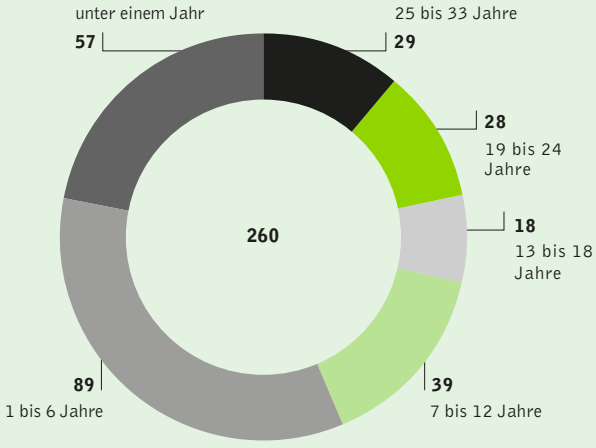
Inlandsbeschäftigte (Vollzeitäquivalente) nach Abteilungen



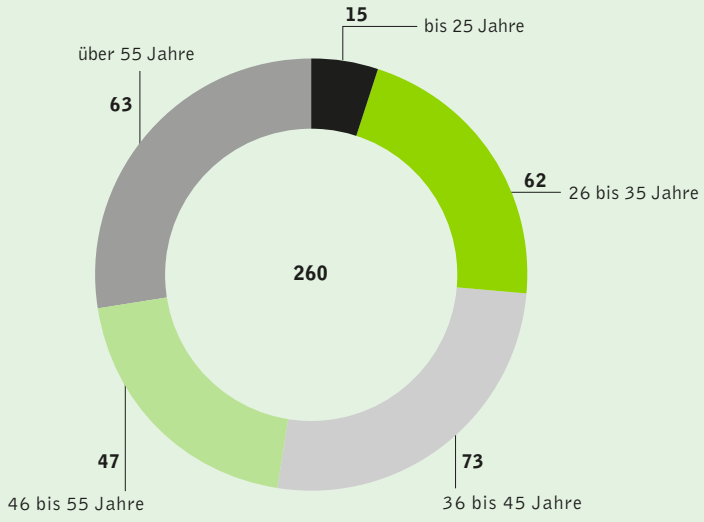
Arbeitszeit der Inlandsbeschäftigten



Betriebszugehörigkeit der Inlandsbeschäftigten



Altersstruktur der Inlandsbeschäftigten



Beschäftigte im Jahr 2022

Vorstand *Vorstand:* Barbara Unmüßig, Dr. Ellen Überschär, Dr. Imme Scholz (ab 04/22), Jan Philipp Albrecht (ab 06/22); Nina Locher, Dr. Alexandra Sitenko, Carmen Herzog, Jennifer Richter, Kathrin Klaua, Tanja Nikoleizig, Diba Shokri, Henriette Winkler

Geschäftsführung *Geschäftsführer:* Steffen Heizmann; Sandra Jackson, Clemens Niederlag, Katharina Tippmann, Jan Bührke, Ünay Özkan, Bert Bloß, Dietmar Harmel

Gunda-Werner-Institut *Leitung:* Henning von Bargen, Dr. Ines Kappert; Derya Binışık, Julia Hartleb, Helen Lessing, Katharina Klappheck, Christiane Bornstedt, Kiara Lohmann

Internationale Zusammenarbeit *Leitung:* Dr. Antonie Katharina Nord; Claudia Sarfert, Lisa Karoline Ruppel, Jessica Ehlebracht **Internationale Themenreferate** *Leitung:* Layla Al-Zubaidi; Louisa Reeh **Internationale Politik** Jörg Haas, Sarah Ribbert, Tina Marie Jahn **Internationale Umweltpolitik** Lili Fuhr, Johanna Sydow, Linda Schneider, Kristin Funke, Annette Kraus, Björn Ecklundt **Internationale Agrarpolitik** Dr. Christine Chemnitz, Lena Luig, Inka Dewitz, Hagen Döcke **Außen- und Sicherheitspolitik** Giorgio Franceschini, Milena Grünewald **Einheit Global Support for Democracy** Joanna Barelkowska **Internationale Demokratie** Lara Wodtke **Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie** Jana Prosinger, Joanna Barelkowska **Steuerung und Evaluierung** *Leitung:* Claudia Simons; Christiane Dilger, Margarete Tanzmann, Kirsten Dagane, Liliya Hontar, Tanja Reith, Barbara Assheuer, Ina Bogusz, Simone Zühr, Charlotte Grosse

Regionalreferate **Regionalreferat Afrika** Kirsten Krampe, Elisabeth Massute, Beate Adolf, Maria Kind, Nicola Egelhof *Einheit Horn von Afrika:* Ulf Terlinden, Ali Nobil Ahmad *Büro Dakar:* Usha Ziegelmayer, Fabian Heppe *Büro Kapstadt:* Katrin Seidel *Büro Nairobi:* Joachim Paul *Büro Abuja:* Jochen Luckscheiter **Regionalreferat Naher Osten und Nordafrika** Dr. Bente Scheller, Anja Hoffmann, Jennifer Richter, Johannes Gunesch, Anna Schwarz, Jan-Bauke Baumann, Sandra Nenninger, Birgit Arnhold *Büro Tel Aviv:* Dr. Steffen Hagemann, Jennifer Hestermann, Oz Aruch, Renate Eisape *Büro Palästina und Jordanien:* Dorthe Siegmund, Lara Kirchner *Büro Tunis:* Dr. Heike Löschmann, Fabian Heppe *Büro Rabat:* Bauke Baumann, Anja Hoffmann *Büro Beirut:* Anna Fleischer, Sara Stachelhaus **Regionalreferat Asien** Jost Pachaly, Katrin Altmeyer, Dr. Paul Joscha Kohlenberg, Dr. Ruth Streicher, Ella Soesanto, Felix Speidel, Julia Behrens, Mia Kruska *Büro Yangon:* Florian Reinold *Büro Bangkok:* Lea Gölnitz, Thorsten Volberg *Büro Neu-Delhi:* Marion Regina Mueller, Sarah Weiß *Büro Phnom Penh:* Ana Paula Assubuji *Büro Peking:* Oliver Lutz Radtke *Büro Hongkong:* Axel Harneit-Sievers, Clemens Kunze **Regionalreferat Ost- und Südosteuropa** Walter Kaufmann, Robert Sperfeld, Gudrun Fischer, Nina Happe, Katja Giebel, Ulla Niehaus, Petra Zimmermann, Darya Tsaryk, Anna Antonina Lysiak *Büro Belgrad:* Simon Ilse *Büro Kiew:* Johannes Voswinkel *Büro Tbilissi:* Sonja Katharina Schiffer *Büro Sarajevo:* Judith Brand *Büro Tirana:* Dr. Mehmet Gökhan Tuncer **Regionalreferat Lateinamerika** Ingrid Spiller, Julia Scherf, Evelyn Hartig, Mareike Bödefeld, Julia Ziesche, Caroline Kassin *Büro San Salvador:* Dr. Ingrid Wehr *Büro Mexiko-Stadt:* Dr. Dawid Bartelt *Büro Bogotá:* Florian Huber *Büro Rio de Janeiro:* Annette von Schönfeld *Büro Santiago de Chile:* Gitte Cullmann **Regionalreferat EU/Nordamerika** Marc Oliver Berthold, Dr. Christine Pütz, Claudia Rothe, Sabine Hämmerling, Sinem Vardar, Georg McCutcheon, Deitra Myers, Ewa Peteja *Büro Brüssel:* Eva van de Rakt, Manfred Hornung *Büro Istanbul:* Dr. Dawid Bartelt, Kristian Brakel, Julia Bartmann *Büro Paris:* Dr. Jens Althoff, Marc Oliver Berthold *Büro Prag:* Adéla Jurečková *Büro Thessaloniki:* Michalis Goudis, Neda Noraie-Kia *Büro Warschau:* Joanna Maria Stolarek *Büro Washington:* Bastian Hermisson, Hannah Ebert Winnick

Steuerung und Evaluierung *Leitung:* Claudia Simons; Christiane Dilger, Margarete Tanzmann, Kirsten Dagane, Tanja Reith, Barbara Assheuer, Ina Bogusz, Simone Zühr, Charlotte Grosse

Inland *Leitung:* Dr. Sebastian Bukow; Petra Stegemann, Barbara Heitkämper **Programmlinie Demokratie und Gesellschaft** *Leitung:* Dr. Roman Schmidt **Demokratie** Dr. Anne Ulrich, Eike Botta-Venhorst Migration und Diversity Mekonnen Mesghena, Andrea Meinecke, Liese-Lotte Schulz **Politik- und Parteienforschung** Dr. Stefanie John, Jana Heyde **Zeitdiagnose und Diskursanalyse** Ole Meinefeld, Christine Weiß **Zeitgeschichte** Dr. Roman Schmidt, Solveig Bartusch **Programmlinie Transformation und Nachhaltigkeit** *Leitung:* Ute Brümmer **Bildung und Wissenschaft** Philipp Antony, David Handwerker **Digitale Ordnungspolitik** Vérane Meyer **Kommunalpolitik und Stadtentwicklung** Sabine Drewes, Anke Bremer **Ökologie und Nachhaltigkeit** Dr. Stefanie Groll, Anna Brehm, Rita Hoppe **Sozialpolitik** Dorothee Schulte-Basta, Tmnit Zere **Wirtschaft und Finanzen** Ute Brümmer, Monika Steins **Weitere Arbeitseinheiten: Kulturpolitik und Neue Medien** Christian Römer, Karin Lenski **Heinrich Böll: Leben und Werk (Köln)** Dr. Jochen Schubert, Markus Schäfer **Grüne Akademie** Ole Meinefeld **Politische Bildung** Michael Stognienko Archiv **Grünes Gedächtnis** Wiebke Winkler, Michael Panitz, Anna Hoff, Anne Vechtel, Eva Sander, Dorothea Kuhnert, Julia Bresgott, Steffie Rönnefarth

Studienwerk *Leitung:* Dr. Ulla Siebert; Kathrin Hohmann-Mehring **Finanzen** Malgorzata Lewandowska **Studienförderung 1** Christine Dietz, Lisanne Kathrin Blümel **Team Ost** Anja Schleich, Dr. Jan Robert Schulz, Kevin Sczekalla, Nicola Evard **Team West** Mira Schön, Rafael Klabisch, Angelika Walenciak, Clemens Chowdhury **Studienförderung 2** Dr. Judith Lehmann **Team Süd** Jeanette Körde, Sabrina Hoffmann, Nina Däuber, Elena Mikhaylova **Team Nord** Kim Trinh Quang, Mirjam Wüstnienhaus **Auswahl und Alumni** Dr. Janina Bach, Jana Körner, Luisa Riemer, Iris Längert, Manuela Hillerkus **Promotionsföderung** Dr. Sevilay Karaduman, Angelika Steinborn, Anne-Katrin Holfelder

Kommunikation *Leitung:* Annette Maennel; Marita Wenzel **Presse** Michael Alvarez Kalverkamp, Vera Lorenz **Online-Redaktion** Lukas Fischer, Peggy Marquardt, Stephan Gürtler, Susanna Bloß, Mirja Brücker, Sarah Grzondziel **Digitale Bildungsformate** Jonas Witsch, Madlen Geidel **Lektorat** Bernd Rheinberg, Susanne Dittrich, Lamine Hane **Marketing/Layout** Elke Paul, Lisa Kreutzer, Magdalena Augustyniak **Adressverwaltung** Sabine König **Tagungsbüro** Eva Klakl, Antonia Götte, Anna von Tschammer , Martin Sommer, Lena Frisch, Philipp Straub, Alexandra Prause, Nicole Bott

Finanzen, IT und Technische Dienste *Leitung:* Britta Thiel **Haushalt und Finanzen** *Leitung:* Britta Thiel, Thea Gronemeier **Haushalt und Bilanzierung** Raphaelle Chapon, Sudeepa Aich, Ellen Deuse, Munkhzul Togmid, Mohammad Rashad Zajhloul, Thomas Fay **Operative Finanzbuchhaltung** Silke Richter, Valerian Rautenberg, Stefanie Schaale, Angelika Weiland, Florian Remmers, Hans-Jörg Wilhelm, Toni Peschel **IT/Technische Dienste** *Leitung:* Gunter Holley **Technische Dienste** Christian Mühlbach, Antje Voigt, Laura Blumenthal **IT-Systeme global** Mark Wittner, Sergej Fröhlich **IT-Systeme zentral** Hadiya Alali

Organisation und Wissen *Leitung:* Christian Neuner-Duttenhofer **Organisationsentwicklung und Wissensmanagement** Valerie Pohl, Benedikt Göller, Diana Christov, Lou Herbst, Uta Hergert, Ulrike Cichon, Naomi Weiß **GreenCampus – Externes Weiterbildungsprogramm** Maria Pajonk, Johanna Teuffel, Laura Dittmann **GreenCampus – Internes Weiterbildungsprogramm** Paulina Berndt, Lea Prölß **Kommunalpolitische Weiterbildung** Wolfgang Pohl

Personal *Leitung:* Petra Nibbe, Katharina Tippmann **Personalmanagement** Cornelia Wähn-Bochr, Niceâl Erhan, Swetlana Kuzjaev, Katja Legde, Viola Kochanek, Marzena Matuschak, Lydia Hintzmann

* Beschäftigte, die mit der Nennung ihres Namens einverstanden sind.

Gremien (Stand: 31. Dezember 2022)

Mitgliederversammlung

Gesine Agena
Ferda Ataman
Bettina Backes
Sarah Bast
Lukas Beckmann
Tanja Berger
Dr. Franziska Brantner – MdB
Wibke Brems
Antje von Brook
Agnieszka Brugger – MdB
Emily May Büning
Prof. Dr. Marius Busemeyer
Reinhard Bütikofer – MdEP
Carolin Emcke
Stephan Ertner
Ivan Greguric
Kübra Gümüşay
Rebecca Harms
Joachim Heinlein
Andrea Hoops
Ulrich Khuon
Maria Klein-Schmeink – MdB
Katrin Langensiepen – MdEP
Lotte Leicht
Julia Leininger
Sylvia Löhrmann
Aladin El-Mafaalani
Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
Dr. Matias Mieth
Klaus Müller
Hannah-Katharina Nadji
Omid Nouripour
Dr. Tamara Or
Anja Piel
Andreas Rade
Prof. Dr. Anja Reinalter
Krista Sager
Jamila Schäfer
Dirk Scheelje
Gertrud Schmidt
Ute Schmidt
Reiner Scholz
Ulrich Schreiber
Julia Schulze Wessel
Stefan Tidow
Dr. Gerhard Timm
Prof. Dr. Sabine Toppe
Dr. Kira Vinke
Henriette Wägerle

Stipendiatische Vertreter*innen

Linda Leibhold
Phuong Phan

Aufsichtsrat

Agnieszka Brugger
Marius Busemeyer
Emily May Büning
Giorgio Franceschini
Nina Happe
Andrea Hoops
Sylvia Löhrmann
Julia Schulze Wessel
Gerhard Timm

Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung

Gesine Agena
Dr. Kristin Bergmann
Dr. Laura Dornheim
Dr. Dan Ghattas
Kübra Gümüsay
Lou Herbst
Özcan Karadeniz
Filiz Keküllüoglu
Prof. Dr. Gritt Klinkhammer
Prof. Dr. Ilse Lenz i. R.
Stefanie Lohaus
Terry Reintke
Andrea Schirmacher
Dr. Dag Schölper
Malti Taneja
Dr. Iris Werner

Koordinationsgremium des Freundeskreises

Marie Luise von Halem
Klaus Linsenmeier

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
Prof. Dr. Hartmut Aden
Minister und MdL Tarek Al-Wazir
Birgitt Bender
Armin Bernsee
Felix Beutler
Prof. Dr. PD Thomas Biebricher
Marianne Birthler
Dr. Franziska Brantner
Prof. Dr. Christina von Braun
Dr. Sandra Brunsbach
Dr. Eva Buddeberg
Prof. Dr. Heinz Bude
Emily Büning
Prof. Dr. Marius Busemeyer
MdEP Reinhard Bütikofer
Prof. Dr. Thomas Christaller
MdB, Dr. Anna Christmann
Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
Prof. Dr. Simone Dietz
Dr. Thea Dückert
Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
Rainer Emschermann
Jan Engelmann
Stephan Ertner
Prof. Dr. Philipp Felsch
Prof. Dr. Rainer Forst
Georgia Franzius
Ralf Fücks
Anna-Catharina Gebbers
Silke Gebel
Prof. Dr. Brigitte Geißel
Karsten Gerlof
Prof. Dr. Arnim von Gleich
Stephanie Gleißner
Adrienne Goehler
Prof. Dr. Stefan
Gosepath Prof. Dr.
Sigrid Graumann
Melanie Haas
Rebecca Harms
PD Dr. Eva Hausteiner
PD Dr. Felix Heidenreich
Dr. Dietrich Herrmann
Prof. Dr. Lisa Herzog
Dr. Paula Marie Hildebrandt
Imma Hillerich
Prof. Dr. Jeanette Hofmann
Andrea Hoops
Prof. Dr. Rahel Jaeggi
Pico Jordan
Arne Jungjohann
Lamya Kaddor
Prof. Dr. Otto Kallscheuer
PD Dr. Karena Kalmbach
Petra Kirberger
Sibylle Knapp
Michael Knoll
Johannes Kode
Silke Krebs
Prof. Dr. Regina Kreide
Prof. Dr. Georg Krücken
Prof. Dr. Rainer Kuhlen
Prof. Dr. Bernd Ladwig
Sergey Lagodinsky
Prof. Dr. Susanne Lanwerd
Dr. Justus Lentsch
MdL Andrea Lindlohr
Niombo Lomba
Prof. Dr. Bertram Lomfeld
Dr. Anna Lührmann
Dr. Willfried Maier
Nicole Maisch
Ole Meinefeld
Sebastian Metzger
Prof. Dr. Jan Christoph Minx
Prof. Dr. Christoph Möllers
Alexander Müller
Dr. Melanie Müller
Prof. Dr. Jochen Müller
MdB Claudia Müller
Ella Müller
Dr. Carsten Neßhöver
Mona Neubaur
Dr. Gero Neugebauer
Prof. Dr. Christian Neuhäuser
Dr. Ralph Obermauer
Prof. Dr. Konrad Ott
Michael Pelke
Prof. Dr. Arnd Pollmann
Dr. Andreas Poltermann
Ramona Pop
Prof. Dr. Lothar Probst
Volker Ratzmann
Prof. Dr. Andreas Reckwitz
Prof. Dr. Hedwig Richter
Dr. Manuel Rivera
Prof. Dr. Thomas Rixen
Krista Sager
Philipp Sälhoff
Prof. Dr. Thomas Saretzki
Stephan Schilling
Joscha Schmierer
Dr. Simone Schwanitz
Dr. Christine Schwarz
Jan Seifert
Prof. Dr. Sandra Seubert
Peter Siller
Dr., MdB Till Steffen
Prof. Dr. Tine Stein
Prof. Dr. Grit Straßenberger
Dr. Niko Switek
Rena Tangens
Dr. Thorsten Thiel
Dr. Michael Thöne
Stefan Tidow
Dr. Ellen Ueberschär
Prof. Dr. Berthold Vogel
Sybille Volkholz
Prof. Dr. Christiane Voss
Dr. Kristina Weissenbach
Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa/Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
Dr. Annegret Bendiek
Dr. Franziska Brantner, MdB
Reinhard Bütikofer, MdEP
Prof. Dr. Burak Çopur
Tobias Flessenkemper
Lucas Guttenberg
Roderick Kefferpütz
Dr. Kai-Olaf Lang
Audrey Mathieu
Sara Nanni
Prof. Dr. Michaele Schreyer
Dr. Daniela Schwarzer
Stefanie Sifft
Michal Sutowski
Dr. Kira Vinke
Viola von Cramon, MdEP

Fachbeirat Globale Kooperation

Dr. Muriel Asseburg
Dr. Achim Brunnengräber
Anna Cavazzini
Kristina Dietz
Pegah Edalatian
Prof. Dr. Ulf Engel
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Dr. Katrin Kinzelbach
Dr. Michael Krempin
Lotte Leicht
Daniel Mittler
Melanie Müller
Dr. Imme Scholz
Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

PD Dr. Stefan Böschen
Dr. Gabi Elverich
Dr. Nadin Fromm
Kai Gehring – MdB
Prof. Dr. Kristina Giesel
Dr. Eva Gümbel
Dr. Maja Hußner, LLM
Dr. Claudia Maicher, MdL
Prof. Dr. Peer Pasternack
Krista Sager
Prof. Dr. Thomas Saretzki
Dr. Simone Schwanitz
Dr. Falko Ueckerdt

Stipendiatische Vertreter*innen

Susanne Klimroth
Ranran Ji

Auswahlkommission Studienwerk

Prof. Dr. Gabriele Abels
Prof. Dr. Hartmut Aden
Dr. Alaa Alhamwi
Prof. Dr. Viola Balz
Wolfgang Baum
Dr. Thilo Becker
Dr. Florian Bernstorff
Prof. Dr. Andrea Blunck
Dr. Manuela Böhm
Anatoli Botea
Paula Bradish
Prof. Dr. André Brodocz
Prof. Dr. Holger Buck
Prof. Dr. Stephan Bundschuh
Dr. Karsten Burges
Dr. Sebastian Büttner
Dr. Johannes Dafinger
Dr. Marco Dräger
Chinh Duong
Prof. Dr. Leonie Esters
Dr. Matthias Falke
Prof. Dr. Anke Fesenfeld
Prof. Dr. Juliane Filser
Prof. Dr. Angela Francke
Dr. Nadin Fromm
Johannes Geibel
Prof. Dr. Daniela Gottschlich
Dr. Mareike Gronich
Prof. Dr. Gerd Grözinger
Prof. Dr. André Grüning
Dr. Steffen Hagemann
Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx
Marie Heidenreich
Prof. Dr. Julius Heinicke
Prof. Dr. Jutta Helm
Prof. Dr. Isabell Hensen
Ina Hieronymus
Dr. Manja Hußner
Dr. Caspar Moritz Hütten
Nastasja Ilgenstein
Dr. Gregor Kaiser
Prof. Dr. Omar Kamil
Prof. Dr. Nele Nicole Kampa
Prof. Dr. Katrin Kinzelbach
Prof. Dr. Vera Kirchner
Dimitrij Konsewitch
Thomas Korbun
Prof. Dr. Claudia Kraft
Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
Dr. Nora Krzywinski
Prof. Dr. Margitta Kunert
Dr. Ilka Lennertz
Klaus Linsenmeier
Dr. Martina M. Loos
Dr. Alexandra Lübcke
Prof. Dr. Sandra Maß
Prof. Dr. Franziska Müller
Prof. Dr. Ursula Neumann
Ann-Kathrin Neureuther
Dr. Benno Nietzel
Dr. Ipek Ölcüm
Dr. Lars Ostermeier
Dr. Norbert Paulo
Annika Maria Philipps
Dr. Jana Pinosová
Vera Rabelt
Tim Rauschan
Prof. Dr. Thomas Rixen
Maria Ximena Rodríguez Medeyros
Prof. Dr. Mieke Roscher
Dr. Renate Ruhne
Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
Cordula Rutz
Prof. Dr. Christopher Schmidt
Jörg Schreiber
Prof. Dr. Ludger Schwarte
Dr. Rena Schwarting
Dr. Christine Schwarz
Dr. Simon Sinsel
Dr. Sebastian Skacel
Eva Stadler
Steffen Stadler
Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
Prof. Dr. Grit Straßenberger
Prof. Dr. Sabine Toppe
Dr. Ngoc-Han Tran
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski
Andreas Wagner
Prof. Dr. Christoph Weller
Sarah Weltecke
Prof. Dr. Kirsten Wiese
Dr. Inga Winkler
Dr. Susann Worschech
Cem Yilmaz
Dr. Marianne Zepp

Vertrauensdozent*innen

Aachen Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: Prof. Dr. Stefan **Böschen**; Dr. Martina **Roß-Nickoll**
Augsburg Universität Augsburg: Prof. Dr. Christoph **Weller**; Prof. Dr. Verina **Wild**
Bamberg Otto-Friedrich-Universität Bamberg: Prof. Dr. Astrid **Schütz**
Bayreuth Universität Bayreuth: Prof. Dr. Erdmute **Alber**; Prof. Dr. Stefan **Peiffer**; Dr. Mariam **Popal**
Berlin Prof. Dr. Werner **Konitzer**; Dr. Angela **Lammert**; Dr. Isabel **Schäfer**; Alice **Salomon** Hochschule Berlin: Prof. Dr. Sabine **Toppe**; Berliner Hochschule für Technik: Prof. Dr. Anne **König**; Dr. Achim **Brunnengräber**; Prof. Dr. Barbara **Fritz**; Dr. Michaela **Haase**; Prof. Dr. Cilja **Harders**; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**; Prof. Dr. Margreth **Lünenborg**; Prof. Dr. Thomas **Rixen**; Prof. Dr. Britta **Tietjen**; Hertie School of Governance: Prof. Dr. Jan Christoph **Heemann-Minx**; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft: Prof. Dr. **Markus Ziener**; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Prof. Dr. Florian **Koch**; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin: Prof. Dr. Hartmut **Aden**; Prof. Dr. Heike **Wiesner**; Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr. Beate **Binder**; Prof. Dr. Claudia **Bruns**; Prof. Dr. Marcelo **Caruso**; Dr. Jeanette **Ehrmann**; Institut für Zeitgeschichte: Dr. Susanne **Heim**; Technische Universität Berlin: Prof. Dr. Nina **Langen**; Dr. Tilman **Santarius**
Bielefeld Universität Bielefeld: Prof. Dr. Paul **Mecheril**; Dr. Benno **Nietzel**
Bochum Ruhr-Universität Bochum: Prof. Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner**; Dr. Matthias **Falke**
Bonn Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Prof. Dr. Leonie **Esters**
Braunschweig Hochschule für Bildende Künste Braunschweig: Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**; Prof. Dr. Rolf **Nohr**; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig: Prof. Dr. Petra **Mischnick**; Prof. Dr. Bettina **Wahrig**
Bremen Dr. Marc **Buggeln**; Universität Bremen: Prof. Dr. Karin **Gottschall**; Dr. Sabine **Horn**; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**; Prof. Dr. Konstanze **Plett**; Prof. Dr. Maike **Vollstedt**
Chemnitz Technische Universität Chemnitz: Prof. Dr. Cecile **Sandten**
Darmstadt Technische Universität Darmstadt: Dr. Renate **Ruhne**
Detmold Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Oliver **Hall**
Dresden Evangelische Hochschule Dresden: Prof. Dr. Marlies **Fröse**; Technische Universität Dresden: Prof. Dr. Uta **Berger**; Prof. Dr. Markus **Scholz**; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**
Düsseldorf Hans-Böckler-Stiftung: Dr. Michaela **Kuhnhenne**; Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: Prof. Dr. Simone **Dietz**; Kunstakademie Düsseldorf: Prof. Dr. Ludger **Schwarte**
Eberswalde Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde: Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt** ;Prof. Dr. Pierre **Ibisch**
Erfurt Universität Erfurt: Prof. Dr. Omar **Kamil**; Prof. Dr. Jamal **Malik**
Erlangen Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Kristina **Giesel**
Essen Universität Duisburg-Essen: Prof. Dr. Michael **Kaeding**
Esslingen Hochschule Esslingen: Prof. Dr. Christopher **Schmidt**
Flensburg Europa-Universität Flensburg: Prof. Dr. Gerd **Grözinger**; Prof. Dr. Christine **Thon**
Frankfurt (Oder) Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder): Prof. Dr. Timm **Beichelt**; Dr. Susann **Worschech**
Frankfurt am Main Frankfurt University of Applied Sciences: Prof. Dr. Margrit **Brückner**; Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main: Prof. Dr. Christoph **Menke**
Freiburg Prof. Dr. Carla **Rosendahl**; Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau: Dr. Sylvia **Kruse**; Prof. Dr. Anke **Weidlich**; Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften: Prof. Karin **Jobst**
Fulda Hochschule Fulda: Prof. Dr. Susanne **Dern**
Gießen Justus-Liebig-Universität Gießen: Prof. Dr. Jörn **Ahrens**; Prof. Dr. Regina **Kreide**
Göttingen Georg-August-Universität Göttingen: Prof. Dr. Nicolai **Miosge**
Greifswald Universität Greifswald: Prof. Dr. Susanne **Stoll-Kleemann**
Halle Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle: Prof. Frithjof **Meinel**; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Prof. Dr. Thomas **Bremer**; Prof. Dr. Isabell **Hense**; Dr. Christiane **Lähnemann**
Hamburg Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg: Prof. Dr. Franziska **Müller**; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa**; Hochschule für bildende Künste Hamburg: Prof. Dr. Friedrich **von Borries**; Universität Hamburg: Prof. Dr. Andrea **Blunck**; Dr. Nina **Feltz**; Prof. Dr. Ursula **Neumann**; Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp**
Hannover FOM Hochschule für Oekonomie & Management: Prof. Dr. Manuel **Pietzonka**; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover: Prof. Dr. Christine **Hatzky**; Prof. Dr. Peter **Nyhuis**; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**
Heidelberg Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Dr. Anna Elisabeth **Growe**; Prof. Dr. Christiane **Schwieren**
Hildesheim Universität Hildesheim: Prof. Dr. Ursula **Bredel**; Prof. Dr. Julius **Heinicke**
Höxter Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Dr. Klaus **Maas**
Ilmenau Technische Universität Ilmenau: Prof. Dr. Johann **Reger**
Ingolstadt Technische Hochschule Ingolstadt: Prof. Dr. Klaus-Uwe **Moll**
Iserlohn University of Applied Sciences Europe – Standort Iserlohn: Prof. Dr. Thomas **Meuser**
Jena Ernst-Abbe-Hochschule Jena: Prof. Dr. Thomas **Sauer**; Friedrich-Schiller-Universität Jena: Prof. Stephan **Lorenz**
Kaiserslautern Hochschule Kaiserslautern: Prof. Hendrik **Speck**; RPTU (Rheinland-Pfälzische Technische Universität): Dr. Steffen **Hagemann**
Karlsruhe Pädagogische Hochschule Karlsruhe: Dr. Manuela **Böhm**
Kassel Universität Kassel: Dr. Henriette **Bertram**; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Kiel Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Dr. Insa **Kühling**
Kleve Hochschule Rhein-Waal: Prof. Dr. Helmut **Prior**
Koblenz Universität Koblenz: Dr. Florian **Bernstorff**; Heide **Gieseke**
Köln Universität zu Köln: Prof. Dr. Boris **Braun**
Konstanz Universität Konstanz: Prof. Dr. Marius **Busemeyer**; Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**; Dr. Oliver **Trevisiol**
Leipzig Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig: Prof. Dr. Gabriele **Hooffacker**
Ludwigsburg Evangelische Hochschule Ludwigsburg: Prof. Bettina **Heinrich**
Lüneburg Leuphana Universität Lüneburg: Prof. Dr. Dawid Govinda **Friedrich**; Prof. Dr. Peter **Pez**
Magdeburg Hochschule Magdeburg-Stendal: Prof. Dr. Maureen Maisha **Auma**; Prof. Dr. Alexander **Pott**; Prof. Dr. Thorsten **Unger**; Prof. Dr. Gerald **Warnecke**; Dr. Ulrike **Zeigermann**
Mainz Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Prof. Dr. Markus **Höffer-Mehlmer**; Prof. Peter **Kiefer**; Prof. Dr. Constantin **Wagner**
Marburg Philipps-Universität Marburg: Prof. Jan Christoph **Goldschmidt**; Prof. Dr. Susanne **Maurer**
München Hochschule für angewandte Wissenschaften München: Prof. Dr. Constance **Engelfried**; Katholische Stiftungshochschule München: Prof. Dr. Markus **Babo**; Ludwig-Maximilians-Universität München: Nikolai **Brandes**; Dr. Daniela **Braun**; PD Dr. Tobias Benedikt **Hank**; Prof. Dr. Kornelia **Konczal**; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**; Dr. Mandy **Tröger**; Technische Universität München: Prof. Dr. Oliver **Alexy**
Münster Westfälische Wilhelms-Universität Münster Dr. Harry **Mönig**; Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
Neubiberg Universität der Bundeswehr München: Prof. Dr. Sina **Farzin**; Prof. Dr. Franz **Kohout**
Neubrandenburg Hochschule Neubrandenburg – Prof. Dr. Claudia **Steckelberg**
Oldenburg Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**
Osnabrück Universität Osnabrück: Prof. Dr. Helen **Schwenken**
Passau Universität Passau: Prof. Dr. Christian **Thies**
Potsdam Fachhochschule Potsdam: Dr. Ellen **Euler**; Universität Potsdam: Prof. Dr. Joachim **Gessinger**; Prof. Dr. Vera **Kirchner**; Prof. Dr. Gert **Zöller**
Regensburg Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg: Maike **Berndt-Zürner**
Reutlingen Hochschule Reutlingen: Anna **Goeddeke**; Dr. Karin **Widmayer**
Rostock Universität Rostock: Dr. Gudrun **Heinrich**; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Saarbrücken Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes: Prof. Dr. Holger **Buck**; Prof. Dr. Susan **Pulham**; Prof. Dr. Ulrike **Zöller**
Siegen Universität Siegen: Dr. Dr. Momme **von Sydow**
Stralsund Hochschule Stralsund: Prof. Dr. André **Grüning**
Stuttgart Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart: Prof. Dr. Judith **Siegmund**; Universität Stuttgart: Dr. Max **Hoßfeld**; Dr. Ralph O. **Schill**
Trier Hochschule Trier: Prof. Dr. Stefan **Naumann**; Universität Trier: Prof. Dr. Antje **Bruns**; Dr. Rita **Voltmer**
Tübingen Eberhard Karls Universität Tübingen: Prof. Dr. Gabriele **Abels**; Prof. Dr. Martin **Seeleib-Kaiser**
Vechta Universität Vechta: Prof. Dr. Gabriele **Dürbeck**; Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
Wilhelmshaven Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth: Prof. Dr. Beate **Illg**
Witten Private Universität Witten/Herdecke: Prof. Dr. Martin **Schnell**
Wolfenb./Wolfsb./Salzg./Suderb Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften: Prof. Dr. Ludger **Kolhoff**
Wuppertal Bergische Universität Wuppertal: Prof. Dr. Rita **Casale**; Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**; Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**; Wuppertal Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel (Universität): Prof. Dr. Michaela **Geiger**

Ausland
Amsterdam Vrije Universiteit Amsterdam: Prof. Dr. Menusch **Khadjavi**
Beirut Lebanese University: Prof. Dr. Markus **Schmitz**
Linz Johannes Kepler Universität Linz: Dr. Waltraud **Ernst**
New Haven Yale School of Forestry and Environmental Science: Dirk **Bergemann**
Oxford University of Oxford: Dr. Wolfgang **Zumdick**
Salzburg Universität Salzburg: Dr. Norbert **Paulo**
Tel Aviv Dr. Dani **Kranz**
Tokyo University of Tokyo: Dr. Caspar Moritz **Hütten**
Utrecht HKU University of the Arts Utrecht: Dr. Annette **Krauss**; Universiteit Utrecht: Dr. Christoph **Baumgartner**
Wien Central European University: Dr. Inga **Winkler**

Adressen

Stand: Juni 2023

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0 **F** 030-285 34-109
E info@boell.de
W www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-51 40
E archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e. V.
Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung
Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Hochbrückenstraße 10, 80331 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de
W www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Olivaer Platz 16, 10707 Berlin
T 030-308 779 480
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg für Ökologie, Demokratie und Soziales e.V.
Jägerstraße 2, 14467 Potsdam
T 0331-870 00 801
E info@boell-brandenburg.de
W boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich Böll Stiftung
Carl-Ronning-Straße 9, 28195 Bremen
T 0421-35 23 68
E kontakt@boell-bremen.de
W www.boell-bremen.de

Politisches Bildungswerk Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg e.V.
Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70
E info@boell-hamburg.de
W www.boell-hamburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V.
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-239478
E info@boell-hessen.de
W www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Friedrichstraße 23, 18057 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 0825
E info@boell-nrw.de
W www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de
W www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
E mail@boell-saar.de
W www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.
Kraftwerk Mitte 32/Trafohalle
01067 Dresden
T 0351-85 075 100 **F** 0351-85 075 109
E info@weiterdenken.de
W www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.
Hansering 20 (Eingang D)
06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e.V.
Weimarer Straße 6, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen e.V.
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de
W www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Büro Brüssel – Europäische Union
Heinrich-Böll-Stiftung
Rue du Luxembourg, 47–51
1050 Brussels, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Büro Paris – Frankreich
Heinrich-Böll-Stiftung
80 Quai Jemmapes
75010 Paris, Frankreich
T +33-1-84 86 15 81
E info@fr.boell.org **W** www.fr.boell.org

Büro Prag – Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn
Heinrich-Böll-Stiftung
Jugoslávská 567/16, 120 00 Prag 2,
Tschechien
T +420-251 81 41 73
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Büro Warschau – Polen
Heinrich-Böll-Stiftung
ulica Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-44 01-333
F +48-22-44 01-337
E pl-info@pl.boell.org
W www.pl.boell.org

Büro Kiew – Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung
wul. Velyka Zhytomyrska 13
01001 Kiew, Ukraine
T +38-44-394 52 42
E ua.ua-info@ua.boell.org
W www.ua.boell.org

Büro Tbilissi – Region Südkaukasus
Heinrich-Böll-Stiftung
46a, Irakli Abashidze Str.,
Tbilisi 0179, Georgien
T +995-32-238 04 67/68
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Büro Belgrad – Serbien, Montenegro, Kosovo
Heinrich-Böll-Stiftung
Kapetan-Mišina 25,
11000 Belgrad, Serbien
T +381-11-400 59 77
F +381-11-405 78 63
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und Herzegowina, Nord-Mazedonien
Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450
F +387-33-260 460
E info@ba.boell.org
W www.ba.boell.org

Büro Tirana – Albanien
Heinrich-Böll-Stiftung
New Destil Creative Hub, 3rd Floor
Zog Ist Boulevard, Tirana
E info@al.boell.org **W** al.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland
Heinrich-Böll-Stiftung
3 Aristotelous, 54624
Thessaloniki, Griechenland
T +30 2310 282829
F +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Büro Istanbul – Türkei
Heinrich-Böll-Stiftung
T +90-212-249 15 54
F +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Büro Washington, DC – USA, Kanada, Globaler Dialog
Heinrich-Böll-Stiftung
1432 K Street, NW, Suite 500
Washington, DC 20005-2540, USA
T +1-202-462 75 12
F +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Asien

Büro Peking – China
Heinrich-Böll-Stiftung
Office C704, Beijing Lufthansa Center
No. 50, Liangmaqiao Road
Chaoyang District, 100125 Beijing, China
T +86-10-8400 4265
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Büro Hongkong – Asien, Globaler Dialog
22E Derrick Industrial Bldg
49 Wong Chuk Hang Rd, Hong Kong SAR
T +852 2869 8900
E info@hk.boell.org
W www.hk.boell.org

Büro Neu-Delhi – Indien
Heinrich-Böll-Stiftung
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405, 2651 6695, 2696 2840
E in-info@in.boell.org
W www.in.boell.org

Büro Bangkok – Südostasien
Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110, Thailand
T +66-2-6625960/1/2
E info@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha
Heinrich-Böll-Stiftung
#8, Street 476, Sangkat Toul Tompoung I
Khan Chamkar Mon Phnom Penh,
Kambodscha
T +855 23 210 535
E info@kh.boell.org
W www.kh.boell.org

Büro Yangon – Myanmar
Heinrich-Böll-Stiftung
E info@mm.boell.org
W www.mm.boell.org

Afrika

Büro Abuja – Nigeria
Heinrich-Böll-Stiftung
2nd Floor, Masada III Building
12 Charles De Gaulle Street
Asokoro, Abuja, Nigeria
T +234-809-99 29 60-5 91
E info@ng.boell.org
W www.ng.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda, Tansania
Heinrich-Böll-Stiftung
Prof. Wangari Maathai Road (formerly Forest Road)
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-760 5300
E ke-info@ke.boell.org
W www.ke.boell.org

Büro Horn von Afrika – Äthiopien, Sudan, Somalia/Somaliland
Heinrich-Böll-Stiftung
P.O. Box 10799, Nairobi 00100, Kenia
W hoa.boell.org

Büro Dakar – Senegal
Heinrich-Böll-Stiftung
Yoff Cité Djily Mbaye Villa N°358
Yoff, Dakar, Sénégal
T +221-33-825 66 06
E info@sn.boell.org **W** www.sn.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika, Namibia, Simbabwe
Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street, Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66
F +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika

Büro Tel Aviv – Israel
Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai St. 2nd floor
Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34/35
F +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Büro Palästina und Jordanien
Heinrich-Böll-Stiftung
Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21
F +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Büro Beirut – Mittlerer Osten
Heinrich-Böll-Stiftung
Pierre Gemayel Avenue, Achrafieh 5585
Building, 1st floor
Beirut, Libanon
T +961-(0)1-615081
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Büro Tunesien – Tunis
Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasse
1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Büro Rabat – Marokko
Heinrich-Böll-Stiftung
17, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat
Marokko
T +212-537 20 20 93/94
F +212-537 20 20 92
E ma-info@ma.boell.org
W www.ma.boell.org

Lateinamerika

Büro Mexiko-Stadt – Mexiko und Karibik
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte,
Delegación Cuauhtémoc
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14
F +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro San Salvador – El Salvador, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua
Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzíbar
Pasaje A-Oriente #24
San Salvador, El Salvador
T +503-2274-6812 **F** +503-2274-6932
E sv-info@sv.boell.org
W www.sv.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien
Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória, 190/701 – Glória
CEP 20.241-180 – Rio de Janeiro, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00
F +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Büro Bogota – Kolumbien
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle 37 No 15–40
Bogotá, Kolumbien
T +57-1-371 91 11
E co-info@co.boell.org
W www.co.boell.org

Büro Santiago de Chile – Chile, Peru, Bolivien
Heinrich-Böll-Stiftung
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Fördern und Spenden

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent*innen, als Vertrauensdozent*innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis
Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen fördern wir unbürokratisch und schnell dort, wo es die Heinrich-Böll-Stiftung selbst meist aus rechtlichen Gründen nicht kann. Zum Beispiel unterstützen wir kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die auch geringe Summen eine große Hilfe sind. In Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich und unseren Auslandsbüros konnten wir schon vielen politisch verfolgten Künstler*innen eine Zuflucht ermöglichen (siehe Seite 42). Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinationsteam, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?
Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den «Info-Brief» mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit.

Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber*in, als Moderator*in oder Gesprächsteilnehmer*in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise!

Digitalfassung öffnen, beim Ausdruck OHNE grünen Hintergrund

Beitrittserklärung: Absender*in

Name:
Vorname:
Institution / Organisation:
○ dienstlich ○ privat
Anschrift
Straße:
PLZ / Ort:
E-Mail:
Telefon / Fax:

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen.
Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

○ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum / Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Bitte im Briefumschlag zurücksenden und mit € 0,85 frei machen

Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin

Klaus Linsenmeier, Koordinationsgremium des Freundeskreises Foto: privat

Marie Luise von Halem, Koordinationsgremium des Freundeskreises
Foto: Robert Recker

Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises Foto: Conny Fischer

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!
Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, die Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Zuletzt waren sie in Hamburg bei der dortigen Landesstiftung zu Gast.

Informieren Sie sich über unser Programm:
W www.boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender*innen und Sponsor*innen:

Ulrike Cichon
T 030-285 34-112 **F** 030-285 34-5112
E cichon@boell.de
W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft
BIC BF SW DE 33 BER
IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02

Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

Fördern und Spenden

Beitrittserklärung
Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied
- ○ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ○ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von _____ €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)
- ○ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ○ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von _____ €

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Zahlungsweise

○ **SEPA-Lastschriftmandat**
Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber*in (falls abweichend): _____
Kreditinstitut: _____
BIC: ○○○○ ○○ ○○ ○○○○
IBAN: ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift: _____

○ **Ich überweise meinen Beitrag selbst** auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02.

Organisationsplan der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin T 030-285 34-0 F 030-285 34-109 W www.boell.de E info@boell.de, presse@boell.de

Stand: Juli 2023

Mitgliederversammlung

Freundeskreis der Heinrich-Böll-Stiftung

Aufsichtsrat

Vorstand

Geschäftsführung

Interne Revision
Zuwendungs-, Vergabe- und Vertragsrecht
Baumanagement

Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung

Gunda-Werner-Institut
Feminismus und Geschlechterdemokratie

Betriebsrat

Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe
Fachbeirat Studienwerk
Fachbeirat Globale Kooperation
Fachbeirat Europa/Transatlantik

Internationale Zusammenarbeit

Internationale Themenreferate

Globalisierung und Transformation
Internationale Umweltpolitik
Internationale Agrarpolitik
Außen- und Sicherheitspolitik
Global Unit for the Support of Democracy
Internationale Demokratie
Globale Einheit für Feminismus und Geschlechterdemokratie

Steuerung und Evaluierung

Regionalreferate

Afrika
Büro Einheit Horn von Afrika, Büros in Dakar, Kapstadt, Nairobi, Abuja
Naher Osten und Nordafrika
Büros in Tel Aviv, Ramallah, Tunis, Rabat, Beirut
Asien
Büros in Yangon, Bangkok, Neu-Delhi, Phnom Penh, Peking, Hongkong, Seoul
Ost- und Südosteuropa
Büros in Belgrad, Kiew, Tbilisi, Sarajevo, Tirana
Lateinamerika
Büros in San Salvador, Mexiko-Stadt, Bogotá, Rio de Janeiro, Santiago de Chile, Buenos Aires
EU/Nordamerika
Büros in Brüssel, Istanbul, Paris, Prag, Thessaloniki, Warschau, Washington

Inland

Programmlinie Demokratie und Gesellschaft

Demokratie
Migration und Diversity
Politik- und Parteienforschung
Zeitdiagnose und Diskursanalyse
Zeitgeschichte

Kulturpolitik und Neue Medien

Heinrich Böll: Leben und Werk (Köln)

Grüne Akademie

Archiv Grünes Gedächtnis

Programmlinie Transformation und Nachhaltigkeit

Bildung und Wissenschaft
Digitale Ordnungspolitik
Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
Ökologie und Nachhaltigkeit
Sozialpolitik
Wirtschaft und Finanzen

Studienwerk

Studienförderung
Promotionsförderung
Auswahl und Alumni

Kommunikation

Politische Kommunikation
Digitale Kommunikation
Marketing und Design
Tagungsbüro

Finanzen, IT und Technische Dienste

Haushalt und Finanzen

Haushalt und Bilanzierung
Operative Finanzbuchhaltung

IT und Technische Dienste

IT-Systeme zentral
IT-Systeme global
Technische Dienste

Organisation und Wissen

Organisationsentwicklung und Wissensmanagement
GreenCampus Externes Weiterbildungsprogramm
GreenCampus Internes Weiterbildungsprogramm

Personal

Personalmanagement

Heinrich Böll, Am Rhein
Foto: Toni Richter

«Einmischung ist die einzige
Möglichkeit, realistisch zu bleiben.»

Heinrich Böll

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.
- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit ihren Landesstiftungen in den Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Deren vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2022 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 365 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden seit Frühjahr 2022 Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht. Die Geschäftsführung hat Steffen Heizmann inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrant*innen vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Albanien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Thailand, Myanmar, Kambodscha, Indien, China, Hongkong, Südkorea, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko, El Salvador und den USA. Im Jahr 2022 standen der Stiftung circa 83,7 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Umschlagillustration:
Yevheniia Polosina (Ukraine)